Nr. 8
Aug./Sep. '99

Enough is enough!



Zeitung für antirassistische und antifaschistische Politik und Kultur in Schleswig-Holstein

KRAWUMM!

... und wo helfen wir morgen ...?

Enough is enough!

Zeitung für antirassistische und antifaschistische Politik und Kultur in Schleswig - Holstein

Hg.:
Enough is Enough-
Redaktionskollektiv/Kiel,
Lübecker Bündnis gegen Rassismus

Redaktion:
c/o *Initiativenzentrum*
Schweffelstraße 6
24118 Kiel

Abo und Vertrieb:
c/o *alternative*
Willy-Brandt-Allee 9
23554 Lübeck

V.i.S.d.P.: A. Hoffmann

Bankverbindung:
A. Hoffmann
Kto. 408352-201
Postbank HH
BLZ 200 100 20
Stichwort: „*Enough*"

Auflage: 1000

Erscheinungsweise:
4x/Jahr

Nachdruck:
In antirassistischen und antifaschistischen Publikationen mit vollständiger Quellenangabe, sonst nur nach Rücksprache mit der Redaktion

Abo:
20,- DM für 4 Ausgaben,
ab 5 Exemplaren 20% Rabatt
ab 30 Exemplaren 25% Rabatt

Eigentumsvorbehalt:
Diese Zeitung bleibt bis zur Aushändigung an den/die AdressatIn Eigentum des Absenders. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehaltes. Nicht ausgehändigte Zeitungen sind unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung an den Absender zurück zusenden.

Inhalt



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

von deutschem Boden geht wieder Krieg aus. Zum dritten Mal in diesem Jahrhundert. „Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg! - das war und ist eine Aufgabe, der wir uns mit vielen anderen AntifaschistInnen verpflichtet fühlen.

Zur Rechtfertigung des Angriffskrieges und des Einsatzes deutscher Soldaten im Krieg haben insbesondere Scharping und Fischer den demagogischen Vergleich „Auschwitz im Kosovo" benutzt. Diese Propagandafigur war wohl einer der Gründe, warum Protest und Widerstand gegen den Krieg insgesamt schwach geblieben sind. Der erste Beitrag in diesem Heft geht auf diese Propagandafigur ein.

Daß die rot-grüne Regierung wegen ihrer Berufung auf die Lehren des Faschismus nicht antifaschistisch geworden ist, zeigt auch das endlose Gezerre um die Rechtsansprüche und Entschädigungszahlungen der Menschen, die während des deutschen Faschismus in der Industrie, in der Landwirtschaft und in staatlichen Unternehmen als ZwangsarbeiterInnen ausgebeutet wurden. Nun soll Steuerhinterzieher Graf Lambsdorff als Nachfolger von Kanzleramtsminister Hombach dafür sorgen, daß die Interessen Deutschlands und der Industrie zur Geltung kommen. Auch dazu ein Bericht in dieser Ausgabe.

Selbstverständlich findet Ihr auch vielfältige Informationen über die Aktivitäten der Nazis auf den folgenden Seiten. Deren Versuche, in sozialen Bewegungen - etwa der Anti-Atom-Bewegung - Einfluß zu gewinnen und völkische oder nationalistische Parolen und Erklärungen anzubieten, waren auch bei den diesjährigen Anti-Kriegs-Aktivitäten zu beobachten. Eine ausführliche Analyse soll dazu beitragen, entsprechende Versuche unmöglich zu machen. In den letzten Monaten haben die Nazis auch in Norddeutschland wiederholt Aufmärsche durchgeführt - mal mit 30, mal mit 500 Teilnehmern. Einige Berichte findet Ihr ab Seite 20; besondere Beachtung verdient die Tatsache, daß der Staat die Nazi-Aktionen immer massiver gegen Proteste schützt: antifaschistische Demonstrationen werden verboten, auch wenn die Anmeldung aus dem gewerkschaftlichen Spektrum erfolgt; Kundgebungen nur an entfernten Stellen zugelassen, um eine direkte Behinderung der Nazi-Aktionen unmöglich zu machen; und tausende PolizistInnen marschieren neben volksverhetzenden Nazis. Für die antifaschistische Bewegung ist es eine der wichtigsten Diskussionen, wie diese Entwicklung gestoppt und mittelfristig umgekehrt werden kann.

Eure



Redaktion

Auschwitz im Kosovo ?

Zur Gleichsetzung von Massenvertreibungen mit der NS-Vernichtungspolitik

Die Kriegsherren der NATO ziehen immer wieder Parallelen zwischen dem deutschen Nationalsozialismus und dem serbischen Nationalismus und begründen damit ihren Luftkrieg gegen Jugoslawien. Da ist von „Faschismus", „Konzentrationslagern" und von „Bildern wie aus Schindlers Liste" die Rede. Und es wird betont: „Nie wieder Auschwitz" - als ob dies im Kosovo unmittelbar bevorstand. Auch in anderen Ländern wird bisweilen die Rechnung „Milosevic=Hitler" aufgemacht, aber in Deutschland wird dies besonders vehement vertreten. Diese Gleichsetzung ist falsch. Sie dient der Verteufelung des Kriegsgegners und soll den Einsatz praktisch aller militärischen Mittel rechtfertigen. Die Gleichsetzung verharmlost den deutschen Nationalsozialismus und führt zu einer „Entsorgung" der deutschen Geschichte - ausgerechnet durch „Rot-Grün".

1. Auschwitz war keine Vertreibung

Bisher hat noch niemand behauptet, daß die Serben im Kosovo Gaskammern betreiben. Scharping und Fischer sind klug genug, ihre Vergleiche mit dem NS nicht an konkreten Fakten festzumachen. Statt dessen wird mit Assoziationen gearbeitet, mit nicht genau definierten Begriffen („KZ") und mit erschreckenden Bildern (überfüllte Deportationszüge). Wer hierzulande Begriffe wie „KZs" gebraucht, will damit nicht etwa große Gefangenenlager, in denen Inhaftierte mißhandelt und viele getötet werden, bezeichnen, sondern geht stillschweigend davon aus, daß damit Vernichtungslager assoziiert werden. Damit ist die Beweislast umgekehrt: Nicht mehr Scharping muß begründen, warum er von „Kzs" spricht und was dort genau passiert, sondern wir müssen argumentieren, weshalb Mord und Vertreibung im Kosovo etwas anderes sind als das Vernichtungsprogramm der Nazis. Bisweilen wird uns dann vorgeworfen, wir spielten die Verbrechen im Kosovo herunter. Das ist nicht so. Die Vertreibung von Hunderttausenden und die Ermordung von zahllosen Kosovo-AlbanerInnen (wieviele es sind, werden wir wohl nie erfahren) sind grausame Verbrechen. Trotzdem bestehen wir auf der Feststellung: Vernichtung ist etwas anderes als „ethnische Säuberung". Die Züge mit jüdischen Deportierten fuhren in die Vernichtungslager, die Züge mit Kosovo-Vertriebenen fahren an die Grenze. Und die Morde und Quälereien, die serbische Einheiten und Banden im Kosovo verüben, haben eine andere Dimension als das Vernichtungsprogramm der Nazis. (Daß dies für die einzelnen KosovarInnen, die gequält, vergewaltigt oder ermordet werden, kein „Trost" ist, liegt auf der Hand. Aber es geht hier darum, welche historischen Parallelen gezogen werden). „Auschwitz war keine Vertreibung, Auschwitz war auch kein gewöhnliches Kriegsverbrechen. Auschwitz war die industriell betriebene physische Vernichtung der europäischen Juden, von den Betreibern durchaus korrekt 'Endlösung' genannt" (Allgemeine Jüdische Wochenzeitung 15.4.1999). Zur „Endlösung" gehörten auch die Morde in den Ghettos und die Einsatzgruppen-Massaker hinter der „Ostfront". Daß es nötig ist, den Scharpings und Fischers solche Klarstellungen entgegenzuhalten, ist bitter. Es zeigt, daß es seit 1945 nicht gelungen ist, ein Bewußtsein über das zuvor Geschehene gesellschaftlich zu verankern - ein Versäumnis auch der politischen Linken. „Auschwitz" galt bestenfalls als Metapher für unbegreiflichen und unbeschreiblichen Schrecken. Nur so ist es jetzt möglich, daß Auschwitz heute als Begriff für ganz andere Kriegsverbrechen herhalten kann. Die Singularität [Einzigartigkeit] der NS-Vernichtungspolitik wird damit geleugnet. Die mörderische Vertreibungspolitik („ethnische Säuberung") im Kosovo ist leider nicht einzigartig. In Türkisch-Kurdistan hat das türkische Militär in den vergangenen 15 Jahren Zehntausende Menschen getötet, zwei Millionen vertrieben und 4.000 Dörfer dem Erdboden gleichgemacht. Kroatische Truppen vertrieben 1995 binnen weniger Tage mehrere Hunderttausend SerbInnen aus der Krajina. Und 1994 wurde in Ruanda binnen weniger Wochen etwa eine halbe Million Menschen getötet und mehr als eine Million aus dem Land vertrieben. Bemerkenswerterweise vergleichen deutsche Politiker die gegenwärtigen Verbrechen im Kosovo nicht mit diesen Beispielen, sondern ziehen als Begründung für den ersten Krieg, den Deutschland seit 1945 führt, ausgerechnet „Auschwitz" heran. (Bisweilen ziehen auch Kriegsgegner leichtfertige historische Parallelen. Aber auch die Gleichsetzung der deutschen Kriegspolitik auf dem Balkan 1941-1944 mit dem heutigen NATO-Krieg verharmlost den Nationalsozialismus. Auch Schröder ist kein „zweiter Hitler".)

2. Wozu dient der aktuelle Auschwitz-Vergleich ?

Die NATO-Kriegsherren wollen angeblich ein „zweites Auschwitz" im Kosovo verhindern. Damit können sie alle militärischen Mittel rechtfertigen, die sie wollen. Wenn es konkret definierte Kriegsziele gibt, dann lassen sich die Gegenmaßnahmen daran messen: Sind die Gegenmittel verhältnismäßig? Haben sie die erhoffte Wirkung? (z.B.: Wenn es konkret darum ginge, die Massenvertreibung zu stoppen, dann wäre es offensichtlich, daß ein Luftkrieg ein ungeeignetes Gegenmittel ist. Wenn es darum ginge, ein bestimmtes Territorium als Siedlungsgebiet für seine Bewohner zu erhalten, dann wäre es offensichtlich verkehrt, dieses Territorium in Schutt und Asche zu bomben und zu verseuchen). Aber wenn es gegen „Auschwitz" geht, also gegen ein unfaßbar schreckliches Verbrechen, dann erübrigt sich auch die Frage nach der Verhältnismäßigkeit der Mittel. Dann ist auch ein Bruch des

Völkerrechts akzeptabel, dann kommen auch Splitterbomben und Urangeschosse zum Einsatz. Daß Scharping und Fischer ihre Auschwitz-Vergleiche selbst nicht ganz ernst nehmen, zeigt sich schon daran, daß sie eben doch nur bestimmte militärische Mittel wählen und andere nicht. Wenn es „im Norden von Pristina" tatsächlich ein KZ gibt (Scharping), warum werden dann nicht auch Bodentruppen eingesetzt, um die Gefangenen zu befreien? Und warum wird den Flüchtlingen eine Aufnahme in Westeuropa verweigert? Der Auschwitz-Vergleich dient zur emotionalen Mobilisierung der „Heimatfront", also der deutschen Öffentlichkeit. Mit Hitler konnte man damals nicht verhandeln, also jetzt auch nicht mit Milosevic. In Deutschland kommt hinzu, daß mit der „antifaschistischen" Begründung des aktuellen Krieges das gesellschaftliche „schlechte Gewissen" verdrängt wird, das nach den deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg (gerade auch gegen SerbInnen) womöglich doch noch existiert. Jetzt macht die Bundeswehr die Verbrechen der Wehrmacht wieder gut, sie übt tätige Reue. Die Deutschen haben zwar nicht das „erste Auschwitz" bekämpft und verhindert, aber wenigstens tun sie es diesmal. Damit stellt sich Deutschland nachträglich auf die Seite der Opfer. Scharping „imaginiert sich selbst als antifaschistischer Kommandeur, der die Zufahrtswege nach Auschwitz bombardieren läßt" (Günther Jacob). Dadurch wird die deutsche Geschichte entsorgt. Bemerkenswerterweise ziehen die Rot-Grünen genau die entgegengesetzte Schlußfolgerung aus der deutschen Geschichte wie ihre Vorgänger. Kohl und Rühe argumentierten noch: Wegen Auschwitz muß sich Deutschland international zurückhalten. Gerade auf dem Balkan (wo die Wehrmacht gewütet hat) sollen keine deutschen Soldaten in Kampfeinsätze geschickt werden. Diese Argumentation mag nur taktisch gewesen sein, aber es gab sie. Anders Rot-Grün. Aus ihrer Sicht darf sich Deutschland wegen Auschwitz gerade nicht zurückhalten, sondern ist zur „humanitären Intervention" geradezu verpflichtet. Während die Konservativen die Militarisierung der BRD in der Regel mit „nationalen Interessen" begründen, ist diese Argumentation für die Rot-Grünen problematisch. Deswegen müssen sie um so heftiger die „Moral-Schiene" bedienen, müssen humanitäre (und jetzt eben auch „antifaschistische") Begründungen heranziehen. Aber was wäre, wenn der Vergleich doch richtig wäre? Wenn es im Kosovo tatsächlich ein „zweites Auschwitz" gäbe? An diesem Punkt geben wir Fischer und Scharping recht: Die Geschichte hat gezeigt, daß der NS-Völkermord erst durch die militärische Gewalt der Alliierten beendet, daß die Befreiung erst durch die bedingungslose Kapitulation erreicht wurde (auch wenn die Alliierten weniger von humanitären als von machtpolitischen Motiven geleitet wurden). Aber: Die Alliierten hatten damals schon im Vorfeld versagt. Die Alternative zur Appeasement-Politik wäre nicht sofortiger Luftkrieg gewesen (wie uns die heutigen Kriegspolitiker weismachen wollen), sondern die systematische Isolierung Nazideutschlands: Wirtschaftssanktionen, Solidarität mit der demokratischen Regierung in Spanien gegen Franco-Putschisten, Schließung der Ford-Fabriken, Unterstützung der antifaschistischen Opposition etc. Nicht einmal zu eine Olympiaboykott hat es damals gereicht.

3. Auschwitz-Vergleich und „Berliner Republik"

Der aktuelle „Auschwitz-Vergleich" paßt zu den Bemühungen um eine „Normalisierung" Deutschlands (siehe auch die „Walser-Debatte" im Herbst 1998 und die aktuelle Debatte um ein Holocaust-Mahnmal in Berlin). Wenn Milosevic Hitler gleicht, wenn die Serben im Kosovo eine Endlösung planen oder durchführen, dann verlieren die deutschen Verbrechen 1933-1945 ihre Einzigartigkeit. Wenn es überall „Hitlers" gibt, dann ist Deutschland ein ganz normales Land, dann hat Deutschland eben seine historischen „Schattenseiten" wie andere Länder auch. Andererseits bekräftigen Scharping und Fischer ja gerade eine deutsche Sonderrolle, wenn sie immer wieder an die NS-Verbrechen erinnern. (Deswegen vermeiden die meisten Konservativen die Gleichsetzung „Milosevic=Hitler", weil sie erst gar nicht mehr an den Nationalsozialismus erinnern wollen). Aber wahrscheinlich hat der „Auschwitz-Vergleich" nun ohnehin seine Schuldigkeit getan. Mit Scharping und Fischer ist das deutsche Militär jetzt „antifaschistisch" geworden und hat sich sozusagen mit Verspätung auf die Seite der Alliierten geschlagen. Damit ist Deutschland jetzt eine normale Großmacht, wie USA, Frankreich oder England eben auch und braucht beim nächsten Mal zur Legitimation keine „Hitlers" als Gegner mehr. Auch nach innen sind die Tabus gebrochen. Das grundgesetzliche Verbot eines Angriffskrieges (eine Konsequenz aus der Nazi-Geschichte) ist (um „Auschwitz" im Kosovo zu verhindern) praktisch aufgehoben. Für künftige „humanitäre Interventionen" wird die antifaschistische Begründung nicht mehr benötigt. Wohl kaum jemand dürfte über die aktuelle Gleichsetzung „Vertreibung=Völkermord" mehr Genugtuung empfinden als die deutschen Vertriebenenfunktionäre. Denn wenn die Vertreibung im Kosovo „Auschwitz" gleicht, dann gilt dies auch für die millionenfache Flucht und Vertreibung der Ostdeutschen 1944/45. Für diese Gleichsetzung haben die Revanchistenverbände über 50 Jahre lang gekämpft, jetzt wird sie ihnen von Rot-Grün geschenkt. Die Entsorgung der Geschiche hätte die alte Bundesregierung nie geschafft. Die CDU (zumindest ihre Stahlhelm-Fraktion)verkörperte die Nazi-Kontinuitäten in der BRD. Ihnen hätte niemand (weder im Inland noch im Ausland) die „Nie wieder Auschwitz"-Parolen abgenommen. Die konservativen Versuche, die Nazi-Verbrechen zu relativieren (z.B. im „Historikerstreit" der 80er Jahre), sind immer wieder gescheitert - auch am Widerspruch von Sozialdemokratie und Grünen gegen die Rechten. Jetzt verharmlosen die Rot-Grünen in ihrem Kriegstaumel selbst den Nationalsozialismus - und präsentieren sich dabei noch als geborene Antifaschisten. Die „Alt 68er" Schröder, Fischer, Scharping und Co. bezeichnen jetzt „Nie wieder Auschwitz" als ihr „Lebensmotto". Dieselbe Bundesregierung feilscht derweil mit den wenigen überlebenden früheren Zwangsarbeitern um ihre Rechtsansprüche auf Entschädigung. Ein solchermaßen „normalisiertes" und „entsorgtes" Deutschland macht uns allen Sorgen.

ZAK Tübingen

Die extreme Rechte und der Krieg gegen Jugoslawien

Auch in den Publikationen der extremen Rechten ist der erste Krieg nach 1945, bei dem sich deutsche Soldaten auch direkt an Kampfhandlungen beteiligen, ein zentrales Thema der letzten Monate. Waren deutsche Neonazis vor einigen Jahren noch auf kroatischer Seite als Söldner tätig geworden, so hätte man nun erwarten können, daß sich die extreme Rechte erneut auf die Seite der Gegner Jugoslawiens bzw. Serbiens stellt - sich also etwa mit der Kosovo-Untergrundarmee UCK liiert, ist diese doch - folgt man der Ideologie der extremen Rechten - ein Musterbeispiel einer 'befreiungsnationalistischen' Bewegung.

Die große Mehrheit der Gruppen und Organisationen der extremen Rechten lehnt den NATO-Krieg aber entschieden ab. Und zwar mit Formulierungen und Äußerungen, die teilweise denen der Friedens- und Antikriegsgruppen sehr ähnlich erscheinen. So schrieb etwa die *Deutsche Wochen-Zeitung*, die der DVU nahesteht, kurz nach Beginn der NATO-Bombardierungen unter der Überschrift: „Warum die Bundeswehr im Kosovo nichts zu suchen hat - Bonn bricht die Gesetze": „Denn wenn deutsche Kampfflugzeuge und Panzer jetzt auf dem Balkan an der Seite amerikanischer, britischer und französischer Truppenteile das Feuer eröffnen, geschieht dies ohne Mandat der Vereinten Nationen. Die gesamte Militäraktion ist eine reine NATO-Veranstaltung; und sie dient auch nicht der Abwehr eines Angriffs auf ein Mitgliedsland." Vom Präsidium der NPD war ein Appell an alle „deutschen Soldaten und Beamten" zu vernehmen, dem „Amtseid auf das Grundgesetz treu" zu bleiben und die Mitwirkung „am Angriffskrieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien" zu verweigern. Und Neonazis aus verschiedenen europäischen Staaten riefen anläßlich des 50-jährigen Gründungstages der NATO gar zu einer Anti-NATO-Demonstration vor deren Hauptquartier in Brüssel auf.

Solches Auftreten mutet seltsam an und will nicht so recht zum Bild der extremen Rechten passen, mit dem Uniformen, Kriegsbegeisterung, Heldentum und Militärverherrlichung assoziiert werden. Es bedarf einer genaueren Analyse der Begründungszusammenhänge, um entschlüsseln zu können, daß dies kein Widerspruch darstellt und die Anti-Kriegs-Rhetorik der extremen Rechten keineswegs zum Ziel hat, Gewalt und Gewaltstrukturen aus der Welt zu schaffen.

Die Ablehnung dieses NATO-Krieges gegen Jugoslawien stützt sich auf drei zentrale, miteinander verbundene Ideologeme der extremen Rechten: den Antiamerikanismus, den Rassismus und die Geopolitik.

Antiamerikanismus

Liest man die Stellungnahmen der extremen Rechten zum Krieg, so fällt zunächst eine scharfe Abgrenzung gegenüber den USA und der NATO auf, wobei die NATO grundsätzlich als Instrument der USA gesehen wird, deren Zweck es auch immer gewesen sei, den eigenständigen außenpolitischen Handlungsspielraum Deutschlands einzuschränken. Die Bundesregierung und ihre Angehörigen werden demzufolge als „servile Erfüllungsgehilfen der USA", als „Bonner Abenteuerer und Steigbügelhalter des US-Imperialismus" oder - in Anspielung auf den Buchtitel Goldhagens - als „willige Vollstrecker Washingtons" bezeichnet.

Für die extreme Rechte trägt an diesem Krieg aktuell die USA die Verantwortung; diese wolle auf dem Balkan einen ständigen Unruheherd schaffen, der Europa als ökonomisch, politisch und militärisch handlungsfähige Einheit schwäche und den USA als stärkste Militärmacht jederzeit Eingriffsmöglichkeiten biete. Neben der aktuellen Verantwortlichkeit gebe es noch eine historische Verantwortung: diese trügen die Siegermächte des Ersten und Zweiten Weltkrieges, da diese dort sog. „Vielvölkerstaaten" errichtet hätten. So heißt es in einer Erklärung des NPD-Kreisverbandes Nordmecklenburg: „So ist der Kosovo-Konflikt doch lediglich die Folge eines Mischvölkerstaates, welcher aus reiner Machtgier und ohne Anerkennung der kulturellen und religiösen Eigenarten der verschiedenen Völker geschaffen wurde."

Für die extreme Rechte haben die USA in Europa grundsätzlich nichts zu suchen; in einer Erklärung der „Europäischen Synergien" - das ist ein Zusammenschluß extrem rechter Theoretiker verschiedener europäischer Länder - heißt es, daß Konflikte und Kriege in Europa „nur von den Mächten der Region geklärt werden (sollten), unterstützt von Rußland und einem neuen bismarckschen Deutschland". Hier scheint bereits die alte Idee des Deutschen Reiches hervor, das in Europa die Vorherrschaft ausübt.

Es wäre freilich ein Irrtum anzunehmen, in der Abgrenzung - ja man muß wohl in vielen Fällen von Feindschaft sprechen - zu den USA bzw. zu Amerika ginge es nur um ökonomische und politische Dimensionen. Es sei - insbesondere seit der Auflösung der Sowjetunion und der DDR - Zeit, sich von den USA zu lösen, denn: „Eine organisch gewachsene Wertegemeinschaft zwischen Deutschen und Amerikanern gibt es nicht. Eine alte Hochkultur läßt sich nicht mit einer seelenlosen Pla-

stik-Zivilisation vereinbaren." Für die extreme Rechte ist die Frontstellung gegen die USA - ausgedrückt etwa in dem Wortpaar Kultur hier, Zivilisation dort - sehr fundamental; denn ihr gilt Amerika als Hort der Verwilderung, als negative Projektionsfläche: „Vereinfacht ausgedrückt, ist die Entwicklung der amerikanischen Gesellschaft eine räumlich konzentrierte Vorwegnahme gesellschaftspolitischer Prozesse des Industriezeitalters, von denen die meisten je nach Verzögerung auf andere Weltregionen übergreifen." Zu den hier angesprochenen gesellschaftspolitischen Entwicklungen gehören etwa Multikulturalität, Drogen und Individualisierung. Für die extreme Rechte einst und jetzt gelten die USA als Inbegriff des „Universalismus", der - negativ als Gleichmacherei verstanden und für gesellschaftliche Krisen und Problemlagen verantwortlich gemacht wird.



AnhängerInnen der Deutschland-Bewegung bei einer Anti-Kriegs-Demo in München

Völkischer Nationalismus

Die extreme Rechte lehnt universell gültige Werte, z.B. Menschenrechte und den Gleichheitsgedanken, ab. Ausgangspunkt ihrer Weltanschauung sind „Völker", „Rassen" und „Kulturen" - gedacht als homogene Einheiten. Diese hätten jeweils ihre eigenen Weltdeutungen, Denk- und Lebensweisen entwickelt, die sog. „nationale Identität". Dem entspreche ein Staatsgebiet - ein geographischer Raum, in dem alle „Volksangehörigen" leben sollten. Diese völkische Konstruktion, bei der das Volk alles, das davon unabhängige Individuum hingegen nichts ist, kommt so zur Deckung mit anderen Ideologemen der extremen Rechten, wie etwa der Idee der Geopolitik. War die Geopolitik für ihren Cheftheoretiker Haushofer „die Lehre von der Erdgebundenheit politischer Vorgänge", so stellen die „Europäischen Synergien" ein Arbeitsprogramm zur Entwicklung „geopolitischer Konzepte" vor, wozu insbesondere eine „gründliche geschichtliche Studie, die die Europäer in Ost und West an den gemeinsamen Kampf gegen das Osmanische Reich erinnert", zu gehören habe.

Diese antiislamische und antitürkische Ausrichtung ist ein weiterer Schlüssel zum Verständnis der Ablehnung des NATO-Krieges; in etlichen Stellungnahmen wird befürchtet, daß der Krieg zu einer Ausbreitung des Islam und einer Vergrößerung des Einflußbereiches der Türkei führt.

In ihren Stellungnahmen nimmt die extreme Rechte zudem wiederholt historische Motive und Aspekte auf. Das ist nicht weiter verwunderlich, handelt es sich beim NATO-Krieg gegen Jugoslawien doch *erstens* um den ersten Kampfeinsatz deutscher Soldaten seit 1945, und findet dieser *zweitens* in einer Region statt, in der die Soldaten der Wehrmacht unzählige Kriegsverbrechen begangen haben.

Es sind vor allem zwei Themen mit deutlich historischem Bezug, die immer wieder herausgestellt werden:

1. Flucht, Vertreibung und Umsiedlung von Deutschen nach 1945, und

2. die Rolle der Wehrmacht auf dem Balkan.

Die extreme Rechte - aber auch der *Bund der Vertriebenen* mit seinem umfangreichen Organisationsgeflecht - sehen sich angesichts der Vertreibungen und der Flucht aus dem Kosovo dazu ermuntert, an die Situation nach Kriegsende 1945 zu erinnern. Die der DVU nahestehenden Blätter klagen: „Schlimm ist aber auch, daß die unmenschliche Vertreibung von 15 Millionen Ost- und Sudetendeutschen (...) das 'Weltgewissen' bis heute nicht berührt." Und der Chefredakteur der *Jungen Freiheit* fordert: „Es wäre an der Zeit, daß im Zuge des Kosovo-Krieges eine Aufarbeitung in Kino-Filmen, Wanderausstellungen, Kunst und Literatur neue Gestalt gewinnt."

Die konkrete Situation der Flüchtlinge aus dem Kosovo ist der extremen Rechten im Grunde völlig egal. Wichtig ist ihr nur, daß diese Menschen nicht nach Deutschland kommen. Vor entsprechenden Wanderungsbewegungen wird denn auch gewarnt; in einer Pressemitteilung der REP heißt es scharf: „Wer kosovo-albanische Flüchtlinge fern von ihrer Heimat in Deutschland unterbringt, macht sich zum Komplizen der 'ethnischen Säuberung' durch die Serben." Die *Deutsche Wochen-Zeitung* pflegt unter der Schlagzeile „Wie kriminell sind Kosovo-Albaner? Was viele in Deutschland treiben" das rassistische Vorurteil vom kriminellen Ausländer. Und natürlich darf auch das Schreckensbild von der Gefährdung von 'Sicherheit und Ordnung' nicht fehlen: „Dieser multikulturelle Wirrwarr auf verhältnismäßig engem Raum läßt die Region immer wieder explodieren. Eine irrsinnige Bonner Einwanderungs- und Überfremdungspolitik aber führt dazu, daß sich die Bundesrepublik balkanesische Zustände ins eigene Land holt."

Mit Blick auf das Morden der Wehrmacht auf dem Balkan versuchen insbesondere die Wochenzeitungen des DVU-Vorsitzenden Frey sich an einer Rehabilitierung der Wehrmacht. Da werden der Angriff und die Besetzung Jugoslawiens ebenso gerechtfertigt wie das verbrecherische Wirken des Generalobersten Alexander Löhr verharmlost, der später im Prozeß gegen die Südostgeneräle zum Tode verurteilt wurde.

Faschisten als Friedensfreunde ?

Die extreme Rechte bemüht sich derzeit darum, mit ihrer Anti-Kriegs-Rhetorik möglichst viele derjenigen anzusprechen, die dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien aus dem einen oder anderen Grund ablehnend oder zumindest skeptisch gegenüberstehen. Dietmar-Dominik Hennig, einer der Regionalsprecher der Deutschlandbewegung, sieht „die deutsche Rechte (...) jetzt aufgefordert, die Katakomben zu verlassen und in die politische Arena zu treten mit einer einzigen Frage an jenes deutsche Volk, das in diesem Jahrhundert in zwei Weltkriegen genug Blutzoll zu entrichten hatte: 'Wollt ihr den totalen Friedenseinsatz?'." Diese schwülstig-pathetische Sprache gipfelt in folgender Sequenz: „Die Friedensdividende ist das stärkste Pfund, mit dem die nationalen Kräfte derzeit wuchern können. Das gilt es, den Menschen klar zu machen: Deutsch wählen, heißt Frieden wählen - Internationalismus ist Krieg!"

Markieren die bisher skizzierten Positionen den Großteil des Diskurses in der extremen Rechten, so finden sich vereinzelt auch hiervon abweichende Stellungnahmen. In einem empörten Leserbrief an die neofaschistische Zeitschrift *Nation + Europa* schreibt etwa der frühere NPD-Bundesvorsitzende Günter Deckert: „Wir waren und sind noch immer (zahlende) Opfer des Bosniaken-Konflikts. Auslöser: die Jugo-Serben. (...) Ich denke und dachte, auch die Zeitschrift 'Nation & Europa' vertrete den Grundsatz des (völkischen) Nationalismus. Und als deutscher Nationalist kann man nun mal nicht auf der Seite der serbischen Mordbrenner und Vertreiber stehen, ...". Die Wochenzeitung *Junge Freiheit* gibt Raum für Prof. Dr. Lothar Höbelt, der der FPÖ nahesteht, und dessen pragmatische Sichtweise: „Als imperiales System, das deutschen Interessen am meisten Durchsetzungschancen ermöglicht, erscheint mir die NATO unter allen realistischen Varianten da augenblicklich ziemlich konkurrenzlos." Außerdem sei es gut, „wenn dieselben Leute, die den gebürtigen Österreicher Generaloberst Löhr wegen seines Luftangriffs auf Belgrad ohne Kriegserklärung 1941 als Kriegsverbrecher zu bezeichnen gewohnt sind, heute von den Deutschen händeringend ein Da Capo einfordern." Und schließlich sei „nicht einzusehen, warum gerade traditionsbewußte Deutsche ihren Widerspruch anmelden sollten, wenn 'der Westen' spät, aber doch darangeht, auf dem Balkan seine Fehler von 1918 und 1945 zu korrigieren. Von Nationalbewußten kann man doch (...) erwarten, daß sie sich an Völkern (in diesem Fall den Albanern) und nicht an den Staaten (...) orientieren." Ähnlich sieht diesen letzten Punkt Manfred Rouhs, der Herausgeber der Quartalszeitschrift *SIGNAL*: „In der Auseinandersetzung mit Serbien sind die Albaner im Recht. Die Befreiungsnationalisten der UCK fordern die Vereinigung ihrer Heimat mit dem albanischen Mutterland, die ihnen Milosevic verweigert." Und der Krieg habe „auch noch in anderer Hinsicht sein Gutes." Er stärke „das Selbstbewußtsein der Deutschen", denn - so Rouhs weiter - „deutsche Soldaten stehen im Krieg, und sie sind erfolgreich. Und sie haben Rückhalt in der Bevölkerung, sogar bei den Grünen. Das schafft eine neue Lage. Auch über solche Kollektivverfahrungen werden sich die Deutschen Schritt für Schritt zu einer normalen Nation entwickeln, die Neurose von 1945 endgültig überwinden, bis sie Vorreiter eines neuen europäischen Selbstbewußtseins sind." Auch hier ist also - wenn auch über einen anderen Begründungszusammenhang - die Zielsetzung einer Europa dominierenden Großmacht Deutschland formuliert. Insofern ist der Gegensatz zwischen den hier dargestellten Positionen nicht so tief wie es zunächst erscheinen mag; und sollten deutsche Soldaten sich in Kämpfen am Boden 'siegreich bewähren', so wird das alte Landser-Ideal auch von der extremen Rechten vermutlich wieder stärker vertreten werden.

Sterben wegen Serbien?
Die wahren Hintergründe des NATO-Angriffs
Seite 3
Deutsche National-Zeitung
Wer beherrscht das Fernsehen? Woher Leo Kirchs Geld kommt / S. 7

Bomben fallen vom Himmel – nicht der Frieden!

In der Zeit vom 18. – 19. September planten Kirchenkreise gemeinsam mit der Bundeswehr ein „Friedenscamp" an der Gedenkstätte in Gudendorf. Dieses Camp sollte im Rahmen des Gemeinschaftsprojektes "Frieden fällt nicht vom Himmel" stattfinden, daß von Kreisverwaltung, Kirchenkreisen und Bundeswehr veranstaltet werden sollte.

Zwar wurde das sogenannte „Friedenscamp" an der Gedenkstätte Gudendorf nach einem Gespräch zwischen Pastor Margaard, einem der Initiatoren, sowie der Initiative „Blumen für Gudendorf" und Vertretern des Anti-Friedenscamp-Bündnisses abgesagt, jedoch soll nichtsdestotrotz die geplante Kampagne „Frieden fällt nicht vom Himmel" von September bis Oktober stattfinden. Anstelle des Camps findet nun am 18./ 19. September eine „Friedensfreizeit", nach wie vor unter Beteiligung der Bundeswehr, statt. Die Grabstätte in Gudendorf beherbergt über 3.000 sowjetische Kriegsgefangene und ZwangsarbeiterInnen, die im dortigen Sterbelager und in der sogenannten „Seuchenbaracke" in Hindorf ihr Leben lassen mußten. Etwa 240 Verstorbene sollen nachträglich aus verschiedenen Orten hierher umgebettet worden sein. Vor der Errichtung des Sterbelagers 1944 befand sich an gleicher Stelle ein Wehrertüchtigungslager der Hitlerjugend, welches von der Wehrmacht betrieben wurde.

Auftakt der Kampagne „Frieden fällt nicht vom Himmel" ist eine Diskussionsveranstaltung mit dem ehemaligen Bosnien-Beauftragten Hans Koschnik in Heide. Dort soll jungen Leuten die Möglichkeit zur Diskussion gegeben werden. An Dithmarscher Schulen soll es zu Projekten und Arbeitsgemeinschaften kommen. Anstelle des Camps soll die Gedenkstätte nun in Form eines Tagesbesuches unter Beteiligung von KonfirmantInnen, PfadfinderInnen, Zivildienstleistenden und Soldaten besucht werden. Geplant ist pflegerische Gartenarbeit, bei der die „HobbygärtnerInnen" ins Gespräch kommen sollen.

Wir fordern die sofortige Absage der Kampagne unter Beteiligung der Bundeswehr!

Da wird von „Friedensarbeit von unten" gesprochen, obwohl die Initiative zu diesem Projekt vom Landrat Dr. Klimant ausgeht.

Da wird „Friedensarbeit von unten" gesprochen, obwohl die Jugendlichen vom Probst in Konfirmantenprojekte und in der Schule in Arbeitsgemeinschaften geschickt werden, um anschließend in ihrer Freizeit an Anti-Gewalt-Projekten in ihren Jugendzentren teilnehmen zu dürfen, die vom Kreisjugendamt organisiert werden.

Da wird von "Friedensarbeit von unten" gesprochen, obwohl die „Friedensfreizeit" vom Probst der ev. Kirche Norderdithmarschen, Jörn Engler, und von Axel Maria Reiter, dem Kommandeur der Wulff-Isebrandt-Kaserne in Heide, angeboten wird.

Diese „Friedensarbeit" wird von den Spitzen des militärischen, zivilen und geistlichen Lebens in Dithmarschen geleistet, sie ist eine Form der ideologischen Wehrertüchtigung. So ist es auch nur folgerichtig, daß eine Beteiligung von Friedensinitiativen erst gar nicht vorgesehen wurde.

Schon das Motto „Frieden fällt nicht vom Himmel" zeigt, worum es geht. In ihrem Verständnis von Frieden sind Kriege unvermeidlich und deshalb das Militär notwendig.

Dem setzen wir entgegen: Kriege fallen nicht vom Himmel, sie werden geplant und vorbereitet. Es ist wichtig, Jugendlichen die Bedeutung des Sterbelagers in Gudendorf im Nationalsozialismus zu vermitteln und dort Friedensarbeit zu leisten. Die angekündigte Kampagne ist jedoch eine Werbeveranstaltung für Kriegspolitik und eine Verhöhnung der Opfer der Naziherrschaft.

Im Aufruf zu einer Gedenkkundgebung am Mahnmal in Gudendorf schrieb Pastor i.R. Christian Dethleffsen 1991 u.a.: „In Erinnerung an militärische deutsche Abenteuer ... warnen wir davor, daß das vereinte Deutschland seine größer gewordene Verantwortung in der Völkerwelt mit vergrößertem und erweitertem militärischen Engagement und Einfluß verbindet. Krieg sollte von deutschem Boden nicht nur nie wieder ausgehen, sondern auch nie mehr direkt oder indirekt unterstützt oder von uns gerechtfertigt werden."

In diesem Sinne kann Gudendorf kein Ort des Militärs sein, sondern des Gedenkes an die Opfer von Faschismus und Krieg.

Gudendorf ist kein Ort für Militärpropaganda! Kein Frieden mit der Bundeswehr!

Kundgebung anläßlich des internationalen Antikriegstages

Samstag, 4. September 1999, 14Uhr, Gedenkstätte Gudendorf

Aus Lübeck wird wahrscheinlich ein Bus nach Gudendorf fahren. Infos unter Tel.: 0451/7020748

Die Wohltäter kommen...

Anfang Juni 1999 reichten 141 UkrainerInnen und WeißrussInnen, ehemalige ZwangsarbeiterInnen, beim Münchner Arbeitsgericht eine Sammelklage gegen die Siemens AG und gegen BMW ein. Sie hatten von 1942 bis zum Kriegsende unter menschenunwürdigen Bedingungen bei diesen Firmen Zwangsarbeit leisten müssen - für oft nur drei Mark Lohn im Monat. Gegen den Baukonzern Ed. Züblin klagen seit Mitte Mai drei aus Ungarn stammende ZwangsarbeiterInnen; sie fordern je 4.800 Mark Lohnersatz und ein in der Höhe nicht beziffertes Schmerzensgeld. Die Firma behauptet weiterhin, sie trage keine Verantwortung, sondern habe nur auf Druck der Nazis gehandelt. Auch in den USA sind jüngst weitere Sammelklagen gegen deutsche Firmen eingereicht worden, u.a. gegen die drei deutschen Großbanken, gegen Industriekonzerne wie DaimlerChrysler, Degussa, Henkel, Moll und den Reifenhersteller Continental.

Drei Fälle von vielen, mit denen ehemalige ZwangsarbeiterInnen versuchen, ihre Rechte zu sichern. Geht es nach dem Willen deutscher Unternehmen, die sich in der „Stiftungsinitiative deutscher Unternehmen: Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" zusammengeschlossen haben, so soll damit bald Schluß sein. Bisher haben sich 16 Firmen dem Fonds angeschlossen. 30 bis 40 weitere warten zunächst ab, ob mit dem Fonds auch eine „rechtswirksame Abschlußregelung" zustandekommt, d.h. ob sie dann von jeglichen weiteren Zahlungen befreit sind. Diesen Kurs unterstützt auch Bundeskanzler Schröder. Lothar Evers vom *Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte* kritisierte daher in einem Interview in der *Frankfurter Rundschau*, daß die Bundesregierung es „offensichtlich für ausreichend (halte), Industrieinteressen zu repräsentieren". Mit seiner Kritik bezog sich Evers auch auf das Mitte Mai in Washington D.C. abgehaltene Treffen, bei dem unter Vorsitz des Kanzleramtsministers Hombach und des US-amerikanischen Staatssekretärs Eizenstat über die Entschädigung der ZwangsarbeiterInnen verhandelt wurde. Neben jüdischen Opferverbänden und deutschen Unternehmen saßen erstmals auch Vertreter aus Rußland, Polen, Weißrußland, der Ukraine, Tschechien und Israel mit am Tisch; auch Anwälte der Kläger waren anwesend. Während die US-Anwälte eine gerichtliche Einigung nach dem Vorbild der Einigung der Holocaust-Überlebenden mit den Schweizer Banken anstreben, lehnen dies die deutschen Unternehmen ab. Für sie verkündete der deutsche Botschafter: „Es geht hier nicht um Entschädigung, sondern um eine humanitäre Geste im moralisch-politischen Bereich."



Die Bundesregierung - hier tätig als ideeller Gesamtkapitalist - fordert ein Abkommen mit den USA, in dem die US-amerikanische Seite den Prozeßweg der Opfer abschneidet. Das ist jedoch mit der Verfassung der USA nicht zu vereinbaren. Deutsche Konzernvertreter wollen nur ZwangsarbeiterInnen entschädigen, die deportiert wurden und mindestens sechs Monate unter haftähnlichen Bedingungen Sklavenarbeit geleistet haben. Geld soll außerdem nur bekommen, wer noch keine Wiedergutmachung von staatlicher oder privater Seite bekommen hat. Um solche Frechheiten besser durchsetzen zu können, hätten die Industrievertreter die Anwälte der Opfer am liebsten von den Gesprächen ausgeschlossen. Sie sehen sich mit dem geplanten Fonds als Gönner und Wohltäter; historische Verantwortung - für Zwangsarbeit, KZ-Sklaven und ihr Bündnis mit den Nazis - weisen sie noch immer zurück. Evers: „Gleichzeitig wird man nicht müde, zu betonen, daß es sich bei dieser Stiftung um eine rein humanitäre Geste handelt. Als Gegenleistung erwartet man nicht etwa humanitäre Begeisterung, sondern rechtliche Sicherheit." Auch bei der Vorstellung der „Stiftungsinitiative deutscher Unternehmen: Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" durch deren Sprecher, Manfred Gentz (DaimlerChrysler), am 10. Juni in Berlin wurde betont, daß die beteiligten Firmen keinen Rechtsanspruch der Opfer gegen sich gelten lassen würden. Alle Leistungen seien strikt freiwillig. Die zukünftigen Leistungen seien an die Bedürftigkeit der Opfer und das Rentenniveau des Wohnsitzes gekoppelt. Damit gäbe es für frühere ZwangsarbeiterInnen aus Osteuropa weniger Geld als in den USA lebende Betroffene - eine Ver-

längerung des Unrechts, lebt doch in Osteuropa die größte Gruppe der ZwangsarbeiterInnen, die zudem bis 1989/90 gar keine Möglichkeit hatte, Ansprüche zu erheben und gerichtlich geltend zu machen. Das Londoner Schuldenabkommen hatte sie 1953 ausgeschlossen. Zurecht protestierte beispielsweise der polnische Außenminister Bartoszewski gegen diese Schlechterstellung ehemaliger polnischer ZwangsarbeiterInnen durch deutsche Konzerne. Lothar Evers wies darauf hin, daß das heutige Rentenniveau „weder mit der Verfolgung noch mit der Zwangsarbeit zu tun habe“, so daß sich „die Zahlungen (...) an dem Leid bemessen (müssen), das den Menschen zugefügt worden ist“. Der Vorschlag der „Stiftungsinitiative deutscher Unternehmen: Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ hat die „ausdrückliche Billigung“ des Schröder-Vertrauten Bodo Hombach. Dieser will erreichen, daß in Zukunft nicht mehr „der Name deutscher Unternehmen und auch der Name Deutschlands in den Schmutz gezogen wird“. In diesem Verständnis von Regierungshandeln werden die Opfer und deren Rechtsvertreter quasi zum nationalen Gegner. Die völlige Einseitigkeit der Parteinahme gilt als so selbstverständlich, daß im Referat 414 des Kanzleramtes eine Juristin sitzt, die von den beklagten Unternehmen dorthin entsandt wurde und auch von ihnen bezahlt wird. Der Kontakt zu den NS-Opfer-Verbänden wird hingegen gemieden.

Stand: 15. Juli 1999

Ein wichtiger Erfolg ist Ende Mai erzielt worden: das Arbeitsgericht Nürnberg hatte erstmals die Schadensersatzklage einer 75jährigen Ukrainerin angenommen; bis dahin waren derartige Klagen immer an Zivilgerichte verwiesen worden. Die dort anfallenden Kosten konnten aber von den ehemaligen ZwangsarbeiterInnen, in Osteuropa meist in sehr armen Verhältnissen lebend, nicht aufgebracht werden. Einen vergleichbaren Kostenvorschuß gibt es beim Arbeitsgericht nicht. In der Klage gegen das Unternehmen Diehl hatte die Firma vorgebracht, da kein Arbeitsverhältnis bestanden habe, sei auch das Arbeitsgericht nicht zuständig. Derartige Verschleppungstaktiken markieren das zynische Verhalten der deutschen Industrie; die Sammelklage ehemaliger polnischer KZ-Häftlinge gegen die Dresdener Bank auf Entschädigungszahlungen in Höhe von 5,4 Milliarden Mark kommentierte diese damit, daß nicht einmal sicher sei, ob die heutige Dresdner Bank die Rechtsnachfolgerin der Dresdner Bank der NS-Zeit sei.

Bericht der schleswig-holsteinischen Newroz-Delegation

Öffentlichkeit ? - Verboten !

Seit Jahren reisen Delegationen aus verschiedenen Ländern in die Türkei und in die unter Notstandsrecht gestellten kurdischen Provinzen, um die Situation der dort lebenden Menschen zu untersuchen. Sie versuchen immer wieder, die Verbrechen der türkischen Regierung der Öffentlichkeit bekannt zu machen, was diese natürlich vehement zu verhindern sucht. Von Seiten des türkischen Regimes wird der Krieg gegen die kurdische Bevölkerung gebetsmühlenartig als ein „innerstaatlicher Kampf gegen den Terrorismus“ bezeichnet, der keinerlei unabhängige Beobachtung von außen rechtfertige. Doch die Dimension und die dahinter stehende Systematik auch dieses Krieges muß durch kontinuierliches Beobachten, Recherchieren und Bewerten erfasst und der Widerstand dagegen geschürt werden. Fortschrittliche Organisationen in der Türkei betonen zu Recht, daß sich nur durch internationalen Druck auf die Türkei langfristig etwas verändern läßt. Anläßlich des diesjährigen Newroz-Festes gab es in der Türkei und in Türkisch-Kurdistan die größten Aufstände gegen die Regierung seit Jahren. Die Sicherheitskräfte reagierten mit militärischer Gewalt. Ausländische Delegationen wurden von der Polizei durch Festnahmen und Ausweisungen daran gehindert, die kurdischen Newroz-Feiern und -Demonstrationen zu beobachten. Für die Südost-Provinzen der Türkei wurde ein generelles Einreise- und Berichtsverbot für ausländische BeobachterInnen verhängt. Zu Newroz selbst mußten sogar türkische Journalisten die Gebiete verlassen. Eine Delegation von neun Schleswig-HolsteinerInnen, die nach Adana in der Südtürkei geflogen war, wurde über zwei Tage lang in Polizeigewahrsam festgehalten. Im Folgenden beschreibt die Gruppe ihre Eindrücke und Erlebnisse während ihres Aufenthaltes vom 18. bis zum 23. März 1999 in Adana.

Wir hatten uns Adana als Reiseziel vorgenommen, da Adana - als viertgrößte Stadt der Türkei nach Istanbul - die Stadt mit den meisten kurdischen EinwohnerInnen ist. Die Mehrzahl der Flüchtlinge aus den südöstlichen Provinzen der Türkei, die z.B. aus ihren vom Militär zerstörten Dörfern fliehen mußten, „lebt“ an den Rändern der Metropolen in sogenannten *Gecekon-*


Gecekondu in Adana

dus (wörtlich: über Nacht errichtete Häuser) in völlig übervölkerten Vororten oder in Flüchtlingsstädten wie Ceyhan (50 km östlich von Adana). Diese Flüchtlingslager wachsen rapide an; die Menschen müssen größtenteils in Plastikzelten auf freiem Feld am Rande der Städte hausen, wo es weder Wasser noch Toiletten oder Strom, geschweige denn ausreichend Nahrungsmittel gibt. Dieses „Leben" scheinen die deutschen Gerichte und Politiker zu meinen, wenn sie in Asylverfahren von sog. „alternativen, innerstaatlichen Fluchtalternativen" sprechen. Mit entsprechenden Hinweisen, daß politisch (oder rassistisch) Verfolgte aus den kurdischen Gebieten in der Südost-Türkei doch im Westen der Türkei frei von Repression und staatlicher Verfolgung leben könnten, werden immer wieder Asylanträge von KurdInnen abgelehnt. Ein Schwerpunkt unserer Reise waren jene sogenannten „Fluchtalternativen", über die wir uns in Gesprächen mit BewohnerInnen der Gecekondus, dem *Menschenrechtsverein IHD* und gesellschaftlichen Organisationen informieren wollten. Desweiteren wollten wir uns über die Situation vor den Parlaments- und Kommunalwahlen kundig machen - insbesondere über die Möglichkeiten und Schwierigkeiten der prokurdischen Partei *HADEP* beim Wahlkampf unter einem faschistischen System. Dritter Schwerpunkt unserer Reise waren die am 21.März stattfindenden Newroz-Feiern der kurdischen Bevölkerung, bei denen es in den vergangenen Jahren regelmäßig zu massiven Übergriffen durch Militär und Polizei auf die feiernden Menschen gekommen war.

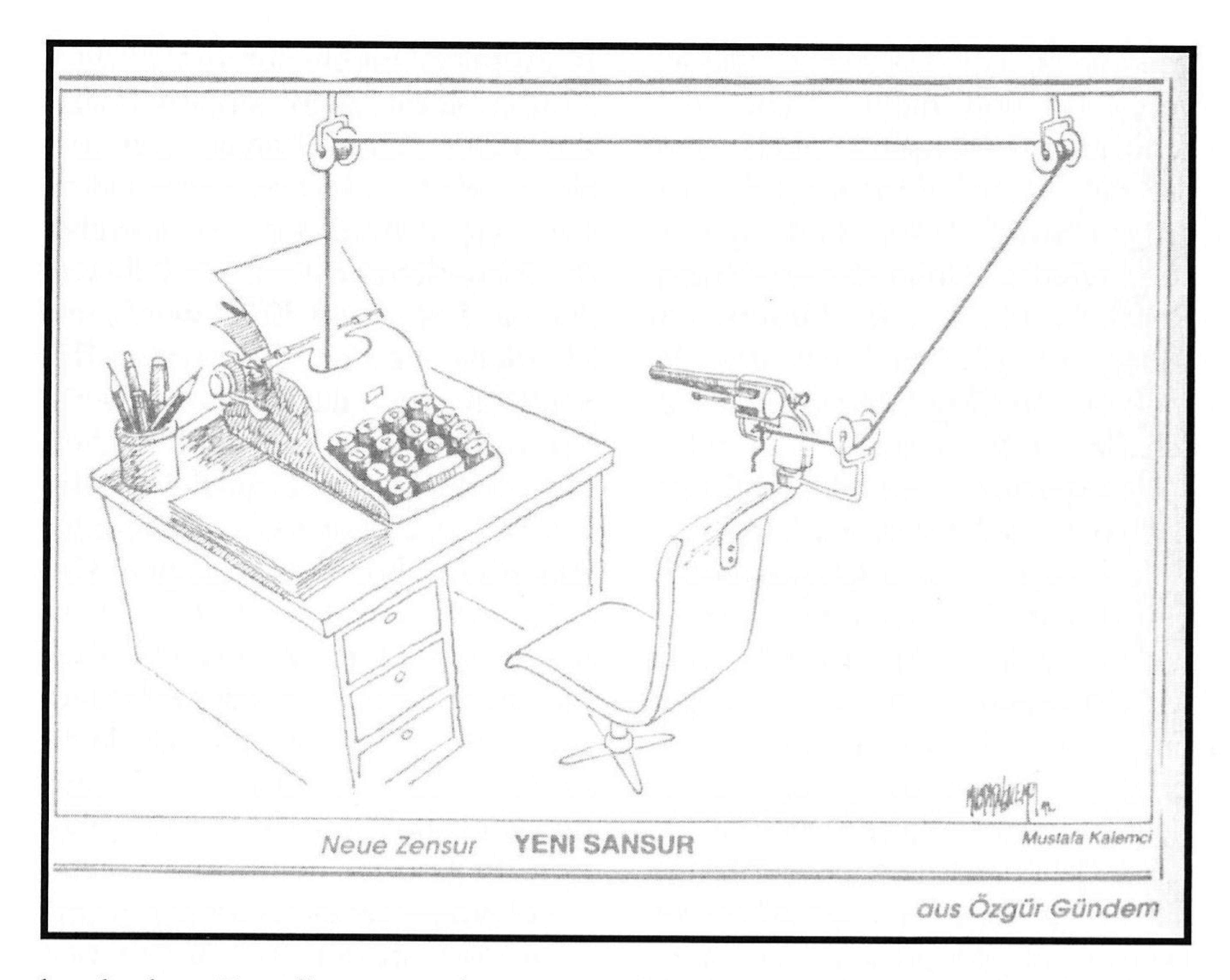
"Jeder Kurde ist schuldig" - Zur allgemeinen Situation der Kurden und Kurdinnen

Am 18.März, drei Tage vor Newroz, trafen wir in Adana ein. Von der Stimmung gerade unter der kurdischen Bevölkerung konnten wir uns kein umfassendes Bild machen, da uns von unseren kurdischen FreundInnen davon abgeraten wurde, uns frei in der Stadt zu bewegen. In der Zeit bis zu unserer Festnahme, konnten wir dennoch bei Gesprächen einige Eindrücke sammeln. Wir führten unter anderem längere Gespräche mit dem örtlichen Parteivorsitzenden der *HADEP* (Demokratische Partei des Volkes), *Eyyüp Karagecili*, und dem Vorsitzenden des Menschenrechtsvereins *IHD, Süleyman Kilic*. Beide betonten, daß sich die Lage der kurdischen Bevölkerung noch weiter verschlechtert habe, seitdem der *PKK*-Vorsitzende, *Abdullah Öcalan*, vergangenen November in Rom um politisches Asyl nachsuchte. Seitdem versuche die türkische Regierung, „alles Kurdische zu vernichten", so der *HADEP*-Vorsitzende. Zur Zeit gelte: „Jeder Kurde ist schuldig." Die *HADEP*, die einzige (noch) legale pro-kurdische Partei, die auch zu den Parlamentswahlen am 18. April zugelassen war, ist massiver Repression ausgesetzt. Seit November wurden zahlreiche *HADEP*-Büros von Polizei-Einheiten gestürmt, Funktionäre verhaftet und sehr viele Menschen verletzt und getötet oder sie „verschwanden" einfach. Aktuell wurde uns berichtet, daß zum Beispiel die *HADEP*-Vorsitzenden von Mersin, Van und Bingöl schon vor den Wahlen ins Gefängnis gesteckt wurden. In Diyarbakir gab es zwei Tote, als Polizisten und Faschisten gemeinsam ein *HADEP*- Büro stürmten. Auch der *HADEP*-Vorsitzende von Adana, mit dem wir sprachen, sollte demnächst ins Gefängnis gehen, weil er eine Presseerklärung zu dieser Repressionswelle abgegeben hat und deshalb zu einer einjährigen Gefängnisstrafe verurteilt wurde. Auch während unseres Besuches erhielt er einen diesbezüglichen Drohanruf der Polizei. Für die *HADEP* gab es kaum eine Möglichkeit, Gegenöffentlichkeit zu schaffen und Wahlkampf zu betreiben. Uns wurde von massiven Behinderungen der Wahlkampfveranstaltungen berichtet. Es war offensichtlich, daß es in der Türkei keine auch nur annähernd freien und fairen Wahlen geben würde, insbesondere nicht für die Gebiete mit kurdischer Bevölkerung. Drohungen von Seiten der Militärkommandeure, sie würden ganze Dörfer angreifen, werde dort auch nur eine einzige Stimme für die HADEP abgegeben, bestätigen diese Befürchtung. Mittlerweile gibt es unzählige Berichte über Wahlmanipulationen, wie z.B. auf Müllkippen aufgefundene Säcke mit Stimmzetteln, die zu Gunsten der HADEP ausgefüllt waren. Vor allem aus den kurdischen Gebieten liegen Informationen vor, daß die Stimmenabgabe unter den Augen von Militärs von statten gehen mußte und noch im Wahllokal selbst die WählerInnen bedroht und zur Stimmabgabe für eine der Regierungsparteien gezwungen wurden. An unserem ersten Tag in Adana hielten wir uns überwiegend im gemeinsamen Gebäude der HADEP und des IHD auf. Es war deutlich spürbar, wie angespannt die Stimmung überall war. Ständig tra-

fen Anrufe mit Meldungen über neue Überfälle z.B. auf HADEP-Büros oder Wahlkampfveranstaltungen ein, und es wurden immer neue Festnahmen gemeldet. Auch auf unseren Wegen zwischen unserem Hotel und dem HADEP-Büro konnten wir uns einen -wenn auch nur kurzen- Eindruck verschaffen, wie sehr der türkische Machtapparat im alltäglichen Straßenleben präsent ist. An jeder Ecke stehen Polizei- und Militärfahrzeuge und es wimmelt von Zivilpolizisten. Uniformierte und bewaffnete Polizei/Militärs als Fußstreifen gehören ohnehin zum Straßenbild. Die große Armut ist sehr auffällig und man kann sich der angespannten und permanent überwachten Atmosphäre nicht entziehen. Auch unser Aufenthalt war von Anfang an registriert und beobachtet worden. Dennoch waren wir stellenweise überrascht, mit welcher Offenheit unserer GesprächspartnerInnen mit uns sprachen. Über die politische Situation der KurdInnen frei zu berichten oder sich öffentlich zu der Thematik zu äußern, steht in der Türkei unter Strafe und wird umgehend mit staatlicher Repression beantwortet. Über die Schwierigkeiten einer unabhängigen Berichterstattung erfuhren wir etwas von einem Journalisten der inzwischen verbotenen Zeitung *ÜLKEDE GÜNDEM*. Deren Erscheinen wurde nach eineinhalb Jahren („eine lange Zeit !", so unser Gesprächspartner) von der türkischen Justiz unterbunden. Man muß damit rechnen, daß auch die geplante Nachfolgezeitung *ÖZGÜR BAKIS* das gleiche Schicksal erleiden wird. Die MacherInnen der Zeitung sind trotzdem fest entschlossen, mit ihrer Arbeit fortzufahren, da es „ihre Aufgabe, ihre Mission" sei, wie uns der Journalist versicherte. Daran könnten auch die Bedrohungen durch rechte Gruppen einerseits und durch den türkischen Staat andererseits nichts ändern. Der Journalist berichtete uns von sich häufenden Willkürmaßnahmen der Polizei in Adana, bei denen täglich Wohnungen, Geschäfte und Büros von Journalisten oder (vermeintlichen) KurdInnen gestürmt würden, ohne daß es hierfür offizielle Begründungen geben würde. Oft würden die anwesenden Menschen geschlagen, z.T. in ihren eigenen Wohnungen gefoltert und anschließend festgenommen. Die Wohnungen werden verwüstet und nicht selten „verschwinden" Menschen auch, ohne daß die Täter/Auftraggeber für derartige Überfälle bekannt oder gar bestraft würden. Unter der verstärkten Repression hätten alle Gruppen zu leiden, die sich bemühten, eine demokratische Gegenöffentlichkeit zu schaffen. Insbesondere, so unser Gesprächspartner, auf StudentInnen habe man es dabei abgesehen. Sehr viele StudentInnen seien aus diesem Grund schon festgenommen worden und würden bedroht. Später konnten wir ein Gespräch mit einer jungen Frau führen, die uns dies aus eigener Erfahrung bestätigen mußte: Sie berichtete uns von ihrer Schwester, einer 19 jährigen Studentin aus Adana, die wenige Tage zuvor verhaftet worden war, als sie gemeinsam mit anderen StudentInnen eine Pressekonferenz an der Uni abhielt. Die StudentInnen forderten unter anderem die „Beendigung des schmutzigen Krieges in Kurdistan" und hatten sich zu der offenbar tollkühnen Bemerkung hinreißen lassen, Abdullah Öcalan sei kein Babymörder, sondern Vorsitzender einer politischen Organisation. Die Veranstaltung wurde daraufhin von 100 Polizisten gestürmt , die Teilnehmenden vor den Augen der anwesenden Medienvertreter zusammengeschlagen und viele von ihnen wurden festgenommen. Alle Inhaftierten wurden während der Haft gefoltert und nach ihrer Entlassung mußte ihnen vom Arzt eine zehntägige Arbeitsunfähigkeit attestiert werden. Die Schwester unserer Gesprächspartnerin blieb als einzige weiter in Haft, weil sie die inkriminierten Forderungen vorgelesen hatte. Sie wurde des „Terrorismus und Separatismus" bezichtigt und wurde, wie wir mittlerweile erfahren haben, im Mai vom Staatssicherheitsgericht (DGM) zu einer einjährigen Gefängnisstrafe verurteilt. Zusätzlich muß sie eine Geldstrafe in Höhe von 18.000 DM (!) erbringen. Außerdem wird sie höchstwahrscheinlich ihr Studium nicht fortführen dürfen; aus dem StudentInnen-Wohnheim, in dem sie bis zu ihrer Festnahme lebte, war sie sofort rausgeflogen. Hinzu kommt, daß ihre Familienangehörigen sowie die ihrer KommilitonInnen mehrfach bedroht wurden. Bei einer Hausdurchsuchung bei ihren Verwandten in Antakya mußte ihr fünfjähriger Cousin alleine miterleben, wie Polizei das Haus seiner Familie auf den Kopf stellte... Bei dem anschließenden Gespräch mit dem Vorsitzenden des Menschenrechtsvereins IHD von Adana, *Süleyman Kilic*, wurde uns ebenfalls von der anhaltenden Repression gegen die kurdische Bevölkerung berichtet. Auch der *IHD* steht auf der Liste der „Staatsfeinde der Türkei", und gegen seine Mitglieder wird ebenso brutal vorgegangen. Viele können dem Druck, der auf sie ausgeübt wird, nicht mehr standhalten und ziehen sich aus der Arbeit zurück. Der IHD gilt als Anlaufstelle für Opfer der staatlichen Unterdrückungspolitik und deren Angehörige. Er betreut Folteropfer, bietet psychologische Behandlungen und Therapien an, versucht Angehörige bei der Suche nach „Verschwundenen" zu unterstützen, kümmert sich um Gefangene und bemüht sich, auch auf juristischer Ebene gegen Menschenrechtsverletzungen vorzugehen. Eine wichtige Aufgabe, die sich der IHD gestellt hat, ist zu verfolgen, was aus den Menschen wird, die aus der BRD in die Türkei abgeschoben werden. Dabei läßt die türkische Regierung kein Mittel ungenutzt, die Arbeit des Menschenrechtsvereins zu unterbinden und zu verhindern.

„Nicht im Einklang mit den Menschenrechten"- Zur Politik der deutschen Regierung, der EU und der NATO

Unsere Gesprächspartner von HADEP und IHD sehen die einzige Chance zur Lösung des Kurdistan-Konfliktes in einer Internationalisierung der Frage. „Die Kurdenfrage ist eine Menschheitsfrage, sie kann nur international gelöst werden", meinte der IHD-Vorsitzende von Adana, *Süleyman Kilic*. Und der HADEP-Vorsitzende war der Ansicht, die Kurdenfrage könne „innerhalb einer Stunde gelöst werden", wenn die USA, Deutschland, Großbritannien und Frankreich dies wollten: „Wir glauben, dass mit größerer internationaler Solidarität das Problem gemeinsam mit der türkischen und der


Neue Zensur YENI SANSUR Mustafa Kalemci

aus Özgür Gündem

kurdischen Bevölkerung gelöst werden kann." Er kritisierte, dass Europa im vergangenen November Abdullah Öcalan nicht aufgenommen habe. Das sei eine „historische Chance für eine demokratische Lösung und eine Beendigung des Krieges" gewesen. Im Fall Öcalan sei jetzt internationaler Druck notwendig, sonst werde der PKK-Vorsitzende mit dem Tode bestraft, so Kilic. Es sei die Angst der türkischen Regierung, dass immer mehr Kurden Öcalan als ihren Präsidenten ansähen. Der HADEP-Vorsitzende *Karagecili* vermutete, die USA versuchten durch ihre Haltung im Fall Öcalan und durch ihre gesamte Kurdenpolitik, die Türkei in einen Bürgerkrieg zu stürzen, um dann ihren eigenen Einfluss in der Region zu vergrößern. Süleyman Kilic äußerte den Wunsch, dass auf die deutsche Regierung stärkerer Druck ausgeübt werde. Ihm scheine, die deutsche Regierung habe sich in der Kurdenfrage schon festgelegt, und dieser Beschluss sei nicht *für* die Kurden und stehe „nicht im Einklang mit den Menschenrechten". Deutschland versuche, wirtschaftliche Vorteile aus Ost- und Südosteuropa zu ziehen: „Ein Tropfen Öl ist viel wichtiger als ein Menschenleben. Das ist die Politik, die sie betreiben." Die deutsche Kurdenpolitik sei immer zwiespältig gewesen. Es werde „Humanismus vorgetäuscht", aber man würde „den Menschen und seine Gedanken trennen". Wenn die deutsche Regierung die KurdInnen akzeptiere, dann müsse sie auch KurdInnen mit ihren politischen Forderungen akzeptieren. Die türkische Politik sei: „Der beste Kurde ist ein toter Kurde." Die deutsche Politik sei: „Der beste Kurde ist ein Kurde, der innen leer ist." Zu Abschiebungen von KurdInnen aus Deutschland in die Türkei sagte uns der IHD-Vorsitzende: Wenn jemand in Deutschland nicht als Flüchtling anerkannt und abgeschoben werde, werde er in der Türkei sofort am Flughafen festgenommen, gefoltert, ins Gefängnis gesperrt, einige würden sogar zu Tode gequält.

Das hätten die IHD-AktivistInnen vielfach erlebt. Die Türkei betreibe die Politik, Folter und Repression auszuüben, das wisse Europa, das wisse Deutschland sehr gut. Trotzdem würden von Deutschland Menschen in die Hand der Türkei ausgeliefert. *Kilic* charakterisierte dies mit dem Sprichwort: „Wenn du mit einem Fuchs handelst, darfst du ihm nicht den Hasen in die Hand geben." Zu dem Abkommen zwischen der Türkei und der Bundesrepublik über die Behandlung Abgeschobener meinte der IHD-Vorsitzende, die Türkei habe dies und viele andere Abkommen unterzeichnet, sie würden aber nicht eingehalten, das wisse die deutsche Regierung genau. Die neue deutsche Regierung sei an der doppelten Staatsbürgerschaft interessiert, aber insbesondere kurdische Menschen, die aktiv seien und protestierten, würden ausgeschlossen. Dies sei „keine demokratische Vorgehensweise": „Wenn jemand politisch aktiv ist, steht die Tür offen für die Abschiebung." Daran habe sich auch durch die neue Bundesregierung nichts geändert. Als ein Motiv der deutschen und europäischen Politik sieht er, daß Europa nicht mehr Arbeitskräfte wolle. Jeder Flüchtling werde als „unerwünschter Gast am Tisch" angesehen. Mit solch einer Einstellung könne man keine soziale Politik betreiben.

Am nächsten Tag, dem Tag vor Newroz hatten wir geplant, den Mesopotamischen Kulturverein zu besuchen; dieser wurde jedoch vormittags von der Polizei gestürmt und alle Anwesenden festgenommen. Dabei wurden einige Menschen verletzt. Am Samstag war die Stimmung spürbar angespannter als am Vortag. Polizei und Militär hatten ihre Präsenz deutlich erhöht, und vor allem in den Gegenden mit hoher kurdischer Bevölkerung in Adana wurden die dort Lebenden von den „Sicherheitsorganen" gewarnt und bedroht, sich bloß nicht an den Newroz-Feierlichkeiten zu beteiligen, da diese alle verboten seien. Willkürlich wurden Menschen schon am Samstag festgenommen, um die Bevölkerung einzuschüchtern. Bereits am 18.März wurden in Mersin 300 StudentInnen festgenommen, als sie - wie jedes Jahr - ihr Newroz-Fest feiern wollten. Dieser und andere Vorfälle mit Massenverhaftungen machten deutlich, wie fest entschlossen die türkische Regierung war, die diesjährigen Newroz-Feierlichkeiten nicht stattfinden zu lassen. Auch im Büro der HADEP herrschte eine zunehmende Gespanntheit. Anrufe über weitere Polizei-Übergriffe und Massenfestnahmen nahmen zu. Unsere für diesen Tag geplanten Gespräche mit Flüchtlingsfamilien, Frauen und der Besuch eines Flüchtlingsviertels wurden verschoben, weil es zu unsicher war, bei solch einer repressiven Stimmung ungestört mit ohnehin gefährdeten Menschen zu sprechen. Wir hatten den Eindruck, daß unsere GesprächspartnerInnen im HADEP-Büro jeden Moment mit Polizeiaktionen rechneten. Dennoch konnten wir einige kurze, sehr bedrückende Gespräche mit Flüchtlingen führen.



1995: staatlich genehmigte Newroz-Feier der HADEP im Sinan-Theater in Adana

dann, besser ins Hotel zurückzukehren, da sie das Gefühl hatten, daß wir dort am sichersten seien. Deshalb kehrten wir bereits gegen 16 Uhr in unser Hotel zurück, wo wir allerdings schon von diversen Polizisten in Zivil erwartet wurden. Unter dem Vorwand, einer unserer Pässe sei gefälscht, wurden wir festgenommen und zum Gelände des Polizeipräsidiums gefahren. Dort wurden wir zusätzlich des Drogenhandels beschuldigt. Alle wurden durchsucht, und einige Dinge, die wir bei uns trugen, wurden beschlagnahmt, darunter unsere Gesprächsnotizen und unsere Mobiltelefone. Hier mußten wir dann die folgenden 52 Stunden - in wechselnden Räumlichkeiten - absitzen. Vor allem unsere Dolmetscherin wurde mit rassistischen Schikanen drangsaliert. Am nächsten Tag (Newroz-Sonntag) wurden wir in den Räumen der Anti-Terror-Polizei festgehalten. Von Newroz selbst haben wir dort fast nichts mitbekommen. Lediglich am Newroz-Abend konnten wir zufällig beobachten, daß sehr viele Gefangene in Bussen auf das Gelände gebracht wurden. Zwei jugendliche Gefangene wurden versehentlich zunächst zu unserem Gebäudeteil gebracht; als sie wieder weggeführt wurden und die Polizisten sich im Schutz der Dunkelheit wähnten, schlugen sie die beiden Gefangenen zusammen, indem sie mit Knüppeln seitlich auf deren Köpfe einschlugen, bis sie zu Boden gingen. Danach wurden sie in ein uns gegenüberliegendes Gebäude geschleift.

Montag vormittag (22.März, am Tag nach Newroz) haben wir unsere Pässe und die meisten der beschlagnahmten Gegenstände zurückbekommen. Auch die Mobiltelefone wurden uns zurückgegeben, so daß wir endlich telefonieren konnten. Es wurde uns angekündigt, wir würden jetzt dem Haftrichter vorgeführt. Im Polizeibus wurden wir zum Justizgebäude gefahren, jedoch nur, um dort

Dorfschützer werden oder ins Gefängnis gehen — Zur Repression gegen die kurdische Landbevölkerung

Ein älterer Bauer, der in der Region Bingöl einige Stück Vieh besitzt, berichtete uns, er sei erst kürzlich nach dreimonatiger Haft aus dem Gefängnis entlassen worden. Der einzige Grund für seine Verhaftung sei gewesen, dass er sich geweigert habe, sich als bewaffneter Dorfschützer an die Seite des türkischen Militärs zu stellen. Er sei schon wiederholt deswegen inhaftiert worden. Die ersten fünf Tage habe man ihn in einer kalten Zelle (im November) sitzen lassen, ohne Decke und ohne etwas zu essen. Später habe die Richterin am Staatssicherheitsgericht in Bingöl ihn mit anti-kurdischen Drohungen überzogen. Sinngemäß habe die Richterin unter anderem gesagt: „Solange ich Richterin bin, werde ich dafür sorgen, daß es keinen einzigen Kurden mehr gibt." In den sechzehn Dörfern seines Bezirks sei keiner bereit, dem türkischen Militär als Dorfschützer zu dienen, lediglich in der Kleinstadt gebe es einen Dorfschützer. Aufgrund des Drucks seien aber praktisch alle jungen Leute aus den Dörfern in die Westtürkei geflohen. Die verbliebene Dorfbevölkerung betreibe weitgehend eine auf Eigenversorgung ausgerichtete Wirtschaftstätigkeit. Das, was sie in der Kleinstadt hinzukaufen müßten, sei streng rationiert, zum Beispiel Mehl. Die Bewohner dürften ihr Dorf nur verlassen, um in einer bestimmten, ihnen zugewiesenen Stadt einzukaufen. Gewisse Dinge könnten praktisch gar nicht legal erworben werden, zum Beispiel Schuhe oder Kunststoff, da dies seitens der Sicherheitskräfte den Verdacht nach sich ziehe, man wolle mit den Materialien die Guerilla unterstützen. Für unseren Gesprächspartner, der als einziger seiner 15-köpfigen Familie die gesamten Einkäufe tätigen dürfe, sei es quasi nicht möglich z.B. mehr als ein paar Schuhe zu erwerben. Jedes weitere Paar wird als „Nachschub" für die PKK gewertet. Auch eine Nichte des Bauern war bei dem Gespräch zugegen. Sie wollte jedoch zu diesem Zeitpunkt nicht über ihre Erlebnisse in Kurdistan reden, offenbar weil es eine zu große Belastung für sie gewesen wäre, sich in Anwesenheit der HADEP-Vertreter in dieser Weise persönlich zu offenbaren (auch wenn sie selbst der Partei angehört). Wir hatten für Montag, den 22. März, ein Gespräch mit ihr vereinbart, doch dazu kam es dann nicht mehr, da wir zu diesem Zeitpunkt schon festgenommen waren. Gegen Nachmittag rieten uns unsere GastgeberInnen

zu Propagandazwecken der Presse vorgeführt zu werden. Ohne den Bus verlassen zu haben, wurden wir weitergebracht zum Staatssicherheitsgericht (DGM). Hier wurden wir am Nachmittag von einem angeblichen Staatsanwalt vernommen, der uns mit dem Vorwurf konfrontierte, Propaganda für die PKK betrieben zu haben. Bei dem Verhör haben wir, wie auch zuvor, keinerlei Aussagen gemacht. Kurz darauf wurde uns mitgeteilt, daß wir umgehend ausgewiesen würden, ohne daß es ein Urteil gegen uns gäbe. Daraufhin wurden wir zum Flughafen verfrachtet, wo wir noch eine Nacht unter Polizeibewachung verbrachten, um danach mit dem ersten Flugzeug am Morgen mit zahlreicher Begleitung ausgeflogen zu werden.

Wir wissen, daß die Behandlung, die uns widerfahren ist, nicht zu vergleichen ist mit dem, was zum Beispiel KurdInnen in der Türkei erleben müssen. Das, was wir später über den Verlauf der Newroz-Feierlichkeiten in Adana erfahren haben, läßt keinen Zweifel mehr an dem Grund unserer Festnahme zu: Es waren an verschiedenen Plätzen und Straßen insgesamt 60.000 Menschen in Adana auf der Straße, gegen die das Militär bereits ab 10 Uhr morgens mit Panzern und Schußwaffen vorging. Über 1000 Menschen wurden allein in dieser Stadt verhaftet, es gab zahlreiche Schwerverletzte, oft mit Schußwunden. Ein Kind wurde von einem Panzer überrollt. Niemand sollte erfahren und sehen, wie brutal die türkische Regierung gegen die kurdische Bevölkerung vorgeht, und daß sie dies zu gerne mit deutschen Panzern, Gewehren und Munition tut. Deshalb wurden sämtliche ausländischen BeobachterInnen inhaftiert oder gleich des Landes verwiesen. In der türkischen Presse wurden wir als Terroristen und PKK-SympathisantInnen denunziert, um uns von vornherein als unglaubwürdig darzustellen. Das Medieninteresse in Deutschland an unserer Fahrt war zwar verhältnismäßig groß, es beschränkte sich allerdings lediglich auf die Tatsache, daß 9 Deutsche in der Türkei festgenommen wurden. Für die Hintergründe unserer Fahrt und die Verantwortung Deutschlands für den Krieg der Türkei gegen die kurdische Bevölkerung interessierte sich jedoch fast niemand. Inzwischen hat uns das Staatssicherheitsgericht in Adana mitgeteilt, daß das Verfahren gegen uns „aus Mangel an Beweisen“ eingestellt wurde. Stattdessen hat der deutsche Verfassungsschutz nichts anderes zu tun gehabt, als zwei Mitglieder der Delegationsfahrt anzuquatschen, in der Hoffnung, sie aushorchen zu können. In beiden Fällen (eine Person wurde auf der Straße angesprochen, bei der anderen meldete man sich telefonisch) wurden die Herren von den Betroffenen sofort abgewimmelt.

Welche politischen Forderungen ergeben sich aus den Erfahrungen der Newroz-Delegation ?

1. Fast alle GesprächspartnerInnen betonten, wie wichtig der internationale Druck auf die türkische Regierung sei, um zu einer politischen Lösung der Kurdistan-Frage zu kommen. „Wenn die USA, Frankreich, Großbritannien und die BRD es wollten, könnte der Kurdistan-Konflikt innerhalb einer Stunde gelöst werden!“ (HADEP-Vorsitzender, Adana); „Die Kurdenfrage ist eine Menschheitsfrage!“ (IHD-Vorsitzender, Adana)

2. Abschiebungen in die Türkei sind sofort zu stoppen ! JedeR Verantwortliche in der BRD weiß genau, daß den abgeschobenen Menschen in der Türkei Folter und Mißhandlung drohen. (Ein Beispiel ist der 17 jährige Kurde Emin Acar, der am 12. März 1999 aus der BRD nach Istanbul abgeschoben wurde und dort vier Tage lang von der Anti-Terror-Abteilung der Polizei gefoltert wurde; anschließend landete er im Gefängnis Ümraniye.) „Wenn du mit einem Fuchs handelst, kannst du ihm den Hasen nicht in die Hand geben.“ (IHD-Vorsitzender, Adana)

3. Die Waffen- und Militärhilfe an die Türkei muß beendet werden. Die Delegationen waren Zeugen, daß es Waffen aus Deutschland sind, mit denen Militär und Sondereinheiten der türkischen Polizei ausgerüstet sind, die dann gegen KurdInnen vorgehen. Die dieser Tage von der deutschen Regierung genehmigte Lieferung von U-Booten aus Deutschland an die Türkei hat nur auf den ersten Blick nichts mit der Unterdrückung der KurdInnen zu tun. Aber jede Waffen- und Rüstungshilfe stützt das Militärregime, und außerdem dient die so gestärkte türkische Marine z.B. dazu, Griechenland mit Krieg zu drohen, wenn es die KurdInnen unterstützen sollte.

4. Der kurdische Fernsehsender MED-TV muß sofort wieder senden können. Er wurde am 22. März von den britischen Behörden geschlossen, zunächst vorübergehend. (Von London aus strahlt MED-TV sein Programm via Satellit nach ganz Europa aus.) Dies ist ein gravierender Einschnitt in die Meinungs- und Pressefreiheit, da in der Türkei selbst unabhängige Informationen zur Lage der KurdInnen und der Menschenrechte unterdrückt werden.

Fischer in der Türkei - Neue Waffen für das Folterregime?!

Der Türkei-Besuch Außenminister Fischers am 22/23. Juli 1999 war erneut Anlaß, weitere Waffenlieferungen an den Folterstaat zu diskutieren. Die türkische Regierung will 1.000 Panzer vom Typ Leopard 2 A5 kaufen; diesen konnten türkische Soldaten jüngst „auf dem kleinen Dienstweg" testen: sie mußten nicht auf das Vorführgerät der Rüstungsfirma zurückgreifen, sondern konnten dank einer entsprechenden Anweisung des Heeresinspekteurs Helmut Willmann den Panzer im Kosovo testen.

Der Bonner Regierung liegt ein Ausfuhrantrag des Münchener Rüstungskonzerns Krauss-Maffei vor; ein Firmensprecher sagte, man sei „brennend interessiert" an dem Geschäft, das zudem „Vollbeschäftigung garantieren" würde. Zwar sind die ersten Reaktionen aus der SPD und von Bündnis`90/Die Grünen ablehnend, aber das will nichts heißen. Denn vom Einsatz deutscher Waffen gegen die Bevölkerung will das Auswärtige Amt noch immer nichts wissen; damit wäre schon mal ein Ablehnungsgrund entfallen. Anläßlich der Reise von Bundesaußenminister Fischer in die Türkei veröffentlichte die *Kampagne gegen Rüstungsexporte* am 7. Juli eine Pressemitteilung, die wir im folgenden dokumentieren.

Zu Oppositionszeiten den Einsatz deutscher Waffen beklagt, heute „keine Erkenntnisse" - da hilft ein Blick ins Internet!

Zu den Voranfragen deutscher Rüstungsfirmen für eine geplante Panzerlieferung an die Türkei hatten die Abgeordneten Ulla Jelpke, Dr. Winfried Wolf und die PDS-Fraktion am 27. Januar dieses Jahres eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung gerichtet. Anfang März antwortete das Auswärtige Amt. Die Reaktion unterschied sich in Inhalt und Stil in keiner Weise von den Antworten der Vorgängerregierungen.

Was zu Oppositionszeiten bitter beklagt und immer wieder der alten Bundesregierung vorgehalten wurde, nämlich der Einsatz deutscher Waffen im kurdischen Kriegsgebiet, wurde in wahrhafter „Kontinuität deutscher Außenpolitik" dreist abgestritten. Auf die Frage: „Wie bewertet die Bundesregierung den Einsatz deutscher Waffen durch das türkische Militär gegen die kurdische Zivilbevölkerung und bei grenzüberschreitenden Operationen in der Vergangenheit?" antwortete die neue Regierung: „Die Bundesregierung verfügt über keine Kenntnisse, daß aus Deutschland gelieferte Waffen von den türkischen Streitkräften gegen die kurdische Zivilbevölkerung oder bei grenzüberschreitenden Operationen eingesetzt werden. Sie ist in der Vergangenheit allen Hinweisen auf einen vermuteten Einsatz durch die Türkei entgegen vertraglichen Zusicherungen oder Endverbleibszusagen sehr sorgfältig nachgegangen. Bisher konnte in keinem Fall ein Beweis für einen Verstoß gegen eingegangene Verpflichtungen erbracht werden."

Das war deutlich. Offensichtlich hatte Staatssekretär Dr. von Ploetz da weitergemacht, wo er zuletzt aufgehört hatte: Unter der Kohl-Kinkel-Regierung war es in dieser Frage zu einer routinierten Übung geworden, die Öffentlichkeit mit der nicht haltbaren Standardformulierung „Es liegen diesbezüglich keine Kenntnisse vor" zu täuschen.

Daß die neue Regierung mit dieser absurden Leugnung einer durch unzählige Zeugenaussagen, Filmdokumente, Fotos usw. belegten Tatsache weitermacht, ist deshalb besonders kurios, weil in der Vergangenheit Parlamentarier der jetzt regierenden Parteien nicht mit deutlichen Kommentaren sparten. So fragte sich z.B. der SPD-Bundestagsabgeordnete Hans Kolbow angesichts der Tatsache, daß das Vorgehen der türkischen Streitkräfte gegen die kurdische Bevölkerung unter Einsatz deutscher Waffen fast täglich für Schlagzeilen sorgt: „Ist die Bundesregierung", gemeint war die Kohl-Regierung, „blind und taub oder lügt sie einfach nur?"

Für die jetzige Regierungspartei Bündnis 90/Die Grünen waren die immensen Waffenlieferungen aus der Bundesrepublik (die zeitweise - nach der Überlassung der NVA-Waffen - einer nahezu kompletten Armeeausstattung gleichkamen und Deutschland zum führenden Waffenlieferanten des NATO-Partners machten) und der vielfach dokumentierte vertragswidrige Einsatz dieser Waffen Grund genug, die Bundesregierung, zusammen mit Menschenrechts- und Friedens-

organisationen, wegen Beihilfe zum Völkermord anzuklagen. Auch dazu gibt es zahlreiche eindeutige Stellungnahmen. So sagte u.a. die verteidigungspolitische Sprecherin der Partei, Angelika Beer, in einem Interview zu Oppositionszeiten klipp und klar: „Eine Wende deutscher Außenpolitik hätte spätestens mit dem Nachweis des Einsatzes deutscher - und auch anderer - Waffen gegen die Zivilbevölkerung erfolgen müssen (...) Der Außenminister ist reif für den Rücktritt." Während solche Schlagzeilen wie „Ankara gibt den Einsatz deutscher Waffen gegen die Kurden zu" (FAZ 28.3.1992), „Deutsche Granaten gegen Kurden" (Taz 17.9.1992), „NVA-Panzer überrollt Kurden" (FR 8.12.1992) drastisch vor Augen führten, welche Konsequenzen die deutsche Türkei-Politik hat, verfügte noch jede Bundesregierung über „keine Erkenntnisse" zu einem vertragswidrigen Einsatz deutscher Waffen, der ein Rüstungsembargo als Konsequenz haben müßte. Thomas Klein, Pressereferent der bundesweiten Kampagne gegen Rüstungsexport - Wiesbaden empfiehlt Außenminister Fischer unter *http://www.asrinhukuk.com/pictures/asker.html* einen Blick zu „riskieren". Das Istanbuler Rechtsanwaltsbüro hat dort Fotos eines türkischen Soldaten eingespeist, die einen aus deutschen Beständen gelieferten Panzer vom Typ MTW 113 zeigen, wie er ein kurdisches Dorf beschießt. Am 21./22. Juli könnte Fischer bei seiner Türkei-Reise seinen Gastgebern erklären, daß solche Bilder nur ein sofortiges Waffenembargo zur Folge haben können - da er sonst gar „reif für den Rücktritt" wird.

Für die Kampagne steht fest: Solange deutsche Waffen vertragswidrig eingesetzt werden, solange die Menschenrechte im NATO-Partnerland mit Füßen getreten werden, Folter und Mord durch türkische Polizisten, Soldaten und Mitglieder von Spezialtruppen an der Tagesordnung sind, solange ist ein klares Signal gefordert: Ein sofortiges Waffenembargo und Druck auf den NATO-Partner Türkei, einer politischen Lösung des kurdisch-türkischen Konflikts endlich den Weg zu ebnen.

Ludendorffer wollen Jugendliche agitieren

Für die Altersgruppen 11-14, 14-17 und über 17 Jahre bietet der *Arbeitskreis für Lebenskunde e.V.* seine Ferienlager und Wochenendtreffen an. „Wandern, Spielen, Lagerfeuer, Singen, Volkstanzen, Basteln, oft auch Musizieren" - all das soll „die Verbundenheit mit der deutschen Heimat und Kultur (stärken)" - so Nordfried Preisinger aus Bühnsdorf, der Interessierten für weitere Auskünfte zur Verfügung steht. Der *Arbeitskreis für Lebenskunde e.V.* gehört zur Ludendorffer-Bewegung, die 1961 wegen ihrer antisemitischen Agitation verboten worden war (Aufhebung des Verbots 1977 aus formalen Gründen). Erst vor kurzem hatten die Ludendorffer in Osselberg bei Kiel eine neue Tagungsstätte eröffnet. Auf der Suche nach einer „sinnvollen Lebensgestaltung" von Kindern und Jugendlichen kündigt der Verein an, daß „in Gesprächsrunden (...) Themen besprochen (werden), die in der Schule meist zu kurz kommen."

Ketzerfeldzug in Deutschland

Christliche Duldsamkeit
gegenüber der Ahnenstätte Hilligenloh
und der Ludendorff-Bewegung

Aktuelle Ludendorffer-Broschüre zum Konflikt in Hude/Nds.

Welche Themen dies sind, läßt sich unschwer aus der Zeitschrift der Ludendorffer *Mensch und Maß* ersehen. Unter Bezugnahme auf die pseudowissenschaftliche Soziobiologie und Äußerungen von Mathilde Ludendorff verbreitet ein Karl Grampp: „Das Erbgut einer Rasse, das 'Rasseerbgut' oder die 'Volksseele', wie sie es auch nennt, zeichnet sich durch '... das ererbte Gotterleben und ganz bestimmte, mit ihm innig verwobene Rassecharaktereigenschaften' aus."[1] Mit Blick auf die „Partnerwahl" habe bereits Ludendorff geschrieben, daß „die Volksseele (...) das Schönheitserleben (...) bei beiden Geschlechtern innig mit den Grundmerkmalen der Rasse (verwebe)". Gegen die „Rassenmischung" anschreibend, legt der Ludendorffer Grampp Wert auf die Feststellung, daß „ein Mischling", der „verschiedenartiges Erbgut in sich trägt", „sich nicht rassetümlich verhalten (kann)". Ähnlich schwadroniert der Hemmingstedter Gundolf Fuchs unter der Überschrift „Deutschland auf dem Weg zum Vielvölkerstaat" über die „vielen Mischehen", die entstünden, wenn es zu einer „Verherrlichung der Heirat von Menschen unterschiedlichen volklichen Erbgutes" komme.[2] Für den Konflikt zwischen 'AlbanerInnen' und 'SerbInnen' empfiehlt Fuchs in völkischer Diktion eine Apartheid-Lösung, „eine ethnische Entflechtung der Bevölkerung in 'Mischgebieten' [ist] eine Notwendigkeit".[3] Entsprechend dieser rassistischen Weltanschauung finden politische Gruppie-

rungen der extremen Rechten die Unterstützung der Ludendorffer. Da stellt etwa der greise Dieter Vollmer, ein langjähriger Aktivist des an die Nazi-Rasseideologien anknüpfenden *Nordischen Rings*, wohlwollend die „Bürgerbewegung Unser Land" von Horst Mahler vor.[4] Diese führt in verschiedenen Städten sog. „Montagsdemonstrationen" durch, bei denen rassistische Hetze und geschichtsfälschende Behauptungen vertreten werden. In Niedersachsen sieht sich der *Bund für Gotterkenntnis* allerdings mit einer kritischen Öffentlichkeit konfrontiert. In der Nähe des Örtchens Hude befindet sich die 'Ahnenstätte Hilligenloh'. Dort gibt es Gedenksteine für die FaschistInnen Erich und Mathilde Ludendorff; auf Grabsteinen sind Hakenkreuze zu sehen. Hierauf hatten zwar schon vor Jahren AntifaschistInnen hingewiesen, aber erst eine entsprechende öffentliche Kritik des örtlichen Pastors hat das jahrzehntelange Schweigen durchbrechen können. Der sieht sich nun heftigen Angriffen der Ludendorffer und derjenigen ausgesetzt, die über solch antisemitische Traditionen am liebsten hinwegsehen und wieder Ruhe einkehren lassen wollen. Derweil hat der Bundeslandwirtschaftsminister Karl-Heinz Funke (SPD) dem antisemitischen *Bund für Gotterkenntnis Ludendorff e.V.* quasi einen Persilschein ausgestellt. Seit über 30 Jahren tritt er in der niedersächsischen „Ahnenstätte Conneforde" als Grabredner auf. Diese Nazi-Kultstätte dient verschiedenen faschistischen Gruppen, u.a. eben den Ludendorffern, als Friedhof. Bereits die NSDAP hatte in Conneforde die Sonnenwende gefeiert; inzwischen liegen im Schatten von Hagalsrunen, Sonnenwendplatz und Irminsul-Altar - wie die antifaschistische Zeitschrift *Der Rechte Rand* zu berichten weiß - verstorbene Altnazis der NSDAP, von NPD und *Stahlhelm-Kampfbund für Europa*. Funke ficht das nicht an, obwohl der Vorsitzende des Vereins einst in der *Aktion Widerstand* wirkte, die Morddrohungen gegen den früheren SPD-Vorsitzenden Willy Brandt verbreitete („Brandt an die Wand!").

[1] Mensch und Maß 11/99
[2] Mensch und Maß 19/98
[3] Mensch und Maß 12/99
[4] Mensch und Maß 10/99

Hochschul-Nachrichten

RCDS nicht im Studierendenparlament

An der Wahl zum 57. Studierendenparlament an der Kieler Uni hat der RCDS nicht teilgenommen. Während die anderen Hochschulgruppen ihre Vorschlagslisten zu den StuPa-Wahlen innerhalb der vorgeschriebenen Frist einreichten, wurde dies von der Kieler RCDS-Gruppe versäumt. Der Kieler RCDS war in den letzten Jahren wiederholt wegen der Mitarbeit einer Reihe von Faschisten in seinen Reihen in die Schlagzeilen geraten. Zuletzt hatte der SPD-Landtagsabgeordnete Klaus-Peter Puls die Teilnahme an einer vom RCDS organisierten Podiumsdiskussion mit dem Hinweis auf diese Situation abgelehnt. Einen Teil der RCDS-Stimmen konnte die Gruppierung *Bündnis '98/Die Neoliberalen* abstauben, die 8,37 % der Stimmen erhielt und nun 2 Vertreter in das Studierendenparlament der Kieler Universität entsendet.

Burschenschaft Alemannia revanchistisch

Markige Worte findet der Vorsitzende der Alten Herren der *Alten Königsberger Burschenschaft Alemannia in Kiel*, Erich Mey, anläßlich des 120-jährigen Bestehens der Gruppierung in den *Burschenschaftlichen Blättern*: „Überlebenswille, Mut und Opfersinn" hätten sich bewährt; nachdem im Oktober 1952 das noch heute benutzte 'Verbindungshaus' am Hindenburgufer gekauft worden sei, hätte trotz widriger Startbedingungen „schon 1954 (...) das 75. Stiftungsfest mit vier Burschen und sechs Füxen 'aus eigener Zucht' festlich begangen werden" können. Kurz vor dem Jubiläum (Pfingsten 1999) ist die *Alte Königsberger Burschenschaft Alemannia in Kiel* (Mitglied der Deutschen Burschenschaft) mit einem von ihr verbreiteten revanchistischen Flugblatt (vgl. Abbildung) in die öffentliche Kritik geraten. Der zum Tag der Offenen Tür einladende Zettel zeigt ein Reisebüro, in dem ein Paar den Wunsch äußert, „Urlaub in Deutschland" zu machen. Die Szene wird mit zwei unterschiedlichen Antworten der Angestellten des Reisebüros dargestellt. Das eine Mal heißt die Antwort: „Wie wär's mit der Eifel?" Das andere Mal lautet die Antwort „Wie wär's mit Königsberg?". Über dem Bild, in dem die Frage mit dem Hinweis auf die Eifel beantwortet wird, steht das Wort „falsch"; das Angebot Königsberg wird als „richtig" bewertet. Die Botschaft ist eindeutig: für die Rechtsaußen-Burschen gehört das heutige Kaliningrad nicht zu Rußland, sondern zu Deutschland. Das Studierendenparlament hat sich in seiner Sitzung vom 5. Mai „in schärfster Form von dieser revanchistischen und nationalistischen Geschmacklosigkeit" distanziert. Der Rektor der Uni forderte die Burschenschaft auf, sich von ihrem Flugblatt „zu distanzieren und in Zukunft ähnliche Äußerungen zu unterlassen." Schützenhilfe erhielt die Burschenschaft Alemannia von Fritjof Berg. In einem Leserbrief, den die örtliche *Kieler Nachrichten* in einer langen Kolumne verbreitete, denunziert der ehemalige Kandidat der neofaschistischen *Kieler Liste für Ausländerbegrenzung* die Kritik des Rektorats der Universität und des AStA; dieser arbeite „mit Begriffen, die dem kommunistischen Propagandajargon" entlehnt seien.

Flugblatt der Kieler Burschenschaft

Getroffene Hunde bellen eben !

Brandanschlag Hafenstraße

Die Bewältigung nimmt ihren Lauf

Monatelang war es relativ still, nun ist wieder Bewegung in den Komplex des Brandanschlages auf das Flüchtlingsheim in der Lübecker Hafenstraße gekommen. Allerdings geht diese Bewegung erneut in die falsche Richtung: einem Brandopfer droht die Abschiebung, das Verfahren gegen die dringend tatverdächtigen Nazis ist eingestellt worden, aus dem im September zu wiederholenden Prozeß gegen Safwan Eid sind wichtige NebenklägerInnen (vorerst) ausgeschlossen.

Die Behörden haben es mit einmal sehr eilig, ihre Bewältigung des Brandanschlages, bei dem am 18. Januar 1996 zehn Flüchtlinge ermordet wurden, abzuschließen. Bereits Ende April erklärte der schleswig-holsteinische Justizsumpf den Medien, die „Akte Grevesmühlen" werde geschlossen. Schleswig-Holsteins Generalstaatsanwalt Erhard Rex wurde in den Lübecker Nachrichten zur beabsichtigten Einstellung der Ermittlungen mit dem Satz *„Dieses Verfahren hat nicht die Brisanz, die ihm beigemessen worden ist."* zitiert (LN, 30.4.99). 1998 wurden die Behörden gezwungen, die Persilscheine für René Burmeister, Heiko Patynowski, Dirk Techentin und Maik Wotenow wieder zurückzunehmen. Das im SPIEGEL erschienene Geständnis des zu dieser Zeit wegen verschiedener Eigentumsdelikte einsitzenden Maik Wotenow enthielt detaillierte Angaben, wie die vier Neonazis die Tat ausführten. Wotenow hatte bereits Anfang '98 ein erstes Geständnis gegenüber Mithäftlingen, JVA-Angestellten und der Staatsanwaltschaft abgelegt, dieses aber wenige Tage später zurückgezogen. Das im SPIEGEL veröffentlichte Geständnis zog er dann erneut zurück. Dennoch veränderte sich die Situation grundlegend: im SPIEGEL machte er bspw. Angaben dazu, daß sein erster Widerruf auch durch das Einwirken der Behörden erfolgte, denn Kripo und Lübecker Staatsanwaltschaft wollten (?) ihm die Tat partout nicht glauben. Nun haben die Ermittler seit der Brandnacht ihre selektive Wahrnehmung professionell trainiert: so kann es heute kaum mehr verwundern, daß Oberstaatsanwalt Klaus-Dieter Schultz in den LN vom 5.6.99 verkündet, es gebe *„keinen vernünftigen Zweifel"* daran, daß die vier Nazis nichts mit der Brandstiftung zu tun haben. Daß es keine glaubwürdige Erklärung für die (frischen) Sengspuren bei drei der vier Nazis gibt, daß ein eindeutiges Motiv vorhanden ist, daß das von der Staatsanwaltschaft konstruierte Alibi der Nazis schon dadurch platzt, daß der genaue Zeitpunkt der Brandstiftung nicht mehr ermittelbar war, wird konsequent ignoriert. *„Kein hinreichender Tatverdacht"* wenn vier Nazis, drei davon mit den *„typischen Spuren von Brandstiftern"* (laut Lübecker Gerichtsmedizin), in der Tatnacht am Brandhaus festgenommen werden, sich bei ihren Aussagen zum Aufenthalt in Lübeck widersprechen, Szenen schildern, die sich nur vor dem Eintreffen der ersten Rettungsfahrzeuge am Brandort abgespielt haben können, Geständnisse ablegen und von Bekannten ausgesagt wird, einer der vier hätte Wochen vorher gemeint, er wolle nach Lübeck, um dort etwas anzuzünden. Hingegen dringender Tatverdacht bei einem jungen Libanesen, der weder ein Motiv hat, noch kann sonst irgendein Indiz gegen ihn vorgelegt werden kann – Ermittlungslogik made in Lübeck...

Angriff auf die Pressefreiheit

Bislang konnte sich die Mischung aus Frechheit und Starrsinn seitens der Behörden durchsetzen. Denn als Einzeltäter handeln sie nicht. Was Fakten nicht hergeben, das wird durch die Unterstützung/Beihilfe durch alle Justizinstanzen bis hinauf ins Justizministerium und durch das Einprügeln auf die KritikerInnen zur unumstößlichen Wahrheit zementiert. War im Sommer '96 der Vorwurf der rassistischen Ermittlungen Grund genug, beim Lübecker Bündnis gegen Rassismus Computer, Flugblätter und Plakate zu beschlagnahmen, befindet sich jetzt das renommierte TV-Magazin Monitor des WDR im Fadenkreuz der Staatsanwaltschaft. Der Leitende Oberstaatsanwalt Heinrich Wille legte im Juni Beschwerde beim Rundfunkrat und dem Deutschen Presserat gegen die Monitor-Sendung vom 7. März 1996 ein. Moderator Klaus Bednarz hatte damals von einem *„Ermittlungsskandal erster Ordnung"* und von *„mangelhaften Untersuchungen"* gesprochen. *„Unsachlich* (sic!) *und überspitzt, beleidigend und nicht hinehmbar"* kontert Wille, *„eine andere Formulierung des Rassismusvorwurfes"*, *„beleidigender Meinungsjournalismus"* heißt es dann auch zum Kommentar in Monitor, der Fall *„hat einen ungeheuren politischen Hintergrund, und der politische Hintergrund spiegelt sozusagen in das Verfahren rein"*. Man macht sich offensichtlich große Sorge um den Ruf und die Würde der in den Skandal verwickelten Ermittler. Ruf und Würde von Safwan Eid befanden sich niemals im Blickpunkt dieser sauberen Herrschaften. Aber wenn es nicht einmal eine (juristische) Gleichbehandlung von vier deutschen Nazis mit einem libanesischen Flüchtling gibt, kann eine Gleichwertigkeit zwischen deutschen Staatsanwälten und diesem Flüchtling ebenfalls nicht verlangt werden, oder? Und es erscheint vielleicht auch naiv, eine Erklärung für die

Ungleichgewichtung ihrer Verdachtsbewertung einzufordern. Dennoch: solange die Behörden die Rolle des Anklägers gegen Safwan Eid und gleichzeitig die Rolle des Strafverteidigers zugunsten der Nazis spielen, solange bleibt der Vorwurf der rassistischen Ermittlungen aufrecht zu erhalten! Wenn Wille oder seine Kollegen denken, mit Angriffen auf die Pressefreiheit ließe sich dieser Vorwurf vom Tisch fegen, täuschen sie sich. Das Lübecker Bündnis gegen Rassismus hat in einer Presseerklärung explizit wiederholt und bekräftigt, daß die Einseitigkeit der Ermittlungen das Prädikat „rassistisch" vollauf verdiente und verdient. In dieser Erklärung heißt es weiterhin: „*Wir sind zu jedem Zeitpunkt, an jedem Ort bereit, uns öffentlich mit VertreterInnen der Justizbehörden über den Ermittlungskomplex auseinanderzusetzen. Sicherlich ist mit Spannung zu erwarten ob und wie die Staatsanwaltschaft den vorzutragenden Fakten begegnet!*" Die AnwältInnen der meisten Opfer des Anschlages haben übrigens gegen die Einstellung des Verfahrens gegen die Grevesmühlener Beschwerde eingelegt: Hier heißt es u.a.: „*Unsere MandantInnen wollen verhindern, daß einseitig geführte Ermittlungen gegen mögliche andere Verdächtige zu den Akten gelegt werden, ohne daß allen Ermittlungsansätzen objektiv nachgegangen worden ist. Gerade wenn die Aufklärung des wirklichen Geschehens in der Brandnacht immer unwahrscheinlicher wird, gilt es, einer Geschichtsschreibung, wonach sich die Ausländer selbst untereinander angezündet haben, Zweifel und Fakten entgegenzusetzen.*"

Kritische Nebenklage unerwünscht

Die juristische Manipulation geht aber noch weiter: im ersten Prozeß gegen Safwan spielten die überlebenden Flüchtlinge eine wichtige Rolle. Über ihren Status als ZeugInnen hinaus, griffen sie als NebenklägerInnen ein. Die gegen Safwan seitens der Behörden vorgetragenen Anklagen wurden mit Ausnahme der Familie El Omari von allen Flüchtlingen eindeutig bewertet: Nein, Safwan kann nicht der Täter sein! Die erste Maßnahme bei der Bearbeitung des zweiten Prozesses gegen Safwan, die das Kieler Landgericht traf, war genau diese NebenklägerInnen, die eben bislang nicht davon zu überzeugen waren, ihr ehemaliger Nachbar könnte der Mörder ihrer FreundInnen und Verwandten sein, aus dem Verfahren auszuschließen! Familie El Omari, durch deren erfolgreichen Revisionsantrag vor dem Bundesgerichtshof das Kieler Landgericht erst mit der Neuauflage des Prozesses beauftragt wurde, darf weiterhin die Rolle der Nebenklage spielen – der Verdacht drängt sich auf, die Kieler RichterInnen möchten sich eine bequeme, sprich unkritische, Nebenklage basteln. Denn in der Begründung des Landgerichtes wird nicht der Status als Opfer, also die Betroffenheit von der Straftat berücksichtigt, sondern allein, inwieweit die Opfer den Angeklagten auch für schuldig halten. Damit ist allein schon die Unschuldsvermutung ad absurdum geführt. In der Beschwerde der NebenklageanwältInnen wird ausgeführt, daß das Gesetz eine solche Haltung zum Angeklagten nicht vorsieht und weiter: „*(...) wo Verletzte in den Ruch von Mitwisserschaft gestellt werden, geht das mit der Nebenklage verbundene Genugtuungsinteresse der Verletzten in erster Linie dahin, nicht nur rückhaltlose Aufklärung zu fordern, sondern auch als Prozeßbeteiligte an den prozessualen Aufklärungsbemühungen aktiv mitwirken zu können*". Das Oberlandesgericht Schleswig wird über die Beschwerde entscheiden.

Victor Atoe in Abschiebhaft

Eine weitere „Bewältigung" der Frage, wie mit den Opfern des Anschlages umzugehen ist, demonstriert der Kurswechsel der schleswig-holsteinischen Regierung in Sachen Abschiebung: noch vor wenigen Monaten hatte der jahrelange Druck für die Forderung eines dauerhaften Bleiberechts ein positives Ergebnis – Ende Mai d. J. zeigten die Behörden ihren Normalzustand. Zum zweiten Mal wurde der junge Nigerianer Victor Atoe in Abschiebehaft genommen. Victor wurde ebenfalls durch den Anschlag schwer verletzt, ein komplizierter Beinbruch wurde mit Metallnägeln behandelt. Keine drei Monate nach dem Brand, Victor sollte angeblich „reisefähig" sein, verfrachtete man ihn in Abschiebehaft, im Mai '96 wurde er dann nach Nigeria deportiert – Rücksicht auf die notwendige Folgebehandlung oder auf seinen Zeugenstatus wurde nicht genommen. Im Mai diesen Jahres reiste er wieder in die BRD ein, meldete sich bei seiner Anwältin, dann samt Antrag auf Aufenthaltsduldung bei der Lübecker Ausländerbehörde. Er wollte Gleichbehandlung mit den anderen Opfern einfordern. Das Lübecker Ordnungsamt verständigte die Polizei, Victor landete in der Abschiebehaftanstalt Eisenhüttenstadt – angeblich waren in Schleswig-Holstein keine Haftplätze mehr frei. Daß so der Kontakt zu UnterstützerInnen, FreundInnen und Anwältin schwerer ist, dürfte die Behörden natürlich freuen. Rückendeckung auch diesmal aus Kiel: zum Zeitpunkt des Bleiberechtserlasses aus Kiel und Bonn befand sich Herr Atoe nicht auf deutschem Boden, falle also auch nicht unter diese Regelung. Zynisch – erst aus Deutschland abschieben, dann dem Flüchtling noch einen Vorwurf daraus machen, daß er sich nicht mehr in Deutschland aufhält! Auch diesmal spielt für die zuständigen Behörden weder seine gesundheitliche Situation (die Nägel hätten längst entfernt werden müssen, in Nigeria ist das aber nicht möglich), noch seine Aufgabe als Augenzeuge eine Rolle. Feine Unterschiede macht auch Lübecks Innensenatorin Dagmar Pohl-Laukamp (CDU): „*Er gehört nicht zu den Hafenstraßenbewohnern, sondern nach Eutin*" (LN, 1.6.99). Als ob Victor weniger Brandopfer sei, weil er in der Brandnacht Gast im Flüchtlingsheim war...

Enough is enough und der Gegenwind geben pünktlich zum Prozeßbeginn im September ein 16seitiges Sonderheft zum Brandanschlag Hafenstraße heraus. Es wird als Beilage der nächsten Enough, im Gegenwind und als Einzelbroschüre erhältlich sein. InteressentInnen mögen sich bitte an eine der beiden Redaktionen wenden.

HPW

Nachrichten aus

Griechische Polizei treibt EinwanderInnen in ein Stadion

Athen - Die griechische Polizei hat Anfang Juli Hunderte EinwanderInnen in einem Sportstadion zusammengetrieben, um dort ihre Papiere zu kontrollieren. 470 ImmigrantInnen, unter ihnen viele Menschen aus Albanien, wurden nach Angaben der Behörden in ein Basketballstadion am Stadtrand von Athen gebracht; 173 seien des Landes verwiesen worden, weil sie keine gültige Aufenthaltsgenehmigung hatten. Bereits kurz zuvor waren etwa 750 EinwanderInnen im Fußballstadion festgehalten worden, um ihre Identität zu überprüfen.

Abschiebung eines Nigerianers abgebrochen

Ende Juni wurde die geplante Abschiebung des nigerianischen Oppositionspolitikers Ikye Njoku auf dem Flughafen Berlin-Schönefeld abgebrochen. Nach Angaben der „Initiative gegen Abschiebehaft" hat der Pilot der russischen Maschine vor dem Abflug erklärt, niemanden mitzunehmen, der sich wehre. Der 30jährige Njoku hatte sich heftig geweigert, das Flugzeug zu besteigen.

Passagiere befreien Abschiebehäftling

Aufgebrachte Passagiere haben Anfang Mai auf einem Swissair-Flug nach Kinshasa einen gefesselten Asylbewerber befreit und die begleitenden Schweizer Polizeibeamten angegriffen. Der 23jährige Kongolese kehrte daraufhin in die Schweiz zurück und wurde auf freien Fuß gesetzt, da die Abschiebehaft abgelaufen war.

Der Mann, der hinter einem Vorhang plaziert worden war, hatte durch Schreien auf sich aufmerksam gemacht. Bei einer Zwischenlandung in Kamerun rissen rund 20 Passagiere den Vorhang weg, schlugen und traten auf die Schweizer Polizisten ein und befreiten den jungen Mann.

Ärztekammer will Ärzte, die sich an Abschiebungen beteiligen, überprüfen

Die Hamburger Ausländerbehörde geht zunehmend dazu über, kranke Menschen, denen Ärzte Reiseunfähigkeit attestieren, in Begleitung von Ärzten oder Pflegepersonal abzuschieben. Die Atteste der Ärzte werden von der bürgerlichen Presse und Politikern als „Gefälligkeitsgutachten" diffamiert.

Der Vorstand der Hamburger Ärztekammer hatte zunächst die behördlichen Vorwürfe zumindest teilweise übernommen und gemahnt, Atteste sorgfältiger auszustellen. Inzwischen, so der Präsident der Ärztekammer, Frank-Ulrich Montgomery, „haben (wir) die Atteste überprüft. Sie waren korrekt nach der Berufsordnung ausgestellt". Nach Pressemeldungen will sich die Ärztekammer jetzt in mehreren Fällen die medizinische Dokumentation der Abschiebungen besorgen und überprüfen, ob Mediziner sich zu Erfüllungsgehilfen der Behörden gemacht haben. Sollte sich herausstellen, daß Ärzte kranke Menschen gegen ihren Willen behandelt - z.B. durch Psychopharmaka gefügig gemacht - oder ihre Reisefähigkeit entgegen anders lautender Atteste bescheinigt haben, verstoßen sie gegen die ärztliche Standesordnung und können ihre Zulassung verlieren. Scharf kritisierte die Ärztekammer die offene behördliche Aufforderung, Atteste zu ignorieren. Das würde auf eine medizinische Beurteilung und Entscheidung im Schnellverfahren hinauslaufen.

„Bauchschmerzen" macht der Ärztekammer außerdem, daß sich die Behörden für die Abschiebungen gezielt arbeitslose Ärzte aussuchen. Auf eine entsprechende Stellenanzeige des Arbeitsamtes hatten sich im März neun Ärzte aus Hamburg und dem Umland gemeldet, die „auf Honorarbasis für Abschiebungen zur Verfügung stehen... In drei Fällen wurden Ausländer schon auf diese Weise abgeschoben, alle in die Türkei. Der begleitende Arzt hat jeweils 500 DM erhalten", so Norbert Smekal, der Sprecher des zuständigen Einwohner-Zentralamtes.

der Festung Europa

Erneut wurde ein Flüchtling während der Abschiebung getötet

Der Tod wird bewußt in Kauf genommen

Am Freitagnachmittag, den 28.5.99, starb der 30jährige Aamir Omer Mohamed Ahmed Ageeb in einer Lufthansa-Maschine. Er sollte in den Sudan abgeschoben werden. An Händen und Füßen gefesselt, in einen Motorradhelm gezwängt und an den Sitz fixiert, wurde er beim Start von den BGS-Beamten mit brutaler Gewalt „in die Hocke" gedrückt und so getötet.

Daß dieser Tod durch deutsche Bundesgrenzschutzbeamte verursacht wurde, fand Innenminister Schily „bedauernswert". Die Gewerkschaft der Polizei am Frankfurter Flughafen bekundete ebenfalls ihr Bedauern. Ihr Mitgefühl gilt allerdings auch den Kollegen, sprich den Tätern, die „voller Entsetzen und Sprachlosigkeit" dem Tode Ageebs gegenüberstünden. (FR, 31.5.99)

Die Täter sind auch eine Woche nach der Tötung nicht suspendiert worden. Im Gegenteil, sie wurden auf ihre Dienstfähigkeit untersucht, „denn der Vorfall ist ja auch an den Beamten nicht spurlos vorübergegangen", meinte der Sprecher des Bundesinnenministeriums Kiel. Und weiter: „Wir haben bislang keine Erkenntnisse darüber, daß die Beamten gegen Abschiebevorschriften verstoßen haben". (Berliner Zeitung, 1.6.99)

Aber Schily zieht erste Konsequenzen aus dem „Unglücksfall". Nicht, daß er sein Amt räumt, wie vor einem halben Jahr sein belgischer Kollege Louis Tobback nach dem gewaltsamen Erstickungstod der Nigerianerin Semira Amadu während ihrer Abschiebung. Schily droht Überprüfungen an und Konsequenzen. Offiziell hat er die Aussetzung aller Abschiebungen angeordnet (was jedoch bereits nach zwei Wochen wieder aufgehoben wurde), bei denen mit Widerstand von seiten der Gefangenen zu rechnen sei. Der erste Kommentar von Bayerns Innenminister Beckstein dazu: Durch die Verfügung „würden gewalttätige Abschiebehäftlinge belohnt". Schilys Entscheidung sei eine „unüberlegte Reaktion, die den Ländern große Schwierigkeiten macht" - ein „fatales Signal" an Abschiebehäftlinge. (FR, 1.6.99)

Aamir Ageeb ist der dritte Mensch neben Swemira Amadu in Belgien (22.9.98) und Marcus Omofuma in Österreich (1.5.99), der innerhalb der letzten sechs Monate durch Zwangsmaßnahmen bei Abschiebungen gestorben ist.

Kein „Unglücksfall"

Dadurch, daß diese Tötungen in aller Öffentlichkeit geschehen und dazu noch von sogenannten Sicherheitskräften vollzogen werden, ist die öffentliche Empörung kurzzeitig groß gewesen. Die gängige Abschiebepraxis wurde kritisch kommentiert. Konkret geht es vor allem um die Zwangsmaßnahmen, die die Gefangenen in Todesnähe bringen können, wie z.B. der Verschluß oder die Einengung der Atemwege. Dabei geht es bei der Diskussion ausschließlich um den Transport der Gefangenen vom Abschiebeknast bis zum Flugzeug und während des Fluges. Nicht erwähnt werden die Strukturen, die diesen Abschiebungen vorgeschaltet sind: Asylverfahren, Behördenschikanen, Wohnzwang in Heimen, Entmündigung, Arbeitsverbote, Freiheitsberaubung, systematische Kriminalisierungsversuche - und dann Illegalisierung, Verfolgung, Festnahme, Gefangenschaft im Abschiebeknast. Nicht erwähnt werden die Selbstmorde und Selbstmordversuche von Flüchtlingen aus Angst vor der Abschiebung; nicht erwähnt werden Folter und Verfolgung und Todesfälle nach erfolgten Abschiebungen. Auch nicht erwähnt werden die alltäglichen Übergriffe der BGS-Beamten gegen das Leben und die Gesundheit von Flüchtlingen. Übergriffe, die nicht zum Tode führen, sondern „nur" zu Knochenbrüchen, Prellungen, Gehirnerschütterungen oder Kreislaufzusammenbrüchen. Das Ziel der Behörden ist, Abschiebungen in Linien-Maschinen möglichst unauffällig durchzuführen, damit die mitreisenden Passagiere sich nicht wundern, sich nicht erschrecken und sich nicht einmischen. Um möglichst wenig Öffentlichkeit zu haben, werden die gefesselten Gefangenen direkt an die Maschine gefahren, erst kurz vor dem Start in die Kabine geführt und dann meist in den letzten Reihen plaziert. Immer in Begleitung von BGS-Beamten, die die „Schüblinge" während des Fluges bewachen, um Widerstandsversuche gegebenenfalls sofort unterdrücken zu können. Wer auch in solchen Situationen etwas dafür tun will, daß Flüchtlinge nicht in Verfolgung und Folter, Elend und Tod zurückgeschickt werden, kann lautstarken Protest äußern oder durch Nicht-Anschnallen oder Aufstehen seinen/ihren Unmut äußern.

Über Pässe

Der Paß ist der edelste Teil von einem Menschen. Er kommt auch nicht auf so einfache Weise zustand wie ein Mensch. Ein Mensch kann Überall zustandkommen, auf die leichtsinnigste Art und ohne gescheiten Grund, aber ein Paß niemals. Dafür wird er auch anerkannt, wenn er gut ist, während ein Mensch noch so gut sein kann und doch nicht anerkannt wird.

B. Brecht

Gleiche Rechte für alle!

Wir treten ein für die Zuerkennung des deutschen Passes und damit gleicher politischer Rechte für alle Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben. Das heißt Einbürgerung aller Einwanderer nach kurzer Zeit des Aufenthalts in Deutschland. Ohne den Zwang zur Aufgabe bisheriger Staatsangehörigkeit(en).

Diese Forderung ist insbesondere den Unionsparteien und faschistischen Organisationen in Deutschland ein Dorn im Auge. Stolz präsentierten CDU und CSU 5 Millionen Unterschriften für ihre Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft, die sie mit Unterstützung von DVU, NPD, Republikanern und anderen gesammelt haben. Mit rassistischen Parolen zogen sie selbst gegen das nun verabschiedete Gesetz, das alte Positionen ihres ehemaligen Koalitionspartners FDP übernommen hat, zu Felde. Eine ihrer Behauptungen ist, gerade Kinder von Ausländern seien besonders häufig kriminell, und die könnten in Zukunft nicht mehr abgeschoben werden. Das aber möchte die Union. Sie stellt das (behauptete) Verhalten von in Deutschland geborenen und aufgewachsenen Kindern nicht als Kennzeichen für den Zustand der deutschen Gesellschaft und als Problem dieser Gesellschaft dar, sondern als Problem der Abstammung, also des „fremden Blutes" - rassistisch eben. Die damit vorbereitete „Problembewältigung" dürfte wiederum den ungeteilten Beifall der faschistischen Parteien und ihres Wählerpotentials finden. Die Union will deshalb bei veränderten Mehrheiten das neue Gesetz wieder abschaffen.

Der rassistischen Mobilisierung entgegenzutreten, kann nicht heißen, das neue Gesetz zu verteidigen.

Ausführungsbestimmungen zum Gesetz soll es erst im Oktober geben. Klar ist bereits, daß mit der verlangten „ausreichenden" Sprachkenntnis und Straflosigkeit, wirtschaftlicher Unabhängigkeit und nachprüfbarer Verfassungstreue (Gegner kapitalistischer Ausbeutung erhalten keinen deutschen Paß) noch Verschärfungen zur bisherigen Situation vorgesehen sind. All das ist undemokratisch und abzulehnen.

Die SPD tut gern so, als habe die mit der Hessen-Wahl verlorene Bundesratsmehrheit sie gezwungen, von ihren Versprechungen abzurücken. Das haben wir Herrn Schily, der schon im November '98 CDU-Parolen übernahm („Die Grenze der *Belastbarkeit Deutschlands* durch Zuwanderung ist *überschritten*"), noch nie geglaubt. Das Verhalten der SPD nach der Bremer Wahl unterstreicht ihre wirklichen politischen Prioritäten. Was wir in diesem Land brauchen, ist eine Bürgerrechtsbewegung unter dem Motto „Gleiche Rechte für alle Menschen, die hier leben!"

Antifaschistische Initiative Gaarden

Die wesentlichen Bestimmungen des neuen Gesetzes

In Deutschland geborene Kinder erhalten die deutsche Staatsbürgerschaft
- automatisch bei der Geburt, wenn ein Elternteil seit mindestens acht Jahren rechtmäßig in Deutschland lebt.
- auf Antrag, wenn sie am 1.1.2000 noch nicht 10 Jahre alt sind.

Sie können gleichzeitig die Staatsbürgerschaft ihrer Eltern haben, müssen sich aber bis zum 23. Geburtstag zur Aufgabe einer Staatsangehörigkeit entscheiden. Sonst wird ihnen die deutsche entzogen. Eine „Beibehaltungsgenehmigung" kann in „Härtefällen" erteilt werden.

Erwachsene Ausländer können nach achtjährigem ständigen rechtmäßigen Aufenthalt auf Antrag eingebürgert werden. Bedingungen sind Verfassungstreue, „ausreichende" Sprachkenntnisse, Straflosigkeit und wirtschaftliche Unabhängigkeit (Ausnahme: „unverschuldeter" Sozialhilfebezug). Der bisherige Paß muß abgegeben werden; Ausnahme: wenn ein Verlust „auf unverhältnismäßige Schwierigkeiten stößt und die Versagung der Einbürgerung eine unverhältnismäßige Härte darstellen würde".

(Quellen: KN/FR vom 8. Mai 1999)

Nazi sein heißt umziehen!

Seit Februar diesen Jahres wohnt die bundesweit agierende Anti-Antifa-Aktivistin Thekla Maria Kosche in Lübeck, nachdem sie aufgrund von entschlossenem und erfolgreichem antifaschistischen Widerstandes aus Bad Segeberg, ende letzten Jahres, vorübergehend in das Dorf Göls gezogen war.

Am 11. Januar 1997 begann Thekla Kosche, u.a. Mitglied in der „Arbeitsgemeinschaft nationaler Sozialisten in- und außerhalb der NPD, ihre Aktivitäten im sogenannten „Nordland Netz", einem Nazi-Maibox-Verband im Internet. Unter dem Namen Gothmag99 betrieb sie die Mailbox „Asgard BBS". Das „Nordland Netz" machte sich zur Aufgabe die bestehenden Anti-Antifa-Strukturen zu bündeln und zu verstärken.

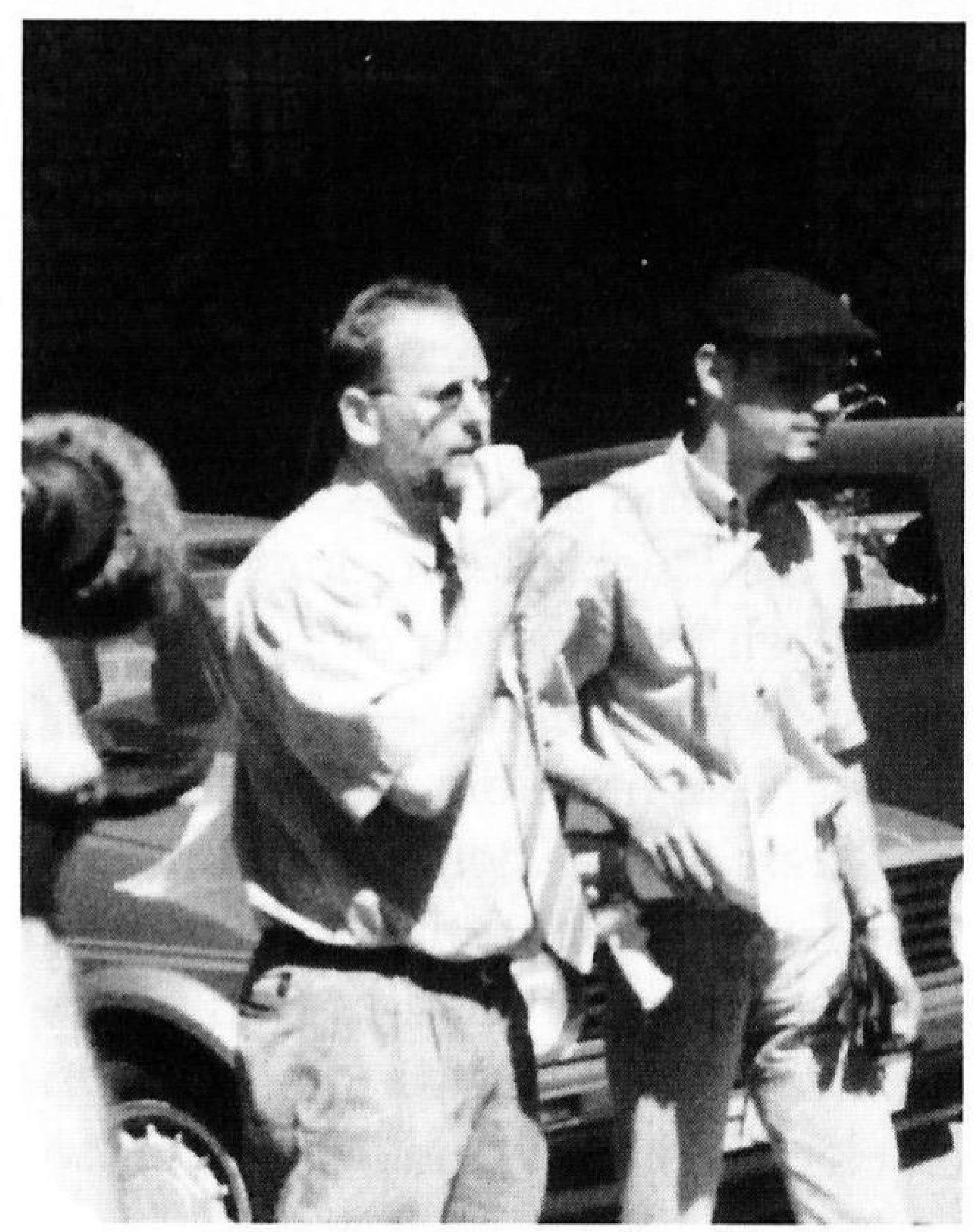
Kosche selbst versteht unter Anti-Antifa die Sammlung von Informationen über „linke Drahtzieher und Anstifter", zu denen sie unter anderem auch JournalistInnen, LehrerInnen, Grüne und SozialdemokratInnen zählt. Ziel der Informationssammlung ist es, „Aktionsfreiräume" für „erfolgreiches Handeln" zu schaffen.In Bad Segeberg fiel sie erstmalig durch die Anmeldung eines Nazi-Aufmarsches am 24. Mai 1997, an dem ca. 150 Faschisten teilnahmen, auf. Kurze Zeit später regte sich erster Widerstand, in Form einer Outing-Kampagne in ihrer Nachbarschaft. Es wurden Flugblätter mit ihrem Namen, ihrer Anschrift und Beschreibung ihrer Aktivitäten verteilt. Als die „Lübecker Nachrichten" für den Bereich Segeberg auf das Outing aufmerksam wurden und Kosche um eine Stellungnahme baten, bekannte sie sich selbst unverhohlen als Nationalsozialistin.

Abschluß der Kampagne war eine überregionale Demonstration der „Antifa Segeberg" unter dem Motto „Die braune Drahtzieherin öffentlich machen! Kein Fußbreit den Faschisten!" am 13. Juni '98 an der ca. 300 AntifaschistInnen teilnahmen. Begleitet wurde die Demonstration von einem unverhältnismäßigen Polizeiaufgebot von ca. 400 BeamtInnen und mehreren Provokationen der örtlichen Nazi-Szene, an denen sich auch Kosche selbst beteiligte. Nach einer kurzen Auseinandersetzung nahm die Polizei die 21 Neonazis, unter ihnen auch Kosche, aus Gründen der Gefahrenabwehr in Gewahrsam. Schon ein paar Tage später zeigte die Kampagne Wirkung. Thekla Kosche verlor ihren Arbeitsplatz und vorherige Bekanntschaften distanzierten sich von ihr.

Nachdem Unbekannte am Abend des 24. Juli '98 einen Brandanschlag auf ihren VW Polo verübten, mußte sie dem Druck endgültig weichen und zog nach Göls. Kurze Zeit später stellte sie auch den Betrieb ihrer Mailbox ein, was gleichzeitig auch das Ende des „Nordland Netzes" bedeutete.

Kosche und das Bündnis Rechts

Kosches Kontakte zum „Bündnis Rechts für Lübeck" bestehen schon mindestens seit der Gründung des selben am 4. Oktober '97 in Klein Gladebrügge, in der Gaststätte „Zum Trichter", bei der sie anwesend war. Die politischen Kontakte und ihr begonnenes Elektrotechnik-Studium an der Fachhochschule in Lübeck bewegten sie dazu im Februar '99 nach Lübeck zu ziehen. Hier setzt sie ihre Anti-Antifa-Aktivitäten verstärkt in Zusammenarbeit mit dem „Bündnis Rechts", insbesondere mit dessen Vorsitzenden Dieter Kern, fort. Nach einer kleinen Kampagne des Lübecker Bündnis gegen Rassismus gegen das „Infotelefon des Bündnis Rechts" und dessen Betreiber Dieter Kern, zu der eine



Dieter Kern (Bündnis rechts für Lü-beck) und der Kieler Neonazi Peter Borchert (mit Mütze)

Motorraddemonstration gemeinsam mit dem antifaschistischen Motorradclub Kuhle Wampe aus und die Verteilung von Flugblättern in seiner Nachbarschaft gehörte, reagierten Kern und Kosche mit der Denunziation von drei bekannten Antifaschisten aus Lübeck und Bad Oldesloe. So wurden die drei Antifas über das sogenannte „Infotelefon", die Internetseiten des „Bündnis Rechts" und der Internetzeitung „Perspektive" als kriminelle Gewalttäter diffamiert, von Zweien Fotos veröffentlicht und zu Gewalttaten gegen diese aufgerufen.

Nur wenige Tage später tauchten in Bad Segeberg vor dem Elternhaus, eines der betroffenen Antifas, ca. 30 Neonazis auf, verteilten das im Internet veröffentlichte Flugblatt und skandierten Parolen. Obwohl Nachbarn die Polizei verständigten, traf diese erst nach einer halben Stunde vor Ort ein, die Neonazis waren jedoch schon nach einer Viertelstunde abgezogen. Ca. eine Woche später



Antifaschistische Demonstration gegen den Nazi-Terror

verteilte eine weitere Gruppe von Nazis die Flugblätter in der Nachbarschaft eines anderen Antifas in Lübeck. Während dieser Aktion zerstachen sie auch die Autoreifen des Besitzers einer Kneipe, die zum großen Teil vom alternativen Spektrum Lübecks besucht wird. In Bad Oldesloe wurde die Hauswand des Wohnblocks des dritten Antifas mit Hakenkreuzen und dem Spruch „Zecke verrecke" besprüht. Ungeachtet dessen startete das Lübecker Bündnis gegen Rassismus Anfang Juni eine Outing-Kampagne gegen Thekla Kosche. So wurden in ihrem Wohnumfeld und im Bereich der Fachhochschule flächendeckend Aufkleber mit ihrem Foto und ihrer Anschrift verklebt.

Recht bald regte sich in der Nachbarschaft Kosches Unmut über ihre Aktivitäten. So wurden Bemühungen angestellt, Kosche aus ihrem Umfeld zu vertreiben. Kosches Reaktion auf den verstärkten Druck auf ihre Person war die Anmeldung einer Demonstration für Sonntag, den 11. Juli, unter dem Motto „Gegen den Linken Terror! Weg mit der Alternativen!", die vom Güterbahnhof zum selbstverwalteten Kommunikationszentrum „alternative" in der Willy-Brandt-Allee führen sollte. Angemeldet hatte sie eine TeilnehmerInnenzahl von ca. 200 Personen. Unterstützt wurde der angekündigte Aufmarsch anfangs u.a. von „Bündnis Rechts", NPD-Kreisverband Lübeck, JN-Nordmark und den sogenannten „Freien Nationalisten". Um den Schutz der alternative zu gewährleisten, formierte sich ein breites antifaschistisches Bündnis von unabhängigen Antifagruppen über PDS, kirchliche Gruppen bis hin zum Grünen Kreisverband und den Jusos. Gemeinsames Ziel war es, den angekündigten Nazi-Aufmarsch zu verhindern. Zwar sorgte die Gefahrenprognose der Polizei dafür, daß die Faschisten nicht in die Nähe der alternative marschieren konnten, doch unternahm das Ordnungsamt der Hansestadt, aus Angst vor einer „juristischen Ohrfeige" des Verwaltungsgerichtes, nicht einmal den Versuch, den Aufmarsch zu verbieten. Statt dessen genehmigten sie eine Ausweichroute, angemeldet von Dieter Kern, die sich zwar von der alternative weg- aber in den Stadtteil St. Lorenz-Süd bewegte. Darüber hinaus drohte der Einsatzleiter der Polizei, Hüttmann, den Vertretern des antifaschistischen Bündnisses in einem Vorgespräch an, Zustände wie beim letzten Aufmarsch des „Bündnis Rechts", am 14. März letzten Jahres, nicht zuzulassen, sondern mit aller Härte gegen „StörerInnen" vorzugehen. Trotzdem versammelten sich nach einer Demonstration mit ca. 400 TeilnehmerInnen am Vormittag in der Lübecker Innenstadt, an die 150 AntifaschistInnen in der Nähe des Auftaktkundgebungsortes der Nazis, um sich diesen in den Weg zu stellen. Im Stadtteil St. Lorenz-Süd bot sich dann ein groteskes Schauspiel: 700 PolizistInnen, zwei Wasserwerfer und ein Räumpanzer schützen einen Aufmarsch von ganzen 33(!) Neonazis. Gerade etwas mehr als eine Handvoll kamen aus Lübeck – unter ihnen Kosche und Kern. Die anderen kamen überwiegend aus Kiel und Umgebung. Unter den Nazis war es bereits im Vorfeld zu internen Auseinandersetzungen gekommen. So hatten der Kreisverband der NPD und der Landesverband der JN in einer Presseerklärung bereits zwei Tage zuvor ihre Teilnahme an dem Aufmarsch abgesagt – wohl weil sie die magere Beteiligung schon ahnten. Grundlos nahm die Polizei ca. 70 AntifaschistInnen in Gewahrsam die bis zu drei Stunden festgehalten wurden. Diese Ingewahrsamnahmen und das martialische Auftreten der Polizei verletzten in eklatanter Weise den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Die antifaschistische Demonstration forderte Landesinnenminister Wienholtz auf, die Nazigruppierung „Bündnis Rechts" sofort zu verbieten und aufzulösen.

Obwohl die Zahl der teilnehmenden AntifaschistInnen hinter den selbstgesteckten Erwartungen zurückblieb, war das Kräfteverhältnis doch mehr als eindeutig, und ist Anlaß zur Sorge, daß die Nazis ihr gestecktes Ziel, die Straße zu erobern, in nächster Zukunft ohne Hilfe der Polizei erreichen können!

die drei lustigen zwei


Massiver Polizei-Einsatz für 33 Nazis

Senat sichert Naziaufmarsch in Bergedorf

Mit dem größten Polizeieinsatz seit 1984 hat der Hamburger Senat am 10. Juli 1999 den Naziaufmarsch in Hamburg-Bergedorf durchgesetzt. 6.200 Polizisten und BGSler aus fast allen Bundesländern (von Mecklenburg-Vorpommern bis Rheinland-Pfalz), 20 gepanzerte Räumfahrzeuge und mindestens 10 Wasserwerfer, dazu Hunderte weitere Fahrzeuge waren im Einsatz.

Nach der Verlegung des Nazi-Marsches in das leicht abzuriegelnde Bergedorf und dem Verbot jeglicher Gegendemo und -kundgebung vor Ort war die Taktik des Senats klar: Durchsetzen der Nazi-Aktion um jeden Preis und ersticken jeder Gegenaktion. Die Taktik der Polizei war dementsprechend:

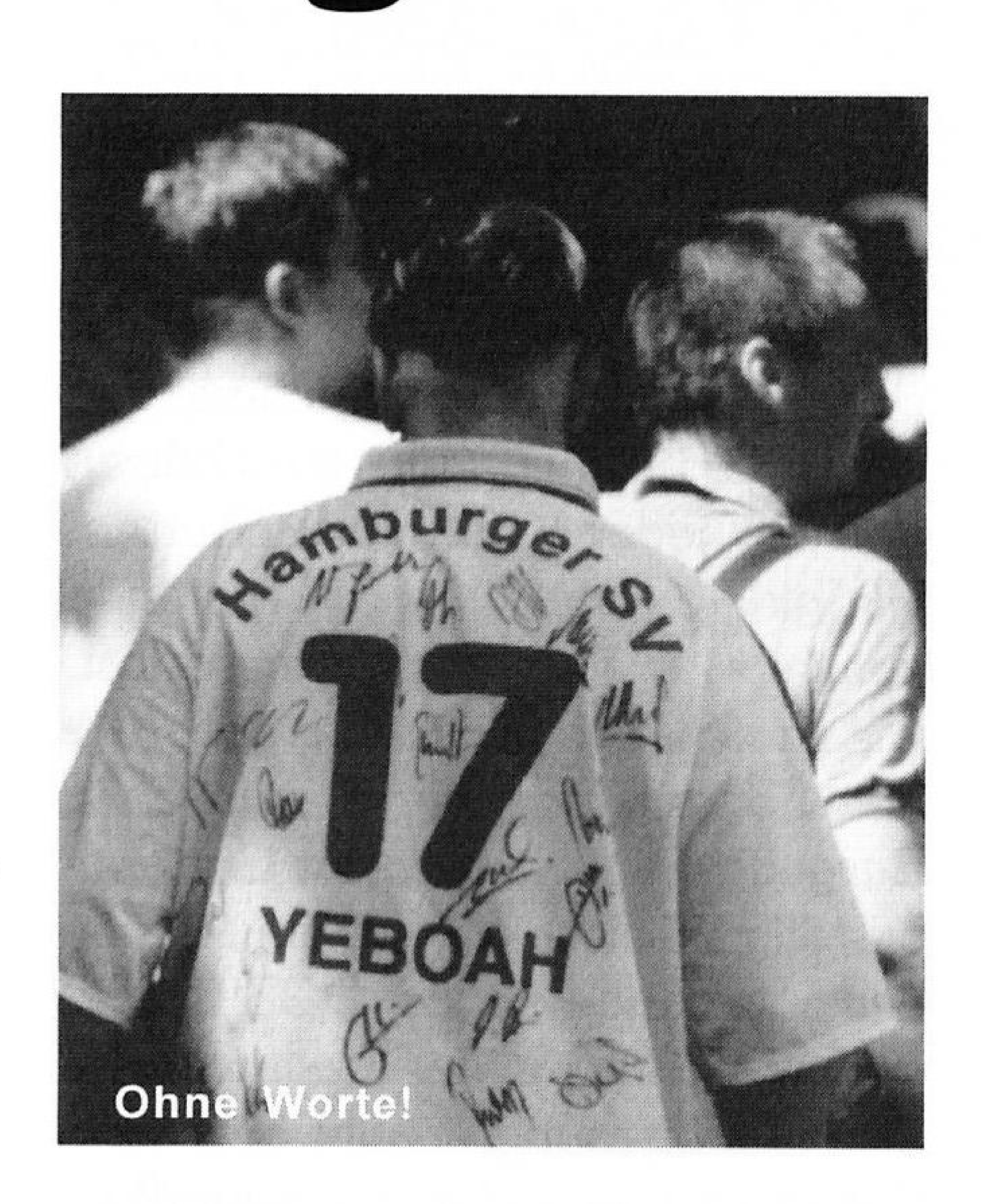
Während Autobahnauffahrten ausschließlich für anreisende Nazis geöffnet wurden und sogar eine Sonder-S-Bahn mit Nazis von der Elbgaustraße bis nach Bergedorf durchgeschleust wurde, hatten andere Menschen fast keine Chance, Bergedorf zu erreichen: In den S-Bahnen wurden ab dem Bahnhof Nettelburg Razzien durchgeführt. Leute, die wie Antifaschisten aussahen, wurden rausgeholt und zurückgeschickt. Die Ausfahrten Bergedorf und Nettelburg auf der Geesthachter Autobahn sowie die Bundesstraße 5 - die Hauptzufahrtsstraße von Hamburg nach Bergedorf - wurden gesperrt. Nur wer aussah, als wolle er/sie zur Nazi-Aktion, wurde durchgelassen. Innerhalb Bergedorfs war der Bereich um den Sammelplatz der Nazis (Frascati-Platz) noch einmal weiträumig durch Polizeisperren abgeriegelt; jede kleine Straße wurde abgedichtet.

Vor dem Bergedorfer Bahnhof und an anderen Plätzen wurden von der Polizei Platzverbote ausgesprochen; jede Ansammlung, die trotzdem zustande kam, versuchte sie aufzulösen. Als ca. 50 Leute trotz allem in die Nähe des Frascati-Platzes gelangten und ein paar Parolen gehen die Nazis riefen, wurden sie von mehreren Hundertschaften abgedrängt, eingekesselt und festgenommen - unter ihnen auch Andreas Grünwald, der die Hamburger Gegendemonstration angemeldet hatte.

Auf dem Nazi-Sammelplatz wurden derweil Heldenlieder auf die Untaten der Faschisten abgespielt, z.B. „Unsere Helden von Babijar“ (in Babijar haben Wehrmacht und SS 1941 über 30.000 Menschen ermordet). Als sich die ca. 600 Nazis mit mehrstündiger Verspätung in einem Polizeikordon in Bewegung setzten, waren die herrschenden Parolen „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“, „Ruhm und Ehre der deutschen Wehrmacht“, „Straße frei dem nationalen Widerstand“, „Hoch die nationale Solidarität“. Auf den sicher 100 Papptafeln, die die Nazis mit sich trugen, wurden der Faschismus glorifiziert, die Wehrmachtsausstellung beschimpft sowie gegen Ausländer gehetzt.

Ein Skandal ist, daß bei Anwesenheit der gesamten Polizeispitze (Innensenator Hartmut Wrocklage, Polizeipräsident Justus Woydt, Sprecher Reinhard Fallak) in keiner Weise gegen die Nazis eingeschritten wurde. Weder wurden Schilder beanstandet - noch Parolen. Das Schild „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ wurde ungehindert von Anfang bis zum Schluß am Lautsprecherwagen getragen! Im Gegenteil: Die Polizei lobte sich anschließend selbst ob ihrer Taktik und daß es so schön friedlich geblieben sei („keine gravierenden Zwischenfälle“).

In der Bergedorfer Innenstadt kamen trotz aller Polizeibehinderungen an einigen Seitenstraßen ein paar hundert Gegendemonstranten in die Nähe des Nazi-Marsches, so daß man sich wenigstens akustisch und mit ein paar Eiern u.ä. bemerkbar machen konnte. Polizei-Stroßtrupp-Einsätze mit Verhaftungen sowie ein



Ohne Worte!

Wasserwerfereinsatz sollten auch diese Gegen-Meinungsäußerungen unterdrücken. Auf dem Rückweg durch die Stadt wurden die Gegendemonstranten sogar jeweils 100 Meter in die Seitenstraßen hinein und von der Nazi-Route weggetrieben. Selten wurde den Nazis von der Polizei so deutlich vor Augen geführt, daß man alles, aber auch wirklich alles tut, um sie zu schützen. In Bergedorf gab es insgesamt denn auch 95 Festnahmen - allesamt Antifaschisten. Die Nazi-Veranstalter würdigten denn auch auf ihrer Abschlußkundgebung die Tatsache, daß sie erstmals in Hamburg geschützt demonstrieren konnten. Der NPD-Vorsitzende Udo Voigt bedankte sich nicht nur bei seinem Mitstreiter, der bekannten Nazi-Größe Christian Worch für die „glänzende Organisation“, sondern auch bei der Polizei, die ihnen diesen Marsch erst ermöglicht habe. Voigt teilte weiter mit, daß ein weiterer Aufmarsch bereits angemeldet worden sei, damit die Stadt Hamburg diesmal „mehr Zeit zur Vorbereitung“ habe (die für den 5. Juni angemeldete Nazi-Demo zur Wehrmachtsausstellung in Hamburg war ja aus polizeitaktischen Gründen und wegen zu kurzer Vorbereitungszeit verboten worden).

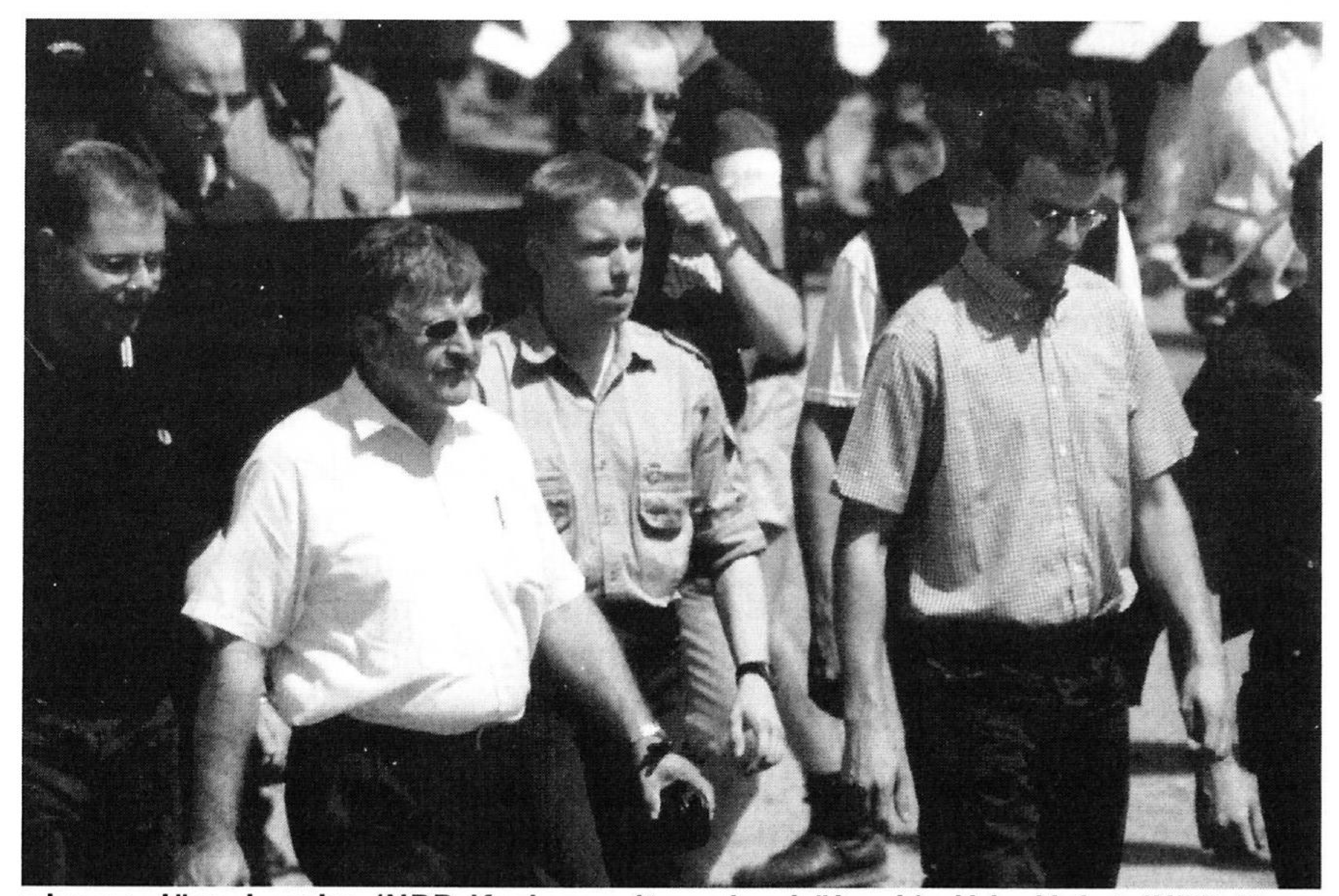
(res/Lokalberichte Hamburg 14/15-1999)

10. Juli: Nur Rechte hatten Rechte

Der bürgerliche Rechtsstaat...

Die Stadt Hamburg versicherte den Nazis, sie bedingungslos zu schützen und vor jeder Kritik abzuschotten. Das ging einher mit einer Unterdrükkung von antifaschistischem Protest, wie es sie lange nicht mehr gab. Keine Gegenkundgebung wurde in Bergedorf zugelassen (die Gerichte bestätigten dies), obwohl ein Anmelder unter anderem der DGB-Bergedorf war. Auch in der Stadt war nur eine Kundgebung erlaubt, und eine Demo war einzelhandelsfreundlich nach Altona verlegt worden. Kurz und schlecht: AntifaschistInnen hatten an diesem Tag kaum zugelassene Handlungs- und Protestmöglichkeiten. Dieses Vorgehen des Staates wirft etliche Fragen auf: allen voran scheint es darum zu gehen, systemkritischen Protest generell zu unterbinden. Schon in den letzten Jahren wurde es schwieriger, in der Innenstadt zu demonstrieren. Die Verbieterei mit dem willkürlichen Argument drohender Gewalt, das schnell herbeigezaubert ist, läßt Böses für die Zukunft ahnen mit ganz einschneidenden Konsequenzen für die politische Arbeit Linker, wie wir sie bisher kannten.

In der Innenbehörde haben sich Technokraten durchgesetzt, die weniger Wert auf traditionelle Elemente bürgerlicher Herrschaftsausübung legen (Einhaltung formaler demokratischer Rechte, insbesondere wenn sich Gruppierungen an Aktionen beteiligen, die diesem Staat positiv gegenüberstehen; Integration kritischer Positionen durch Zulassung ihrer Artikulation) und verstärkt eine „Ruhe und Ordnung"§-Politik betreiben, d.h. Unterbindung von Protest. Dies kombiniert sich mit der Tendenz der Verwaltungsgerichtsbarkeit, Nazis Aufmärsche zu gewähren und Verbote gegen links zu bestätigen. Hierbei haben wir es mit einem schleichenden Paradigmenwechsel hin zu einem Polizei- und Ordnungsstaat zu tun. Dieser Entwicklungsprozeß ist noch nicht abgeschlossen, was bedeutet, daß noch einige Drehungen an der Repressionsschraube zu erwarten sind, aber auch, daß ein politisches Zurückdrängen dieser Herrschaftsstrategie nicht ausgeschlossen ist.



v.l.n.r.: Jörn Lemke (NPD-Kreisvorsitzender Lübeck), Udo Voigt (NPD-Bundesvorsitzender), Jürgen Gerg (JN-Landesbeauftragter Schleswig-Holstein) und Alexander v. Webenau (NHB-Bundesvorsitzender und JN-Bundesgeschäftsführer) an der Spitze des Aufmarsches

Die Argumentation, nach der Ausschreitungen zu erwarten wären, stützt sich gern auf Aktionen und Flugblätter, die mit den angemeldeten Demonstrationen in keinem ursächlichen Zusammenhang stehen, die aber von den Gerichten anerkannt werden. Solche Begründungen für Verbote lassen sich beliebig herbeimanipulieren, so daß es auf das politische Kräfteverhältnis ankommen wird, ob und zu welchen Bedingungen uns noch Demos gestattet werde. Der Staat wird seine Linie nur wieder verlassen, wenn er andernfalls erhebliche Verluste zu gewärtigen hätte. Nötig ist z.B. eine vertiefte und breit getragene Kritik an diesem Vorgehen, die dazu führen könnte, daß ein unnachgiebiger Staat seine eigenen BefürworterInnen zu GegnerInnen machen würde.

... seine Nazis ...

Den Nazis wurde von staatlicher Seite eine ideale Ausgangsposition für ihren Aufmarsch geboten. Schon früh - eine Woche vorher - war klar, daß die Stadt den Aufmarsch nicht verbieten würde, sondern auch seine umfassende Abschirmung vor jeder Kritik organisieren wollte. Einige Äußerungen aus der Innenbehörde kamen einer offenen Einladung an Nazis, nach Hamburg zu kommen, gleich. Für die Faschisten war damit klar, die Demo würde wie geplant stattfinden - wenn auch nicht in der Innenstadt, sondern an einem Ort, wo man einst zahlreiche Anhänger hatte ein Hin- und Hergefahre mit unsicherem Ausgang war also nicht zu erwarten.

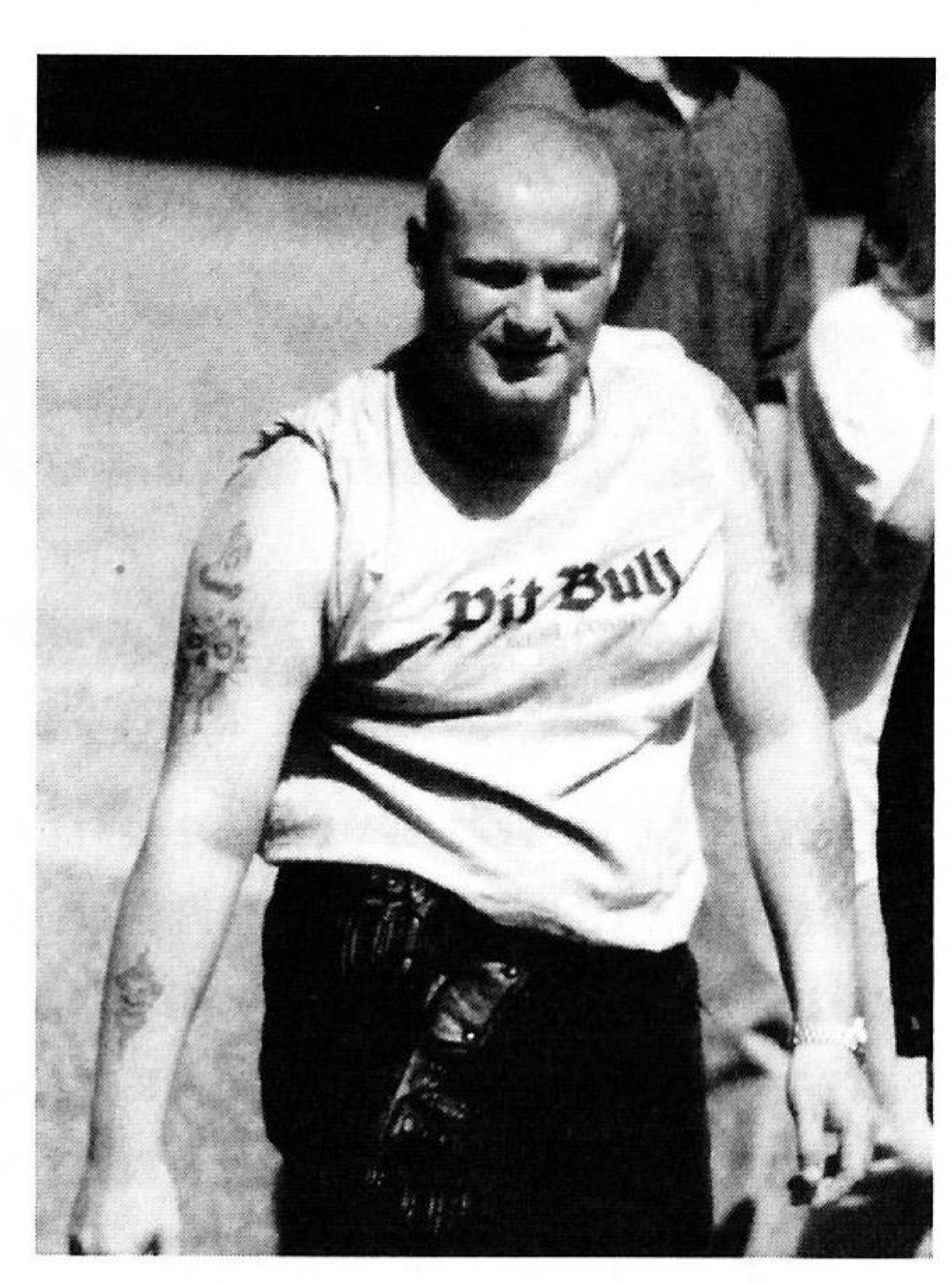
Die dann tatsächlich erreichte Teilnehmerzahl von 500 bis 600 Widerlingen ist, obgleich es immer noch zu viele waren, eine Niederlage für die NS-Bewegung, hatte man doch selbst über 1000 Teilnehmer erwartet und

waren am 5. Juni trotz Verbotes etwa 1500 Neonazis unterwegs. Woran dieser Schwund liegen mag, kann zur Zeit nur spekuliert werden. Hat ein Teil die Nase voll davon, ewig durch die Republik geschickt zu werden, und dann kommen meist nur kleinere Aktionen heraus, bei denen man womöglich festgenommen oder von Antifaschisten attakkiert wird? Verlieren die Mobilisierungen aus dem JN- und „Freie Kameradschaften"-Spektrum an Glaubwürdigkeit ? Welche Rolle spielt dabei der aktuelle Streit in den JN ? Erhebliche Teile ihrer Mitgliedschaft in NRW, Sachsen und Baden-Württemberg waren ausgetreten, nachdem nicht Achim Ezer, ein Vertreter der Politik der Aufmärsche und Provokationen, sondern mit Sascha Roßmüller ein Vasall des NPD-Vorstandes, der auf Wahlergebnisse schielt und mit dem daher die „Freien Kameradschaften" (FK) mehr Schwierigkeiten haben, neuer JN-Bundesvorsitzender geworden ist. Zwar nahmen die FK an der Demo teil, hatten aber bis einen Tag vorher aufgerufen, ihre Busse sollten auf der Autobahn bleiben und auf Anweisungen warten. Man behielt sich Aktionen in der Stadt vor. (Die bestanden aus einer Demo mit 50 Leuten in der Nacht von Donnerstag auf Freitag in Eppendorf, laut „Sieg Heil" grölend; und auch ein Brandanschlag auf's „Cafe Flop" könnte auf ihr Konto gehen.) Die FK empfanden das Einverständnis des „Nationaldemokratischen Hochschulbundes" (NHB) mit Bergedorf als Zurückweichen. Da das Verhalten der FK unklar war, war auch nicht absehbar, wieviel man würde, das wirkte eventuell demobilisierend. Und zuletzt hat Hamburg noch den Ruf einer starken Antifa-Szene, die durchaus Angst bei Nazis auslösen könnte. Zur Etablierung von Naziaufmärschen bundesweit und speziell in Hamburg trägt der 10. Juli jedenfalls nicht bei.

... und ihre GegnerInnen

Den Bemühungen der AntifaschistInnen gelang es weitgehend nicht, sich den staatlichen Maßnahmen zugunsten der Nazis zu entziehen. Hätten die Nazis nicht lediglich eine so mickrige Teilnehmerzahl mobilisieren können, hätten wir eine komplette Niederlage erlitten. So können wir uns einstweilen damit beruhigen, nicht der einzige Verlierer des 10. Juli zu sein. Wie immer man es hin- und herrechnet: Es waren wahrscheinlich nicht mehr als 1000 AntifaschistInnen unterwegs (in Bergedorf 300 bis 500, auf dem Gänsemarkt zur besten Zeit 400, am Hachmannplatz weitere 100, bei hoher Fluktuation aber auch teilweiser Überschneidung). Hätten wir eine legale Demonstration durchführen können, wären wir bestimmt nicht unter 3000 Personen geworden. Daß es jetzt so wenig waren, liegt evtl. an einem Organisierungsmangel. Viele versuchten gar nicht erst nach Bergedorf durchzukommen, zu „glaubwürdig" waren die Polizeiankündigungen, den Stadtteil dichtzumachen. Und sehr viele hielten es für einen ganz unangemessenen Ausdruck ihres Widerstandes, statt dessen auf die Kundgebung am Gänsemarkt, weit weg von den Faschisten, zu gehen.

Das Mißtrauen gegen den Bergedorftrip war nicht unberechtigt. Es gab 95 Ingewahrsam- bzw. Festnahmen und zahlreiche Platzverweise, viele kamen gar nicht erst nach Bergedorf 'rein, sondern wurden z.B. am Bahnhof wieder in den Zug in die andere Richtung gesetzt. Es gelang nicht, eine Kundgebung durchzusetzen, die Koordination ließ zu wünschen übrig, u.a. weil Radio FSK hier nicht zu empfangen war. Immerhin gelang es noch, die Nazis zu beschimpfen und z.T. mit Obst zu bewerfen; so hatten die Faschisten wenigstens nicht den Eindruck, irgendwie erwünscht zu sein - unangenehm für selbst ernannte Vollstrecker des „Volkswillens". Auch die Stimmung in Bergedorf richtete sich eindeutig gegen den Naziaufmarsch, zahlreiche Initiativen und sogar Parteien, sowie Gewerkschaftsvertreter nahmen an den (illegalisierten) Störaktionen teil. Auf dem Gänsemarkt war erwartungsgemäß eine andere Stimmung. Hier durfte eine Kundgebung stattfinden, die lange vor etwa 200 Personen dahinplätscherte. Die Funktion der Kundgebung war nicht so recht klar bzw. wurde nicht ausreichend vermittelt. Erst als die TeilnehmerInnenzahl leicht anstieg, u.a. durch Bergedorf-RückkkehrerInnen, kam noch einmal eine etwas kämpferischere Stimmung auf. Dennoch gelang es nicht, eine Spontandemonstration gegen den Repressionsapparat durchzusetzen.



So wie einst die Väter waren ...

Positiv ist zu sehen, daß es auf antifaschistischer Seite gelang, ein erstaunlich umfassendes Bündnis zusammenzubringen. Dies ist notwendig, trotz sehr verständlicher Vorbehalte gegen diese partielle Zusammenarbeit mit Kriegsparteien (GAL, SPD Bezirk Bergedorf) und anderen staatstragenden Organisationen. Aber solche Bündnisse werden bei der aktuellen Entwicklung immer unverzichtbarer, da erst sie für eine Verbreiterung der aktiven Nazigegner sorgen können und die Möglichkeiten, die staatliche Repressionspolitik gegen AntifaschistInnen zurückzudrängen, größer wird. Dieser Weg sollte als eine Option antifaschistischer Politik weiter beschritten werden.

(F/Lokalberichte Hamburg 14/15-1999)

Neonazis in Mecklenburg-Vorpommern verstärkt aktiv

Deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegende faschistische Aktivitäten weist das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern auf. Nach amtlichen Angaben kommt etwa jeder zehnte gewaltbereite Nazi-Skinhead aus diesem Bundesland, 33 Musikveranstaltungen der faschistischen Szene (von 168 bundesweit offiziell registrierten) fanden in Mecklenburg-Vorpommern statt.

Einer Studie des Greifswalder Kriminologen und Rechtswissenschaftlers Frieder Dünkel zufolge sind extrem rechte Haltungen unter Jugendlichen in Mecklenburg-Vorpommern weit verbreitet. Bei einer Befragung von achthundert SchülerInnen zwischen 14 und 21 Jahren hätten 47 Prozent der Befragten AusländerInnen generell abgelehnt, 54 Prozent insbesondere die Gruppe der Sinti und Roma und ein Drittel besonders 'die Juden', teilte der Wissenschaftler mit. Unerbittlich sei die Ablehnung von Menschen mit Behinderungen und Kranken.



Mecklenburger Neonazis am 10. Juli '99 in Bergedorf

In dieser breit verankerten rechten 'Jugendkultur' bewegen sich über 60 Nazi-Musikbands, 30 faschistische 'Kameradschaften' und ein harter Kern von 800 Nazi-Skinheads. Die extrem rechten Parteien haben die Zahl ihrer Mitglieder 1998 erheblich erhöht, wobei insbesondere die NPD mit ihren 350 Mitgliedern eine enge Zusammenarbeit mit den Nazi-Skinheads pflegt. Das aus Sicht der NPD enttäuschende Abschneiden bei den Landtagswahlen im September 1998 - 1,1% der Stimmen - hat allerdings auch die Kritik am Kurs des NPD-Landesvorsitzenden Eisenecker verstärkt; ein Ergebnis ist die Gründung der „Sozialen Volkspartei" im Frühjahr 1999, der sich knapp die Hälfte des NPD-Verbandes MVP angeschlossen hat. Bei den Kommunalwahlen im Juni trat die NPD in den Landkreisen Mecklenburg-Strelitz, Parchim, Ludwigslust, Greifswald und Stralsund an. Diese gelten als Hochburgen der NPD, die dort zwischen 1,0 (Parchim) und 1,9 (Greifswald) erreichte. In Rostock erhielt die neofaschistische Partei 1,2% der Stimmen.

Vielfältige Kontakte bestehen unter anderem zur Nazi-Szene in Schleswig-Holstein und Hamburg; das in Lübeck beheimatete *Bündnis Rechts* (Vorsitzender: Dieter Kern) hat mit einer eigenen Liste Mitte Juni an den Kommunalwahlen in der Stadt Neustrelitz teilgenommen und zudem auf einer offenen Liste der NPD im Kreis Mecklenburg-Strelitz kandidiert. Auch die Kader der im Februar 1995 verbotenen Hamburger *Nationalen Liste*, Worch und Wulff, haben vielfältige Kontakte nach Mecklenburg-Vorpommern; zu den dortigen Skinhead-Treffen und Konzerten mit Nazi-Musikgruppen fahren regelmäßig auch Faschisten aus Schleswig-Holstein. Diese waren beispielsweise Besucher einer Nazi-Veranstaltung in Spantekow bei Anklam, bei der es Mitte Februar zu gewalttätigem Vorgehen gegen Polizeibeamte kam. Auch in Löcknitz kam es Mitte Juni zu einer Schlägerei von Faschisten mit der Polizei. Waffen beschlagnahmte die Polizei bei einem Aufmarsch von 60 Nazis in Wismar, die dort öffentlich Hitlers Geburtstag gefeiert hatten. Eine weitere Nazi-Versammlung aus diesem Anlaß gab es auch in Stralsund. In verschiedenen Orten terrorisieren faschistische Jugendgangs Teile der Bevölkerung. In Grevesmühlen werden seit Monaten ausländische Firmeninhaber eingeschüchtert; ein im März verübter Brandanschlag auf eine Pizzeria wird ebenfalls dieser Szene zugeschrieben. Im Juli klagte die Staatsanwaltschaft in Schwerin elf Tatverdächtige an; fünf von ihnen gehören dem KV-Grevesmühlen/Wismar der *Sozialen Volkspartei* (SVP) an. Zudem bemüht sich die Nazi-Szene in Mecklenburg-Vorpommern verstärkt um Zugang zu Schußwaffen. Hierzu tritt sie zunächst Schützenvereinen bei, um in einem zweiten Schritt selbst welche zu gründen.

***Die extreme Rechte in Ostdeutschland*[1]**

Eine neue soziale Bewegung?

Mathias Brodkorb, Student der Philosophie und Klassischen Philologie in Rostock, Juso-Landesvorsitzender Mecklenburg-Vorpommern

Ganz Deutschland war überrascht über das vergleichsweise schlechte Abschneiden der rechtsextremen Parteien NPD, DVU und Republikaner bei Bundes- und Landtagswahl vom 27. September 1998. Bei den Republikanern, die sich seit Jahren in einer erheblichen Krise befinden, war anderes gar nicht zu erwarten. Daß aber sowohl DVU als auch NPD in Mecklenburg-Vorpommern den Einzug in den Landtag nicht geschafft haben, dürften, nachdem der DVU mit 12,9% in Sachsen-Anhalt ein großer Erfolg beschert war, zwar viele gehofft, aber nur wenige ernsthaft geglaubt haben.

Die Gründe hierfür dürften vor allem in folgendem zu suchen sein:

1. hat die Personenwahl zwischen Kohl und Schröder die Bevölkerung überdurchschnittlich mobilisiert und allein aus arithmetischen Gründen den Anteil der Rechtsradikalen etwas reduziert.

2. haben durch eben diese extrem polarisierende Wahl noch mehr Menschen rechtsextremer Gesinnung ihr Kreuz bei den etablierten bürgerlichen Parteien gemacht als sonst (zumal aufgrund der penetranten Thematisierung von "Ausländerthemen" durch die etablierten Parteien).

3. hat der Wahlerfolg der DVU in Sachsen-Anhalt zu einer erheblichen Sensibilisierung der Öffentlichkeit und dadurch zu Diskriminierungstendenzen für mögliche Wähler rechtsextremer Parteien geführt.[2]

4. besteht das eigentliche Problem aber darin, daß das rechtsradikale Milieu in aller Regel noch gar nicht im wahlfähigen Alter ist - zumindest ist dies in den ostdeutschen Bundesländern meist der Fall.

Alle vier Gründe sprechen nicht dafür, daß das rechtsradikale Potential tatsächlich so "gering" ist, wie dies bei den Wahlen rein rechnerisch den Anschein hatte. Vielmehr geben alle nur darüber Auskunft, warum trotz einer deutlich verbreiteten rechtsextremen Ideologie das Wählerpotential für rechtsextreme Parteien dennoch recht gering geblieben ist.[3]

Paradigmenwechsel in der Strategie

Selbst wenn man dies alles mehr oder weniger zugesteht, ist damit das Problem der extremen Rechten und ihrer Aktivitäten (vor allem) in Ostdeutschland noch lange nicht in den Brennpunkt gerückt. Fast "unbemerkt" von der Öffentlichkeit, sprich ohne ausreichende Kenntnisnahme, hat es in den letzten Jahren deutliche Veränderungen und Ausdifferenzierungen innerhalb des rechtsextremen Lagers gegeben. Während die DVU zentralistisch durchstrukturiert, auf eine einzelne Führungsperson ausgerichtet ist und sozusagen bei der extremen Rechten mit ihren Wahlkampfmethoden den amerikanischen Part spielt, zielt die NPD auf eine "Bewegung" mit sozialer Basis ab. Letztere grenzte sich z.B. auch in den eigenen Wahlkampfmaterialien von gewissen "rechtspopulistischen" Parteien ab, die mit einer gigantischen Materialschlacht die Stimmen der WählerInnen kaufen wollen.

Die Wege, die DVU und NPD momentan gehen, könnten unterschiedlicher also kaum sein: während bei der einen bewußt mittelmäßig intelligente Menschen an Entscheidungsstellen (z.B. ins Parlament) gesetzt werden, damit Gerhard Frey seine Machtstellung beibehalten kann und diese parlamentarische Orientierung im Vordergrund steht, versucht die andere in Massen "Kader" auszubilden, die die "Bewegung" organisieren sollen. Diese strategische Heterogenität dürfte wohl auch einer der wesentlichen Hinderungsgründe für eine politische Allianz sein - hoffentlich dauerhaft.

Die NPD will sich in die Gesellschaft hineinfressen und von dieser Machtbasis aus agieren - *auch* parlamentarisch! Mit Blick auf die NPD in Ostdeutschland ist daher sicherlich das Urteil gerechtfertigt: "Der deutsche Rechtsextremismus ist auf dem Weg zur neuen sozialen Bewegung..." (Pfeiffer 1998, S. 581) Das mag zwar als unangemessene Ausdrucksweise empfunden werden, stimmt dem Sachverhalt nach aber doch: die NPD ist sich bewußt, daß machtpolitisches Gewicht nur mit einer entsprechenden sozialen Basis zu gewinnen ist und versucht sich diese zu organisieren. Sie ist damit in ihrem strategischen Ansatz der DVU nicht nur deutlich überlegen, weil sie sich von mittelfristigen Politstimmungen unabhängig und ihren politischen Einfluß damit dauerhaft machen will, sondern natürlich auch weitaus gefährlicher. Urteile wie "Die Erfolge rechtsextremer Parteien in den neuen Bundesländern sind... als Sonderfall zu interpretieren, der aus den spezifischen ökonomischen, sozialen und politischen Bedingungen ihrer Vereinnahmung durch die alte Bundesrepublik erklärt werden muß." (Müller 1998, S. 13) artikulieren zwar durchaus einen wichtigen Aspekt des Problems, werden der momentanen Sachlage aber insofern nicht ganz gerecht, als sie nicht in den Blick nehmen, daß die extreme Rechte zumindest in Teilen (eben vor allem in Gestalt der NPD) ein strategisches Konzept entfaltet hat, daß unter sozialen Spaltungsprozessen zwar durchaus auf fruchtbareren Boden fällt, in seinem Erfolg davon aber nicht notwendig abhängig ist

und außerdem eine beachtliche Qualität aufweist.

Das Konzept der „National befreiten Zone" (NBZ)

Im Zentrum der NPD-Strategie zur Erringung einer politisch-sozialen Basis steht das sogenannte Konzept der "befreiten Zone". Dies ist soweit spezifiziert, daß es "in erster Linie in Mitteldeutschland" (SBZ)[4] umgesetzt werden soll. Die NPD ist sich also sehr wohl bewußt, daß Ostdeutschland "eine Hauptkrisenregion" (ebd.) in Europa und damit für rechtsextremes Gedankengut besonders anfällig ist.

Nach eigenen Angaben bedeutet eine "befreite Zone" zweierlei: Erstens geht es um die "Etablierung einer Gegenmacht. Wir müssen Freiräume schaffen, in denen wir faktisch die Macht ausüben, in denen wir sanktionsfähig sind... Zweitens bedeutet für uns die Schaffung befreiter Zonen eine Klärung unter allen revolutionären Gruppen." (ebd.) D.h.: "extreme Linke", "NS-Nostalgiker", "Autonome" sollen als "staatstragende Wirrköpfe" (ebd.) entlarvt werden, die den Staat um Hilfe anbetteln werden, sobald die Strategie der "befreiten Zone" aufzugehen beginnt. "Befreite Zonen sind aber auch Plätze, wo die Menschen unsere Worte an unseren Taten messen können. Sie sind die Mikrokosmen der Gemeinschaft, die wir für alle anstreben. Befreite Zonen in unserem Sinn sind Bereiche, wo der zentrale Widerspruch unserer Zeit, nämlich der Widerspruch Identität/Entfremdung zugunsten der Identität aufgelöst wird. Es sind Orte der Geborgenheit, des Dazugehörens, der Wärme, der Solidarität. Sie sind Heimat für die Heimatlosen. Befreite Zonen sind sowohl Aufmarsch- als auch Rückzugsgebiete für die Nationalisten Deutschlands." (ebd.)

Welche Anknüpfungspunkte gibt es für die NBZ?

Die Verwirklichung einer solchen Zone wird nach drei Gesichtspunkten unterschieden, die von jeweiligen Lebenszusammenhängen aus konzipiert sind: 1. ist die Erringung ökonomischer Unabhängigkeit anvisiert, um von hier aus soziale, kulturelle und politische Vernetzungen vornehmen zu können; 2. geht es um die Eroberung der "Straße" als politischem Schauplatz; 3. um die Erringung der Vorherrschaft in einem Wohngebiet, um die Gesellschaft von hier aus sozial und kulturell dominieren zu können.

Zu 1.: Es geht also darum, "von den Einrichtungen des Staates oder vom Staat und seinen Bütteln" (ebd.) unabhängig zu sein. Dies bedeutet allerdings keinesfalls, daß auf staatliche Gelder generell verzichtet wird, sondern nur dort, wo nicht abgesichert werden kann, daß diese Alimentierung nicht zu Abhängigkeit führt: denn es ist ja ganz im Gegenteil eine der Strategien der NPD, Jugendclubs zu erobern und die sogenannte "Akzeptierende Jugendarbeit"[5] für die Ausweitung des eigenen Einflusses unter Jugendlichen auszunutzen, also auch staatliche Gelder und Strukturen.

Die Unabhängigkeit gegenüber staatlichen Strukturen soll vor allem so organisiert werden, daß "man sich selbst zum Arbeitgeber macht... Errichtung eines unabhängigen Buchladens, wo man auch Bücher und Schriften, Aufkleber und Flugblätter kaufen kann, die man sonst nirgends bekommt... Oder eine Druckerei, eine Werbeagentur, ein Reiseunternehmen für kleine Geldbeutel... Hinzu kommt das Stichwort der Vernetzung. Gleichgesinnte Initiativen, die an verschiedenen Orten bestehen, müssen engen Kontakt halten, voneinander wissen, einander helfen." (ebd.)

Zu 2.: "Aus militanter Sicht befinden wir uns dann in einer befreiten Zone, wenn wir nicht nur ungestört demonstrieren und Info-Stände abhalten können, sondern die Konterrevolutionäre dies genau nicht tun können... Es genügen zehn oder zwölf entschlossene Revolutionäre und WIR bestimmen, was aus militanter Sicht in einer Stadt ist und was nicht." (ebd.) Die Strategie der NPD erweist sich an dieser Stelle als besonders gefährlich für die bürgerliche politische Demokratie: es werden durch die Eroberung des politischen Raumes nicht nur Linke bedroht, sondern generell politische Kräfte, die nicht mit der NPD sympathisieren. Hierzu reicht bereits die militante, permanente Präsenz von Neonazis im öffentlichen Raum aus, die von NPD-Funktionären gesteuert werden: damit wird gezielt das Entstehen politischer Strukturen jenseits der NPD behindert. So ergibt sich langfristig die Gefahr eines politischen Vakuums, das die NPD ausfüllen will.

Zu 3.: Das "Wohngebiet" dient schließlich als letzter Ausgangspunkt zur Herstellung einer "befreiten Zone". "Revolutionäre dürfen nicht über das gesamte Stadtgebiet zerstreut wohnen, sondern sie sollten sich möglichst auf ein Wohnobjekt und einen Straßenzug konzentrieren, um vor Ort sichtbar Macht auszudrücken." (ebd.) Gerade dieser dritte Punkt ist - vom strategischen Gehalt - der mit Abstand beachtlichste. Denn die "Macht", von der die Rede ist, soll durchaus nicht der gesamten Bevölkerung gegenüber signalisiert werden, sondern nur gegenüber alternativen, vor allem linken politischen Kräften. Die "normale Bevölkerung" soll auf völlig andere Weise erreicht werden. Es sei "unabdinglich, mit der ansässigen Wohnbevölkerung in intensiven Kontakt zu treten, den Leuten immer und überall zu helfen. Das ist übrigens der fundamentale Unterschied zu gleichartigen Bemühungen [hinsichtlich der Machterringung, M.B.] der Linksextremisten... Alten Leuten beim Ausfüllen von Formularen helfen, sie beim Einkauf unterstützen, man kann Babysitter bei arbeitenden Ehepaaren oder alleinstehenden Müttern spielen, man kann den Garten in Ordnung bringen, die Straßen sauber und durch regelmäßige Nachtpatroullien sicher halten. Man kann gegen den Zuzug eines Supermarkts, die Vertreibung alteingesessener Mieter durch Miethaie, die Schließung des kleinen Eckladens, den Aufmarsch von Scheinasylanten und anderen Lichtgestalten oder den Bau einer Autobahn durch das Wohnviertel protestieren und agitieren. Man muß so handeln, daß man in einem Meer der Sympathie schwimmt, daß die 'normalen' Bewohner für uns 'die Hand ins Feuer legen'. Dann wird dem Staat jede Form der Unterdrückung [gegen die Rechtsextremen, M.B.]

nicht nur nichts nützen, sondern das genaue Gegenteil bewirken..." (ebd.)

Deutlicher läßt sich der Strategiewandel nicht ausdrücken: der NPD geht es in der Tat zunächst nicht um die Eroberung der Parlamente. Sie will den umgekehrten Weg gehen bzw. hat begriffen, daß das Erringen der politischen Macht abhängig ist vom Grad der errungenen "kulturellen Hegemonie" - im besten gramscianischen Sinn des Wortes.[6]

"Gramscismus von rechts"?[7]

Daß insbesondere die "Neue Rechte" Gramsci diskutiert und für die eigenen politischen Zwecke fruchtbar zu machen versucht, ist bereits seit Anfang der 80er Jahre bekannt. Maßstabsetzend war in dieser Frage die "Nouvelle Droite" um Alain de Bénoist in Frankreich mit dem Schlagwort von der "Kulturrevolution von rechts".[8] Von hier aus schwappte die Diskussion in die deutsche "Neue Rechte" über. Daß der Konzipierung der NPD-Strategie allerdings eine breite Gramsci-Rezeption vorangegangen ist, wird sich nur schwer nachweisen lassen und dürfte auch eine weit überzogene These sein. Wahrscheinlich ist aber in der Tat, daß die Gramsci-Diskussion in der "Neuen Rechten" auf die Ideologen rechtsextremer Parteien zurückgewirkt hat und zentrale Ergebnisse dieser Auseinandersetzung auf diese Weise in das strategische Konzept z.B. der NPD integriert worden sind.

Möglich wird das Anknüpfen an Gramsci für die Rechte dadurch, daß Gramscis Hegemonie-Theorie nach inhaltlichen und formal-strategischen Aspekten unterschieden werden kann: "Gramscis politische Zielsetzung lief längerfristig auf eine revolutionäre Umwälzung der damaligen italienischen Gesellschaft im kommunistischen Sinne hinaus, was sich auch an bestimmten Aspekten der inhaltlichen Darstellung seiner Strategie zeigte, etwa bei der Betonung der Klassenkonflikte und der Orientierung auf die Massen. Gleichzeitig handelt es sich bei der von Gramsci beschriebenen Vorgehensweise unter der Voraussetzung des Abstrahierens von diesen Besonderheiten um eine politik-neutrale Strategie, also um eine Handlungsweise, der sich die verschiedensten politischen Kräfte bedienen können." (Pfahl-Traughber 1998, S. 5) Innerhalb Gramscis Hegemoniekonzept spielen die Intellektuellen bei der Erringung "kultureller Hegemonie" eine zentrale Rolle: die Intellektuellen der Arbeiterklasse sollen den "Alltagsverstand" aufgreifen, ihn kohärent und damit politisch bewußt machen[9] und ihn auf das Niveau der Hochkultur heben. Gramsci orientiert damit letztlich auf die Massen (nicht auf die Intellektuellen!) als Basis der sozialen Bewegung - und zwar nicht nur als Mittel, sondern auch als Zweck! Ihm geht es darum, daß sich die Arbeiterklasse aus ihrer Subalternität befreit.

Die "Neue Rechte" hat die Rolle der Intellektuellen erkannt. Sie sollen Multiplikatoren bei der "Kulturrevolution von rechts" sein und die "kulturelle Hegemonie" über die Massen erringen. Die Orientierung auf die Massen ist dabei nicht - wie bei Gramsci - Zweck zur Emanzipation der Subalternen, sondern notwendiges Übel zur Erringung dauerhafter politischer Macht durch eine Elite von rechten Intellektuellen. Die NPD steht dabei Gramsci insofern "näher" als die "Neue Rechte", als es ihr in der Tat um die Mobilisierung der Massen geht.

"Der Kampf wird härter"

Für die konkrete Organisierung der kulturellen Vorherrschaft durch rechtsextreme NPD-Kader gibt es von der JN eine entsprechende nützliche Handreichung, in der Verhaltensregeln und Einstellungen zu den Themen Wirtschaft, Kultur, Sport, Gesundheit, Familie, Umwelt und Politik vermittelt werden.

Wirtschaft

Es wird unauffälliges Verhalten am Arbeitsplatz angemahnt, um die eigene Einkommensquelle nicht zu gefährden, was nämlich nur der "Bewegung" Schaden zufügen würde. Außerdem sollen so viele wie möglich selbständig werden, möglichst "Kameraden" einstellen, nur bei "Kameraden" kaufen und nicht bei "Feinden": "Lieber Hunger als Döner-Kebap oder Big-Mäc!" (DKWH) Besonderes Augenmerk wird auch auf Logistik und Mobilität gelegt. So soll man seinem "Kameraden" nicht nur die eigene Technik für wichtige Dinge zur Verfügung stellen, sondern auch besonders vorsichtig fahren: "Geht vorsichtig mit Eurem Führerschein um! Mobilität ist in unserer Zeit sehr wichtig - Verkehrsbusgelder sind indes nicht nur unnötig, sie stützen zudem das System." (ebd.)[10].

Kultur

Gerade in Sachen Kultur soll an den Geschmack des "Volkes" angeknüpft werden. So wird dazu aufgerufen, nationales Liedgut zu pflegen und "nicht nur Skinhead-Musik" zu hören (ebd.). Außerdem soll man dem "Modezwang" entgehen - auch dem der Skinhead-Kultur. "Bedenkt, daß man mit einer Glatze nur der sensationsgierigen Presse ausgeliefert ist und bei der Bevölkerung, die es ja zu gewinnen gilt, abschreckend wirkt... So schön auch Uniformen aussehen mögen: Legt Uniformfetischismus ab!... Soldatentum ist keine äußere Darstellung, sondern eine innere Haltung." (ebd.)

Sport

Empfohlen wird die Teilnahme an Selbstverteidigungskursen, um die Kampffähigkeit zu erhöhen. Besonders brisant: "Nutzt die Möglichkeit, die Euch die Bundeswehr bietet! Laßt Euch zu qualifizierten Führungskräften ausbilden und lernt soldatische Führung." (ebd.)

Gesundheit

Der Konsum von Drogen wie Alkohol, Nikotin etc. wird aus zwei Gründen abgelehnt: einerseits füllt er die Staatskonten und hilft so dem "System" - andererseits macht er abhängig und schädigt damit den Körper. "Ernährt Euch gesund! Indem Ihr z.B. beim Bauern kauft, dient Ihr sowohl Eurer Gesundheit als auch dem Bauern als Grundlage unseres völkischen Lebens. Kiosk und Schnellimbiß ersetzen keine vollwertige Ernährung, die

Euer Körper für den Kampf braucht." (ebd.)

Familie

Die Familie dient nach wie vor als ideologisches Zentrum nationalistischer Ideologie: es wird zur Gründung möglichst großer Familien aufgerufen, um so die Zahl der NationalistInnen zu vergrößern. "Sucht gleichgesinnte Familien, damit Eure Kinder nicht mit dem netten Türken von nebenan oder dem Negerkind von nebenan spielen müssen. Denkt daran, daß die ersten Lebensjahre eines Menschen für das ganze Leben prägend sind." (ebd.)

Umwelt

"Kauft naturbelassene Produkte... z.B. nach Richtlinien des deutschen Tierschutzbundes, ohne Chemie- und Tierversuche. Kauft euren Kindern naturbelassenes Holzspielzeug!.. Umweltschutz ist Heimatschutz! Dieser beginnt zu Hause. Vermeidet deshalb Müll schon beim Einkauf, vermeidet Kunststoffe, trennt Eure Abfälle und benutzt die Sonderbehälter für die Wiederverwertung. Mehrweg statt Einweg, Naturstoffe statt Chemiegifte! Vermeidet unnötige Autofahrten, bildet Fahrgemeinschaften!" (ebd.)

Politik

"Jegliches schädliche Verhalten muß unterbleiben! Handelt verantwortungsbewußt! Seid keine billigen Statisten für die Negativpropaganda und die Presse!... Seid Elite, seid stets Vorbild, versucht, Kader zu sein, seid aber nie überheblich! Verliert nie den Blick für die Wirklichkeit, verliert nie den Bezug zu unseren Landsleuten, die noch nicht in unseren Reihen stehen. Wir müssen den Unterschied deutlich machen zwischen aufrechten national-denkenden Idealisten und besoffenen Krawallmachern, bzw. (bezahlten) 'Nazikaspern' und 'Hollywood-Nazis'." (ebd.)

Diese Handreichungen sind ehrgeizig und haben die Verhinderung der multikulturellen Gesellschaft zum Ziel. Gerade in dieser Frage fallen natürlich Anspruch und Wirklichkeit bei den NPD-Nazis deutlich auseinander. Die Abgrenzung gegenüber der rechten Skinhead-Kultur ist deutlich gewollt, gelingt aber in der Praxis nur in Einzelfällen. Das ist aber den Autoren des Papiers durchaus vorher bewußt gewesen, bezeichnen sie doch gerade diese Stellen in ihrer Handlungsanleitung als "die Punkte, die man am schwersten befolgen kann." (ebd.) Dennoch zeigt diese Orientierung, daß es der NPD nicht um die Verallgemeinerung der Skinhead-Kultur geht, sondern um die Eroberung der "normalen Gesellschaft".

Hier treten allerdings zwei strategische Orientierungen der NPD deutlich in Konflikt miteinander: gerade in den letzten Jahren gelang es ihr, als Nazi-Sammelbecken zu fungieren. Regionale Nazi-Szenen wurden über kulturelle (nicht politische!) Zugänge für die NPD gewonnen oder an sie herangeführt. Dieser Orientierung liegt die Einsicht zugrunde, daß Einfluß und personelle Basis bei einer politischen Bewegung ein unentflechtbares Bedingungsgefüge bilden. Nun macht sich die NPD vermehrt daran, diese gewonnene Neonazi-Szenen kulturell zu transformieren und zunehmend zu politisieren, da ihr durchaus klar ist, daß sie mit trunkenen Glatzköpfen die Bevölkerung nicht erreicht. Und an dieser Stelle ergeben sich enorme Probleme: schließlich leben die Neonazi-Subkulturen gerade von ihrer kulturellen Identität. Die NPD dürfte also bei dieser kulturellen Transformation auf enorme Schwierigkeiten stoßen: das Aufbrechen der Skinhead-Kultur ist immer mit der Gefahr verbunden, damit auch die personelle Basis zu verlieren, die sich gerade über diese Skinhead-Kultur gebildet hat. Diese deutliche Schwachstelle könnte auch ein Ansatzpunkt für eine linke Gegenstrategie sein.

Von der Sub- zur Dominanzkultur?

Gar nicht oft genug hervorgehoben werden kann die Tatsache, daß "Rechtsextremismus" - vor allem im Osten Deutschlands - zunächst ein kulturelles Problem ist: "RECHTS" ist ein "Lifestyle"[11] geworden, der sich über bestimmte Grundeinstellungen, Kleidungsnormen und kulturelle Praxen vermittelt. Man kann in dieser Frage allerdings schon nicht mehr generell von einer "Subkultur" sprechen, da dieser Begriff ja Randständigkeit impliziert. In zahlreichen Regionen Ostdeutschlands ist es kultureller Standard, Bomberjacke, Springerstiefel und kurze Haare zu tragen. Eine dezidiert rechtsextreme politische Auffassung muß damit durchaus nicht verbunden sein. Insofern scheint es aber angebrachter, in diesem Zusammenhang von einer "Dominanzkultur"[12] zu sprechen. Gerade diese Tatsache, daß sich der rechte Lifestyle im Osten inzwischen als die dominierende Jugendkultur aufzwingt, macht eine Gegenstrategie und das Aufbrechen dieser Situation um so komplizierter, denn soziale Zusammenhänge und kulturelle Strukturen sind sehr viel schwieriger aufzudecken und zu bekämpfen als politische (Parteien, Vereine etc.). "Um die rechte Reproduktionsfähigkeit der rechten Jugendkultur und ihre damit einhergehende Dominanz zu brechen, scheint es sinnvoller, eine Politik der kleinen Schritte zu betreiben. Die Situation ist viel zu verhärtet, als daß mit kurzfristigen Erfolgen gerechnet werden könnte. Die weitere Stärkung antifaschistischer Strukturen und vor allem einer linken *kulturellen*[13] Alternative vor Ort, schafft die Freiräume, die es ermöglichen könnten, den rechten Aufschwung zurückzudrängen. Dazu bedarf es aber langfristiger Konzepte, die nicht am eigenen Szene-Tellerrand enden und einer genauen Analyse der regional oft sehr unterschiedlichen Situation." (AIB 44/98, S. 8)

Gerade auch an der Frage *Rechtsextremismus* läßt sich wieder einmal die Gretchenfrage der sozialistischen Linken thematisieren: Wie erringen wir endlich die "kulturelle Hegemonie"?

Literatur:

Antifaschistisches Infoblatt (AIB), Berlin

- Aufbruchstimmung, 43/98, S. 6-9

- Kultur und andere Begrifflichkeiten, 44/98, S. 5-6

- Dominanz statt Subkultur, 44/98, S. 7-8

- Wie weit ist es von Magdeburg nach Bonn?, 45/98, S. 5-9

- Kopfschußübungen und Aufmärsche, 45/98, S. 11-13

JN-Konzeptpapiere: "Schafft befreite Zonen!" (SBZ) und "Der Kampf wird härter" (DKWH)

Haug, Wolfgang-Fritz (1996): Philosophieren mit Brecht und Gramsci, Hamburg

Kebir, Sabine (1992): Kulturrevolution. Neue Rechte in Frankreich, in: Sozialismus 7/8-92, S. 83-85

Müller, Bernhard (1998): Szene und Lifestyle der extremen Rechten. Rechtsradikalismus in den neuen Bundesländern, in: Sozialismus 9-98, S. 12-15

Pfahl-Traughber, Armin (1998): "Gramscismus von rechts"? Die Entwicklung einer Strategie der Kulturrevolution und die Rezeption Antonio Gramscis durch die Neue Rechte in Frankreich und Deutschland, in: Am rechten Rand, FES 4/98, S. 2-13

Pfeiffer, Thomas (1998): Und die Rechte bewegt sich doch, in: NGFH 7/98, S. 581-583

Prantl, Heribert (1998): Die Demokratie kuscht, in: NGFH 6/98, S. 485-487

SOST (1986): Zwischen Neokonservatismus und Rechtsradikalismus, Hamburg

1Zuerst veröffentlicht in der marxistischen Monatszeitschrift „Sozialismus 3/99". Wir danken der Redaktion für die Abdruckgenehmigung!

2 In Mecklenburg-Vorpommern hat sich z.B. der Radio-Sender "Antenne M-V" geweigert, Wahlwerbung rechtsextremer Parteien zu senden. Nach einem Gerichtsurteil mußte er zwar die Wahlwerbung rechtsextremer Parteien dennoch senden, nach jedem Spot wurde aber bekanntgegeben, das dadurch eingenommene Geld zur Pflege von KZ-Gedenkstätten auszugeben. Jeder Wahlwerbung Rechtsextremer folgte bei diesem Radiosender außerdem ein "redaktioneller Beitrag", der versuchte, über den ideologischen Hintergrund rechtsextremer Parteien aufzuklären: hierbei wurden NPD, DVU etc. in einer erhebliche Nähe zu NSDAP und Zweitem Weltkrieg gesetzt und hierdurch eine wohl nicht zu unterschätzende Diskriminierung Rechtsextremer bewirkt. Mögliches Wählerpotential dürfte teilweise dadurch abgeschreckt worden sein, mit den alten Nazis in einen Topf geworfen zu werden. Der Radiosender hat sich allerdings natürlich nicht mit der Ausländerfeindlichkeit der etablierten Parteien auseinandergesetzt und den gesellschaftlichen Rassismus damit unangetastet gelassen. (siehe hierzu auch: SOST 1986, S. 113ff)

3 Im übrigen darf allerdings auch nicht übersehen werden, daß sich rein rechnerisch der Anteil der Parteien rechts von der Union gegenüber der Bundestagswahl von 1994 verdoppelt hat. (AIB 45/98, S. 6)

4 Im weiteren werden zwei Strategiepapiere der NPD-Jugendorganisation "Junge Nationaldemokraten" zitiert. Das Papier "Schafft befreite Zonen!" wird dabei mit SBZ und das Papier "Der Kampf wird härter" mit DKWH notiert. Dabei wird der Inhalt dieser Papiere gleichgesetzt mit der strategischen Orientierung der NPD. Dies erscheint hier deshalb als gerechtfertigt, weil die JN als "Bindeglied" (AIB 43/98, S. 7) zwischen Neonazi-Kulturen und NPD fungieren und insofern bei der strategischen Ausrichtung beider Organisationen keine Differenzen nachzuweisen sein dürften.

5 Diese Form der Sozialarbeit erweist sich nachweislich vielerorts als staatliche Nazi-Pflege: "Die ausländerprügelnden Täter wurden damals [nach Hoyerswerda, M.B.] mit Programmen gegen Aggressionen und Gewalt überzogen, die wie folgt aussahen: man kaufte ihnen Musikinstrumente und stellte ihnen Räume zum Üben zur Verfügung; überforderte Sozialarbeiter streichelten die Rechtsradikalen, statt ihnen Grenzen zu setzen. Seitdem können die Rechtsradikalen ihre Aktivitäten in staatlich gesponserten Räumlichkeiten planen. Die rechtsradikalen Jugendlichen erleben die 'akzeptierende Jugendarbeit' so, daß sie für ihre Aktivitäten auch noch belohnt werden. Sie erleben, daß alle kuschen: Die Lehrer in der Schule, die Politiker und die Sozialarbeiter." (Prantl 1998, S. 485)

6 In Rostock geht dies z.B. so weit, daß NPD-Kader kostenlose Sozialarbeit in Kindergärten leisten und sich damit einerseits bereits heute die Rekrutierungsbasis für das Jahr 2010 schaffen - andererseits in sozialen Kontakt mit den Eltern und deren Umfeld etc. kommen und so ihren Einfluß auch schon heute ausbauen.

7 Pfahl-Traughber 1998

8 siehe Kebir 1992

9 "Im Kontext des berühmten Anfangs seiner *Einleitung ins Studium der Philosophie* begreift Gramsci die spontane Daseinsweise bewußt- und zusammenhangsloser Zugehörigkeiten zu mehreren Kollektiven als Inkohärenz. Sobald Individuen es vorziehen, 'die eigene Weltauffassung bewußt und kritisch auszuarbeiten', bilden sie an ihrer *Kohärenz*." (Haug 1996, S.21) Kohärenz in der Weltanschauung (des Alltagsverstandes) erweist sich damit als die Voraussetzung zur zielgerichteten politischen Handlungsfähigkeit.

10 In der Tat sind die NPD-Nazis nicht nur logistisch besonders gut organisiert, sondern sie verfügen außerdem über eine enorme Mobilität. Selbst in entlegendsten Regionen Vorpommerns konnten sie im Wahlkampf innerhalb weniger Tage Demonstrationen mit bis zu 500 TeilnehmerInnen organisieren. Vor allem über derartige Aktivitäten gelang es der NPD, ihre Mitgliederstruktur in M-V im Wahlkampf deutlich zu verbessern: sie ist von 80 auf etwa 300 Mitglieder um fast das Vierfache gestiegen. (AIB 98/45, S. 11f)

11 siehe besonders Müller 1998

12 siehe AIB 44/98, S.5-8

13 Hervorhebung, M.B.

Ermittlungen wegen Volksverhetzung

Einen Dolch in der Linken, einen auf den Betrachter gerichteten Revolver in der Rechten und gefletschte Zähne - so versinnbildlichte die *Junge Landsmannschaft Ostpreußen* (JLO) auf einem Plakat, mit dem zur Diskussion über das „Schwarzbuch des Kommunismus" am 1. Februar in Dresden eingeladen wurde, die „Mordbrennerei der bolschewistischen Menschheitsbeglücker". Vor allem aber zeigt das unter bluttriefenden Schriftzeichen gezeichnete „Gesicht" des Kommunismus mehrere aus einschlägiger Propaganda bekannte antisemitische Stereotype. Dieses Motiv - so ergab die Recherche von PDS-Landtagsabgeordneten - erschien bereits 1907 als Titelbild der russischen antisemitischen Wochenzeitschrift *Pluvium*. Einzige von der JLO gegenüber dem Original vorgenommene Veränderung sind Hammer und Sichel am Revers sowie ein Stern an der Mütze des „Mordbrenners". Während die Veranstaltung ungehindert stattfand, ermittelt nun die Staatsanwaltschaft.

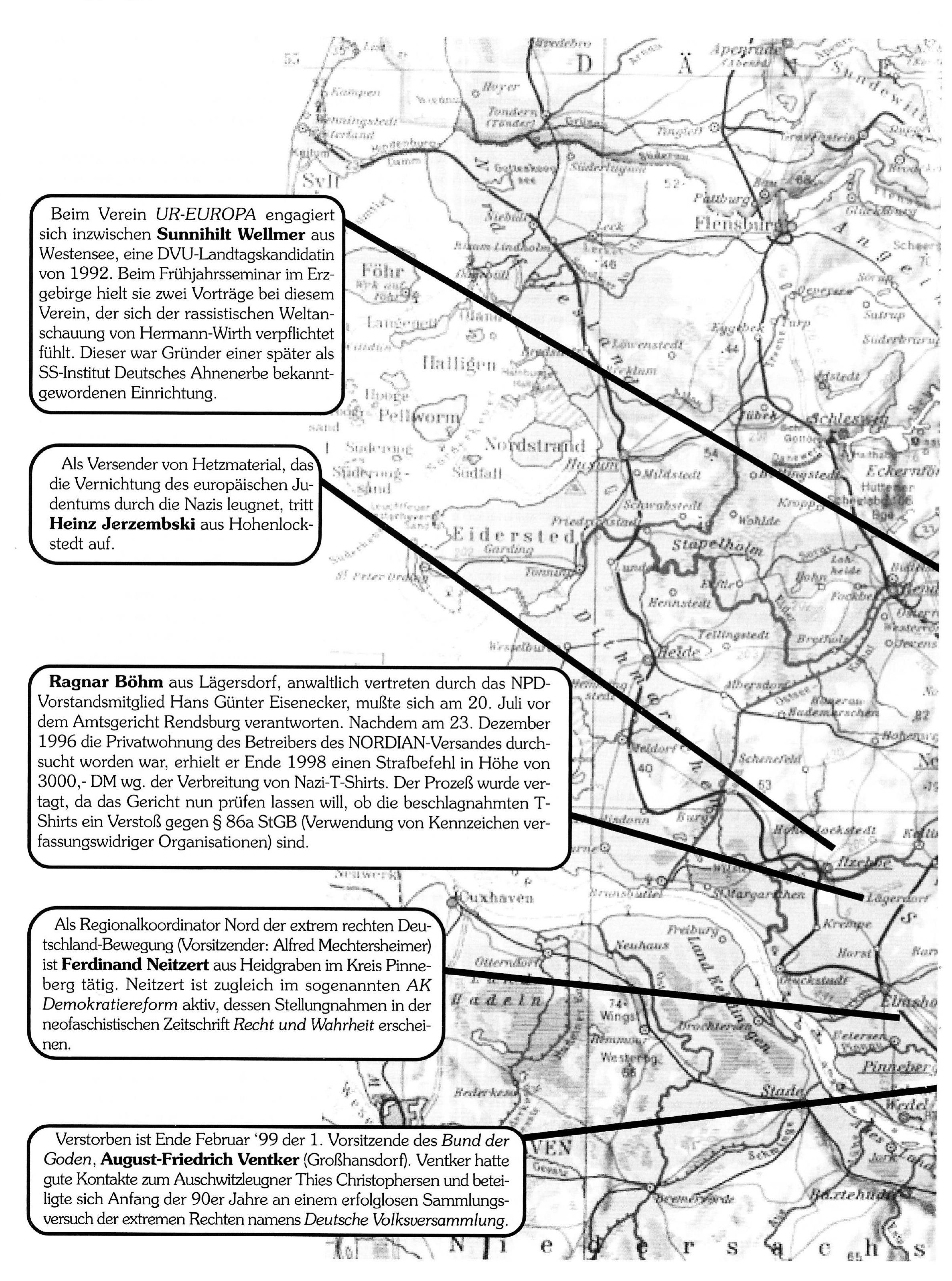
Beim Verein *UR-EUROPA* engagiert sich inzwischen **Sunnihilt Wellmer** aus Westensee, eine DVU-Landtagskandidatin von 1992. Beim Frühjahrsseminar im Erzgebirge hielt sie zwei Vorträge bei diesem Verein, der sich der rassistischen Weltanschauung von Hermann-Wirth verpflichtet fühlt. Dieser war Gründer einer später als SS-Institut Deutsches Ahnenerbe bekanntgewordenen Einrichtung.

Als Versender von Hetzmaterial, das die Vernichtung des europäischen Judentums durch die Nazis leugnet, tritt **Heinz Jerzembski** aus Hohenlockstedt auf.

Ragnar Böhm aus Lägersdorf, anwaltlich vertreten durch das NPD-Vorstandsmitglied Hans Günter Eisenecker, mußte sich am 20. Juli vor dem Amtsgericht Rendsburg verantworten. Nachdem am 23. Dezember 1996 die Privatwohnung des Betreibers des NORDIAN-Versandes durchsucht worden war, erhielt er Ende 1998 einen Strafbefehl in Höhe von 3000,- DM wg. der Verbreitung von Nazi-T-Shirts. Der Prozeß wurde vertagt, da das Gericht nun prüfen lassen will, ob die beschlagnahmten T-Shirts ein Verstoß gegen § 86a StGB (Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) sind.

Als Regionalkoordinator Nord der extrem rechten Deutschland-Bewegung (Vorsitzender: Alfred Mechtersheimer) ist **Ferdinand Neitzert** aus Heidgraben im Kreis Pinneberg tätig. Neitzert ist zugleich im sogenannten *AK Demokratiereform* aktiv, dessen Stellungnahmen in der neofaschistischen Zeitschrift *Recht und Wahrheit* erscheinen.

Verstorben ist Ende Februar '99 der 1. Vorsitzende des *Bund der Goden*, **August-Friedrich Ventker** (Großhansdorf). Ventker hatte gute Kontakte zum Auschwitzleugner Thies Christophersen und beteiligte sich Anfang der 90er Jahre an einem erfolglosen Sammlungsversuch der extremen Rechten namens *Deutsche Volksversammlung*.



Eine ganzseitige Anzeige in der *Welt am Sonntag* verantwortete Mitte Juni '99 **Maria von Below** aus Mielkendorf.. Die Veröffentlichung ist Teil einer rechten Kampagne gegen die nach Kriegsende in der späteren DDR durchgeführte Bodenreform. Von Below gehörte 1998 der *Arbeitsgemeinschaft gegen die Enteignungen* des Bund Freier Bürger sowie dem Bundesvorstand dieser extrem rechten Partei an. Ende 1994 trafen sich der damalige BFB-Vorsitzende Brunner und Ortwin Lowack (Ex-CSU) auf ihre Initiative hin zu Gesprächen.

Ende März hat die Kieler CDU ihre DirektkandidatInnen zur Landtagswahl im Februar 2000 gewählt; unter ihnen ist auch **Uwe Greve** aus Kiel. Der Landesvorsitzende der *Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU* (OMV) hob bei seiner Vorstellung hervor, für einen CDU-Wahlsieg sei es notwendig, daß die Partei eine vom Zeitgeist nicht beeinflußte Sprache spreche. Greve bewegt sich in verschiedenen Netzwerken rechts von der CDU und will ihr deren Stimmen bei der Landtagswahl zuführen.

Als stellvertretender Landesvorsitzender des Bund Freier Bürger (BFB hat **Helmut Reichmann** aus Lepahn verlauten lassen, daß diese extrem rechte Partei sich nicht an den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein beteiligen will. Die Aktivitäten des BFB in SH sind nach dem schlechten Abschneiden bei den Bundestagswahlen und der Rückkehr Manfred Brunners zur FDP weiter zurückgegangen.

Zum neuen Landesvorsitzenden der DVU in Schleswig-Holstein wurde beim DVU-Landesparteitag **Heinrich Henftling** (Reinbek) gewählt. Der pensionierte Justizbeamte war bereits als Landesgeschäftsführer tätig und wurde nun dafür belohnt, daß er immer der Stimme seines Münchner Herrn folgte.

Itzehoe: Straßenumbenennung

In Itzehoe soll ein nach dem 'Heimatdichter' Heinrich Hornig benannter Straßenname geändert werden. Der Arbeitskreis zur Erforschung des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein (AKENS) hat der Ratsversammlung Material über den Verfasser hoch- und plattdeutscher Texte vorgelegt. In dem Gedicht „Nordmark-SA" heißt es „Wir folgen dem Führer auf Leben und Tod"; im Text „De 1. Mai" schrieb er „Un Adolf Hitler geiht vorüp, de echte dütsche Arbeitsmann, un wiest den Wegg ut Not und Schann". Der AKENS hat vorgeschlagen, die jetzige Heinrich-Hornig-Straße nach einem Opfer des deutschen Faschismus zu benennen.

Itzehoe: Skins verurteilt

Zu hohen Freiheitsstrafen hat das Landgericht Itzehoe im Juli 1999 zwei Skinheads verurteilt. Die beiden 25 und 24 Jahre alten Männer müssen für vier und zwei Monate beziehungsweise für drei Jahre und acht Monate hinter Gitter. Das Landgericht befand die Angeklagten der gefährlichen Körperverletzung und des Raubes beziehungsweise der gefährlichen Körperverletzung für schuldig. Nach Überzeugung des Gerichts hatten die beiden einschlägig vorbestraften Männer im November 1998 in einem Lokal in Kellinghusen im Kreis Steinburg randaliert und Geld erpreßt. Dabei attakkierten sie in wechselnder Beteiligung unter anderem den Gastwirt mit einem sogenannten Totschläger und einer Flasche Rotwein. Die Weinflasche zerbrach bei dem Angriff. Einen Monat vorher hatten die beiden Männer in einem Linienbus bei Kellinghusen einen 18 Jahre alten Fahrgast mit einem Schlagstock angegriffen.

NHB in Schleswig-Holstein aktiv

Der 1967 gegründete Nationaldemokratische Hochschulbund (NHB) bemüht sich derzeit um den Aufbau eigener Strukturen in Schleswig-Holstein. Dazu hat er in Bad Bramstedt ein Postfach eingerichtet.

Der NHB verfügte Ende der 60er Jahre über 17 Hochschulgruppen, darunter eine Ortsgruppe in Kiel, an deren Spitze zeitweise C.W. Lohmann stand. Der Kieler NHB-Aktivist Dieter Fürst wurde Anfang der 70er Jahre stellvertretender NHB-Bundesvorsitzender.

Seit Mitte der 70er Jahre war der NHB an den Hochschulen bedeutungslos; auch innerhalb der NPD spielte er eine untergeordnete Rolle. Mit der Herausgabe der Zeitschrift Vorderste Front ab 1990 präsentiert sich der NHB als 'nationalrevolutionäre' Gruppe.

Nazis aus Neumünster verurteilt

Weil sie am 7. Oktober 1997 zwei Autos einer kurdischen Familie mit Hammer und Baseballschlägern völlig demoliert hatten, verurteilte Anfang Juni das Amtsgericht Neumünster Tim Bartling und Henry Markwirth zu einer Geldstrafe von 4.500 Mark bzw. zu sechs Monaten Gefängnis auf Bewährung. Beide gehören zur Nazi-Szene um den Club 88 in Neumünster (vgl. gesonderten Bericht in diesem Heft) und haben in der Vergangenheit bundesweit an Nazi-Aufmärschen teilgenommen.

Freispruch für Antifaschisten

Anfang März 99 ist in Aachen ein Antifaschist vom Vorwurf der Körperverletzung freigesprochen worden. Er soll am Rande der Wehrmachtsausstellung im April 1997 in Aachen eine ältere Frau in einen Brunnen geschubst haben. Das Gericht konnte ihm nicht nachweisen, daß er nicht in Notwehr gegen ihn bedrängende Burschenschafter agiert habe.

Mehrere Protestveranstaltungen der rechtsextremen Aachener Burschenschaften Libertas Brünn und Teutonia, die dem Dachverband Deutsche Burschenschaft angehören und zu denen u.a. von der offen faschistischen Burschenschaftlichen Gemeinschaft eingeladen worden war, konnten seinerzeit von Antifas verhindert werden, u.a. eine Podiumsdiskussion mit den bundesweit bekannten Geschichtsrevisionisten Franz Uhle-Wettler und Franz W. Seidler sowie eine Kundgebung vor dem Ort der Ausstellung.

Bei der Dame, die zu letztgenanntem Anlaß ein Bad genommen hat, handelt es sich um die 63-jährige Ulla Schröder aus Großhansdorf bei Ahrensburg. Sie war an beiden Aktionstagen der Burschenschaften in Aachen, wo sie von einem etwa gleich alten Mann begleitet wurde, der aus seinem PKW (metallic-dunkelblauer VW in höherer Preisklasse, OD - AT 151) sehr massiv Antifas filmte.

Die beiden sind nun auch gemeinsam zum Gerichtstermin in Aachen aufgetaucht, wo der Mann prozeßbeobachtenden Mitgliedern der Libertas Brünn ein Video übergab, das das Gericht zuvor als Beweismittel abgelehnt hatte.

Schlußendlich hat Ulla Schröder, tapfer bewacht von der Studentenelite mit dem markanten Wahlspruch „Ihr stellt die Weichen, wir stellen die Harten!", Aachen sehr eilig und etwas unzufrieden wieder verlassen und war seitdem nicht mehr gesehen.

Antifaschistisches Bündnis Aachen

DVU-Landesparteitag in Klein Gladebrügge

Die Gastwirtschaft „Trichter“ in Klein-Gladebrügge bei Segeberg war am 24. April Schauplatz des DVU-Parteitages Schleswig-Holstein. Etwa 300 FaschistInnen lauschten den Reden des DVU-Vorsitzenden Frey und des Hamburger DVU-Vorsitzenden Reimers. Im Mittelpunkt der Rede Freys stand die völkisch-nationalistisch begründete Kritik am Krieg der NATO gegen Jugoslawien. Zum neuen Landesvorsitzenden wurde Heinrich Henftling gewählt. In der Gemeindevertretung des Ortes haben die wiederholten Nazi-Treffen im „Trichter“ inzwischen zu ersten Konsequenzen geführt: die Sitzungen des Gemeinderates finden nicht mehr dort statt; außerdem wird über weitere Protestaktionen diskutiert.

Jahrestreffen des „Schulvereins“

Im bayerischen Ort Elfershausen fand Ende April wieder das Jahrestreffen des „Schulvereins zur Förderung der Rußlanddeutschen in Ostpreußen“ (Sitz: Kiel) statt. Der Vereinsvorsitzende Henning Pless und sein Stellvertreter Helge Redeker gehören zum engen Umfeld des neofaschistischen Aktivisten und Verlegers Dietmar Munier. Dieser organisiert seit Anfang der 90er Jahre die Deutsche Aktion Königsberg, deren Ziel die Regermanisierung des früheren Ostpreußens ist. Dabei konzentrieren sich die friedensgefährdenden Aktivitäten zunächst auf das frühere Trakehnen in der jetzigen Oblast Kaliningrad. Erneut erhielt der Verein zu seiner Tagung Grußbotschaften verschiedener bekannter Konservativer und extrem Rechter, z.B. Michael Glos (CSU) und Wolf Jobst Siedler bzw. Baldur Springmann und Horst Mahler - letzterer suchte in den letzten Monaten den Schulterschluß insbesondere mit der NPD und militanten Neonazis. Neben Mahler traten als Redner Prof. Dr. Klaus Hornung und Prof. Dr. Franz Seidler auf, deren Texte in der extremen Rechten auf großes Interesse und Wohlwollen stoßen.

Ex-DLVH-Berater verurteilt

Wegen Untreue, Betruges und Gebührenüberhöhung in 21 Fällen hat das Kieler Landgericht Anfang Juni den 42jährigen Kieler Rechtsanwalt Holger Massel zu drei Jahren Haft verurteilt; außerdem verhängte das Gericht ein zweijähriges Berufsverbot. Massel war 1993/4 als Berater der Landtagsfraktion der Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH) tätig und hatte dort über 40.000 Mark veruntreut. Ende der 70er Jahre war Massel in der NPD tätig.

Segeberg: Nazi verurteilt

Wegen Verstosses gegen das Uniformverbot bei der Nazi-Demonstration im Mai 1997 in Bad Segeberg und wegen Beleidigung von Polizisten wurde im Februar der 25-jährige Stephan S. aus Henstedt-Ulzburg vom Amtsgericht Bad Segeberg zu einer Geldstrafe in Höhe von 1.800.- Mark verurteilt. Bereits vor drei Jahren mußte sich der Neonazi wegen eines Überfalls auf eine Flüchtlingsunterkunft gerichtlich verantworten; damals sollte er 1.600.- Mark zahlen.



1. Mai 1999: Nach dem Verbot der Nazi-Demo in Bremen kommt es in Ahrwensburg, Quickborn und Henstedt-Ulzburg (Foto) zu Demonstrationen von Neonazis.

„Dem Wohle des Deutschen Volkes dienen"

Neue „nationale Sammlung" in Hamburg

„Der Ernst der Lage der deutschen Nation verlangt, daß zusammen gebracht wird, was zusammen gehört", erklärt Thomas Nissen. Seit Anfang 1999 ruft er als Sprecher des „Aufbruchs 99 - Initiative für unser Deutschland" zur „Sammlung und Vereinigung der rechten Parteilosen und Parteigebundenen" auf. Mit dem Ziel: eine „Starke Nationalbewegung" aufzubauen.

Doch beim letzten Sammlungsversuch der neuen Hamburger Initiative blieb ihnen der Versammlungsraum verwehrt. Für den 15. Mai hatte Nissen, der einst im Bundesvorstand der Republikaner (REP) saß, „Herzlich" zu einer geschlossenen Veranstaltung mit Rolf Schlierer in die Hansestadt geladen. Der Bundesvorsitzende der REP sollte in der Hamburger Handwerkskammer als Gastredner auftreten. Nachdem die Kammer aber erfahren hatte, wer in ihren Räumen am Holstenwall tagen wollte, kündigten sie kurzfristig den Mietvertrag. „Mit solchen Gruppen möchten wir nichts zu tun haben", versicherte Horst Storjohann, Pressesprecher der Handwerkskammer. „Der Saal ist von einer Privatperson angemietet worden" entschuldigt er und „leider wurde es versäumt nachzufragen, wofür die Räumlichkeiten genutzt werden sollten". Bei ihrer vorhergehenden Veranstaltung blieb die „geschlossene Gesellschaft" nicht vor der Tür. Bereits im Februar sprach Horst Mahler bei einer Veranstaltung des „Aufbruch 99", zu der 140 persönlich geladene Gäste aus Hamburg und Schleswig-Holstein erschienen waren. Mit seiner „Analyse der deutschen Situation" begeisterte der ehemalige SDS-Anwalt und RAF-Mitbegründer, die die neurechte Publikation DESG-inform zu berichten weiß. Obwohl er nichts neues verkündete als „die Neue Rechte muß tolerant und intelligent deutsche Interessen artikulieren" und seine Botschaft wiederholte, daß die „Gräben zwischen links und rechts überwunden" werden müssen. „Wir wollen eng mit Horst Mahlers „Bürgerbewegung für unser Land' und Alfred Mechtersheimers „Deutschland-Bewegung' zusammenarbeiten" betont Nissen. Getreu seiner Vorbilder führt er aus, daß „die parteiübergreifende Bewegung in alle Schichten vordringen muß". Wobei die „Egoismen und Kleinkriege" untereinander abzulegen seien. Der „Aufbruch" verstehe sich als „Initiative zur Nationalbewegung", „die überparteilich und unabhängig zur Vernetzung Parteiloser und auch Parteigebundener beitragen will". Diese solle „sowohl außerparlamentarisch, als auch in den Parlamenten tätig werden". „Das Deutsche ist der gemeinsame Nenner". Allerdings benötige es „Qualität, Logistik und Struktur", um „unser Deutschland" zu retten. Vordringlichste politische Aufgabe wäre, laut ihren „10 Punkten für Deutschland", der „Schutz" des Volkes und der Heimat vor „Scheinasylanten" und „Sozialschmarotzern". Es müßte Schluß sein mit dem Ausverkauf der Deutschen, „unserer Sprache und Kultur", sowie der „massenhaften Vernichtung deutscher Arbeitsplätze". Ebenso müßte die „Mißwirtschaft" und „Selbstbedienung der Parteien am Staat" beendet werden, wie die organisierte Kriminalität, wobei auch die „Begriffe Recht und Ordnung" als auch „Volk, Vaterland und Heimat" positive ordnungspolitische Kategorien sein sollten. Einhergehend mit der Ausrichtung auf die extreme Rechte möchte der „Aufbruch 99", angelehnt an Mahler und Mechtersheimer, auf die „Extreme Linke" zugehen. „Angst um unsere Soldaten oder vor einem Zorn des Volkes und dem politischen Bankrott?" titelt der „Aufbruch" in einer Flugschrift gegen den „NATO-Angriffskrieg" in Jugoslawien, das sie zusammen mit Mitgliedern des Shanghaier Kreis am 25. Mai bei einer Antikriegsdemonstration in Hamburg verteilten. In der Flugschrift forderte der „Aufbruch" den „Sofortigen Stopp der Teilnahme am NATO-Angriffskrieg!", „Schützt unsere deutschen Söhne vor den Angriffsbefehlen der NATO". Und in Erinnerung an die Versuche aus den 70er/80er Jahren, die Friedensbewegung nationalistisch zu wenden bzw. die nationalistischen Positionen aufzugreifen, will der „Aufbruch": „Keine US-Atomwaffen und Raketen auf deutschem Boden!" sowie „keine fremden Truppen". Als jedoch AntifaschistInnen den Kopf des Shanghaier Kreises, Dieter Schütt, auf der Antikriegsdemonstration erkannten, mußte der „Aufbruch" mit seinen Kameraden die Demonstration verlassen. Der Shanghaier Kreis, der 1995 erstmals als maoistische Gruppe auftrat, möchte mit der Wahl seines Namens an den antiimperialistischen Volkskampf 1925 anknüpfen und daran erinnern, daß von „Shanghai aus Mao Tse-tung China eroberte". Ihr Wunsch ist, außer mit sich und unter sich im Einklang zu sein, eine „sozialistisch-patriotische Bewegung" anzustoßen. Ging es in Schütts Hauspostille „Der Funke" in den 70er Jahren noch um politische Zensur und den bewaffneten Kampf, dreht es sich in den 90ern in den Artikeln - neben Ausflügen ins Esoterische - um die „Linke und die Nation" und den „deutschen Nationalcharakter". Über die Beziehungen zum Shanghaier Kreis sagt Nissen nichts. Vielleicht, weil er weiß, daß Schütts Wandlungen nicht bei allen extremen Rechten Gefallen finden. Nicht nur, daß die Junge Freiheit erklärt, daß der „Funke" unleserlich sei, sie betonen auch, daß Schütt wirr und unerträglich sei. Zwar ist der „Aufbruch 99" eine Hamburger Initiative, wie Nissen betont. Aber: „Wir sind an bundesweiten Kontakten sehr interessiert, auch an Personen, die in anderen Regionalbereichen die Sache Deutschlands intelligent vertreten wollen". In Planung ist eine Veranstaltung mit Alfred Mechtersheimer und ein „Hamburger Kongreß". Wann und wo, verriet er nicht.

(Aus: Der Rechte Rand Nr. 59 - Juli/August 1999)

Wiking-Jugend bleibt verboten

Die neonazistische *Wiking-Jugend* (WJ) bleibt verboten. Das entschied Mitte April abschließend das Bundesverwaltungsgericht in Berlin. Zur Begründung führte es an, der 1994 vom damaligen Innenminister Kanther verbotene Verein sei der Hitler-Jugend wesensverwandt, verbreite antisemitische und rassistische Hetze und wolle die parlamentarische Demokratie - notfalls mit Gewalt - durch einen „nationalsozialistischen Führerstaat" ersetzen. Bei Hausdurchsuchungen von Vereinsmitgliedern waren mehrmals funktionierende Waffen gefunden worden. Zuletzt hatten der Anwalt der WJ, das NPD-Bundesvorstandsmitglied Eisenecker, und der letzte Bundesvorsitzende noch versucht, durch Täuschungsmanöver eine Aufhebung des Verbotsurteils zu erwirken. So boten sie im März der Bundesregierung eine „Loyalitätserklärung" sowie den Verzicht auf die Bezeichnung 'Gau' für ihre Landesverbände an.

Erneuter Brandanschlag in Lübeck

Die Serie von neofaschistischen Brandanschlägen in Lübeck reißt nicht ab. In der Nacht zum 1. Mai 1999 wurde im Stadtteil St. Jürgen ein Auto der „Lübecker Tafel", die Lebensmittel sammelt und an Bedürftige weitergibt, in Brand gesteckt. Zwei weitere Pkw der Organisation wurden mit Hakenkreuzen besprüht. Offenbar gingen der oder die Täter davon aus, daß es sich bei der „Lübecker Tafel" um eine kirchliche Organisation handelt. Dies ist jedoch nicht der Fall, es werden nur zum Teil kircheneigene Räume genutzt. Seit dem die evangelische St. Marien-Gemeinde im März 1997 einer algerischen Familie Kirchenasyl gewährt, ist es bereits in über ein Dutzend Fällen zu Brandanschlägen und Hakenkreuzschmierereien gegen zumeist kirchliche Einrichtungen in Lübeck gekommen. Begonnen hatte die Serie Ende Mai 1997 mit einem Brandanschlag auf die katholische St. Vicelin-Kirche, die erst nach einer zwei Jahre dauernden und 2,6 Millionen Mark teueren Sanierung wieder geweiht werden konnte. Außer in diesem Fall konnten Staatsanwaltschaft und Polizei in keinem weiteren Fall einen Täter ermitteln. Vielmehr wird der Ernst der Lage verkannt und heruntergespielt.

Staatsanwaltschaft will kritische BerichterstatterInnen einschüchtern

Die Lübecker Staatsanwaltschaft hat eine sogenannte Programmbeschwerde gegen das ARD-Fernsehmagazin *Monitor* auf den Weg gebracht. Gegenstand ist die Berichterstattung über den Brandanschlag auf die Lübecker Flüchtlingsunterkunft, bei der Anfang 1996 mehrere Menschen ums Leben kamen. Der Leitende Oberstaatsanwalt Wille hat sich an den Rundfunkrat des NDR und an den Deutschen Presserat gewandt und will rügen lassen, daß Klaus Bednarz als Moderator der Sendung scharfe Kritik an den einseitig zu Lasten Safwan Eids geführten Ermittlungen der Staatsanwaltschaft geäußert hatte. Der Zeitpunkt der Beschwerde ist nicht zufällig gewählt, steht doch Anfgang September die Revisionsverhandlung des Prozesses gegen Safwan Eid in Kiel an. Die Monitor-Sendung hingegen lief am 7. März 1996, also vor mehr als drei Jahren.

Bewaffneter Überfall durch NPD-Mitglied

Etwa zehn mit Knüppeln bewaffnete Männer haben Mitte Mai eine Flüchtlingsunterkunft in Kutenholz-Aspe bei Stade überfallen. Die schwarz gekleideten und mit Sturmhauben maskierten Täter stürmten das Haus mit 'Nigger raus'-Rufen und zerschlugen die Einrichtung. Vier Personen aus Sierra Leone konnten sich durch ein Fenster in Sicherheit bringen, wobei sich allerdings zwei leicht verletzten; einen Nachbarn und eine im Haus wohnende deutsche Frau bedrohten die Nazis mit einer Schußwaffe. Acht der Täter konnten inzwischen ermittelt werden; der als Haupttäter Verdächtige ist der Polizei als Mitglied der neofaschistischen NPD bekannt. Er wurde bereits wegen mehrerer rassistischer Übergriffe verurteilt.

Neonazi wegen Totschlag verurteilt

Am 25. Juni 1999 wurde der 31jährige Neonazi Ingo G. von der ertsten Großen Strafkammer des Lübecker Landgerichts wegen Totschlags zu 13 Jahren und 6 Monaten Haft verurteilt. G. hatte im Dezember letzten Jahres in Elmenhorst (Kreis Stormarn) seine Ehefrau, mit der er in Scheidung lebte, erdrosselt. Die Staatsanwaltschaft hatte ihm niedere Beweggründe unterstellt und lebenslange Haft wegen Mordes gefordert. Sein Verteidiger hatte auf Totschlag plädiert und gebeten, an der unteren Grenze des Strafrahmens (5-15 Jahre) zu bleiben. Die Mutter und Freundinnen des Opfers schilderten G. vor Gericht als anmaßenden und machtgierigen Menschen. Ein Sachverständiger stellte nazistisches Gedankengut bei ihm fest. „Meine Ehre heißt Treue", der Leitspruch der Waffen-SS hatte auf Wunsch von G. in beiden Eheringen gestanden.

Das erste Mal seit 1945: Neonazi-Umzug in Elmshorn

Breiter antifaschistischer Protest

Montag, 19. April: Die Wirtin des Langeloher Hofs, in deren Räumen am Donnerstag ein „Rock gegen Rechts“ Konzert der Antifa-Jugendstattfinden wird, ruft bei der Polizei an, um an das Konzert zu erinnern und um eventuellen Schutz anzumahnen. Denn bereits vor 10 Jahren versuchten Neonazis bei einem ähnlichen Konzert zu stören. Sie erfährt, daß ein Neonazi eine Demonstration unter dem Motto „Kampf um die freie Meinung“ angemeldet hat und möglicherweise bis zu 200 Neonazis kommen. Der Nazi-Aufmarsch soll den Langeloher Hof, bzw. das Konzert zum Angriffsziel haben. „Machen Sie sich mal keine Sorgen, wir haben das im Griff!“, erklärt ein Polizeileiter. Montag abend werden Mitarbeiter des Antifaschistischen Trägerkreises informiert und zu Rate gezogen. Es ist schnell klar, daß vom Landrat ein Verbot des Nazi-Aufmarsches eingefordert werden muß und die Elmshorner Bürgermeisterin gebeten werden soll, zu intervenieren. Andererseits werden noch am Abend etliche Mitglieder des Antifaschistischen Trägerkreises informiert, damit sie eine Gegenmobilisierung beginnen.

Dienstag, 20. April: Alle Hebel werden in Bewegung gesetzt. Die gute Zusammenarbeit von Antifaschisten eines breiten Spektrums ermöglicht schnelles und konsequentes Handeln. Der 1. Bevollmächtigte der Verwaltungsstelle der IG Metall meldet eine Gegendemonstration an und wirkt mit anderen zusammen auf die Behörden ein. Sowohl die Kreisordnungsbehörde als auch das Elmshorner Ordnungsamt wiegeln zunächst ab. Nachdem die Dimension eines möglichen Nazi-Aufmarsches und die in Aussicht gestellte konsequente Gegenwehr klar wird, verbietet der Landrat den Nazi-Aufmarsch. Die IGM mobilisiert im gewerkschaftlichen Spektrum und erstellt ein Flugblatt, das bereits am Dienstag abend in hoher Auflage vorliegt und bereits zum größten Teil verteilt ist. Fast das ganze antifaschistische Spektrum (IGM, DGB, Antifaschistischer Trägerkreis, VVN-BdA, DKP, PDS, WGE/Die Grünen, Alevitischer Kulturverein, Türkischer Elternbund, viele Einzelpersonen und Betriebsräte) ruft zur Demonstration und Kundgebung unter dem Motto „Keine Neonazis in Elmshorn“ auf. „Geben wir den Neofaschisten auch in unserer Region keinen Fußbreit und keinen Raum und bilden wir einen Wall der Solidarität“, und mit Bezug auf die örtliche Geschichte heißt es: „Wir werden uns dem gemeinsam und solidarisch in den Weg stellen, wie es die Elmshorner 1945 ebenfalls getan haben, als der Aktionsausschuß der Antifaschisten die Stadt Elmshorn selbst vom Faschismus befreite“.



Flugblatt von IG Metall und DGB gegen den Nazi-Aufmarsch in Elmshorn

Der Name des anmeldenden Neonazis wird ebenfalls bekannt: Christoph Kalleck aus Elmshorn, ca. 18 Jahre. Er wirkt im Umfeld von DVU, NPD, Freiheitlichem Volksblock und Freier Kameradschaft.

Mittwoch, 21. April: Für vormittags ist kurzfristig eine Pressekonferenz einberufen. Vertreter des Antifaschistischen Trägerkreises und die Bürgermeisterin rufen zur Gegendemonstration auf. Die Bürgermeisterin will selbst teilnehmen. Die Kreispresse berichtet am selben Tag



Nazi-Demonstration durch Elmshorn

wohlwollend; die Flugblatt-Mobilisierung vor und in Schulen, in der Stadt geht weiter.

Donnerstag, 22. April: Die *Elmshorner Nachrichten* bringen einen „Aufmacher" auf der ersten Seite. Man erfährt, daß gegen den Anmelder Kalleck ein Ermittlungsverfahren „im Zusammenhang mit rechtsradikalen Demonstrationen und Heil-Hitler-Rufen" läuft. Die Kreisordnungsbehörde verteidigt ihr sehr spätes und bloß formales Vorgehen mit Ahnungslosigkeit, die dann Erkenntnissen gewichen wäre. Einige Ungereimtheiten dieser Version deuten sich an: Ohne antifaschistische Gegenmobilisierung wäre nichts passiert! Von inhaltlicher Begründung gegen die Neonazis und ihre Demagogie keine Spur. Diese bzw. ihr Berliner Rechtsanwalt Schrank, ziehen dann auch sofort vor das Verwaltungsgericht Schleswig.

Am Nachmittag erlaubt das Gericht fast ohne Einschränkungen den Nazi-Aufmarsch. Die rechtlichen Möglichkeiten der IGM sind durch die späte Uhrzeit faktisch außer Kraft gesetzt. Die örtliche Polizeiführung führt durchaus glaubhaft aus, daß sie es für eine Zumutung hält, die „Braunen" schützen zu müssen und versichert der antifaschistischen Gegendemonstration Sympathie. Zugleich erklärt der überörtliche Einsatzleiter, die Polizei werde mit aller Entschlossenheit die Nazi-Zusammenrottung durchbringen.

„Linksextreme Gewalttäter" aus Hamburg werden ins Spiel gebracht. Der IGM-Bevollmächtigte entgegnet trocken, daß es für ihn nur Antifaschisten und Faschisten gibt. Durch seine geschickte Verhandlungsführung werden der Gegendemonstration keine Auflagen erteilt. Man werde in keinem Fall zulassen, daß die Neonazis den Langeloher Hof erreichen. Am Abend findet die Kundgebung und Demonstration größtenteil bei strömendem Regen mit 350 Teilnehmern, darunter der Bürgermeisterin, dem Umweltminister und zahlreichen Stadtverordneten der SPD und WGE/Die Grünen statt. Es sprechen Uwe Zabel von der IGM, der das reaktionäre Gerichtsurteil scharf kritisiert und deutlich zum Ausdruck bringt, wir werden die Straße den Nazis nicht kampflos überlassen; desweiteren Carsten Wessels vom DGB und die Bürgermeisterin, die versichert: „Soweit lassen wir es nicht kommen, daß die Rechten hier in Elmshorn marschieren und wir uns in die Häuser verkriechen"; Rudi Arndt vom Antifaschistischen Trägerkreis, Hayri Öznarin vom Türkischen Elternbund und eine Vertreterin der Jugend-Antifa halten ebenfalls Reden. Die Wirtin des Langeloher Hofs lädt alle Demonstranten in den Hofgarten ein. Eine weitgehend geschlossene Demonstration gelingt, die Nazis kommen nicht an den Hof heran. Die ca. 30-50 Nazis, zu denen Thorsten de Vries spricht, sind in der Öffentlichkeit kaum wahrnehmbar. Ohne Grund und unangemessen nimmt die Polizei etliche AntifaschistInnen fest, angeblich sollen sie gegen das Versammlungsgesetz verstoßen haben. Der antifaschistische Vorbereitungskreis wertet die Aktion noch am Abend als politischen Erfolg.

Samstag, 24. April: Der 1. Bevollmächtigte der IGM, Uwe Zabel, übt nochmals scharfe Kritik: „Aber allein, daß sie [die Neonazis] es konnten und auch noch polizeilich geschützt werden mußten, ist ein politischer Skandal." Der Zug der Neonazis sei „eine öffentliche Ersatz- und Tarnveranstaltung für verbotene neofaschistische Organisationen".

Die *Elmshorner Nachrichten* resümieren in einem Redaktionskommentar, den es wahrscheinlich seit Urzeiten nicht mehr gegeben haben dürfte: „Elmshorn will keine Nazis... Entschlossen haben sich Gewerkschafter, Antifaschisten und viele andere den Rechtsradikalen in den Weg gestellt. Sie haben deutlich gemacht, daß Neonazis in der Krückstadt keine Chance haben." Aber auch: „Zu einer Demokratie gehört es, daß selbst gefährliche Dummköpfe ihre Meinmung sagen dürfen." Das sind sie, diese und andere Plattheiten, die den Neonazis den Kampf um die Straße und Meinung erleichtern, obwohl klar sein dürfte, daß Faschismus und Faschisten nicht unter die Meinungsfreiheit fallen.

(dm)

Norwegische SS-Leute von antifaschistischer Demonstration überrascht

Norwegische SS-Leute reisen seit einigen Jahren regelmäßig nach Krasnoje Selo in der Nähe St. Petersburgs, um ihre Toten zu ehren. Unter der falschen Flagge von Frieden und Versöhnung ist es ihnen gelungen, dort ein Gedenkmonument für die norwegische Waffen-SS-Legion zu errichten.

In diesem Jahr wurde die jährliche Gedenkzeremonie Anfang Juni zu einem Alptraum für Hitlers Schlächter - dank der einzigartigen Kooperation zwischen norwegischen und russischen AntifaschistInnen. Die meisten der früheren SS-Leute stehen in Verbindung zu einer Einrichtung, die den irreführenden Namen *„Institut für die Besatzungsgeschichte Norwegens"* trägt. Dieses Jahr wurden sie auf ihrer Reise vom Zeitpunkt des Abfluges ihres Flugzeuges in Oslo bis zu ihrer Ankunft im Hotel Moskau in St. Petersburg beobachtet. Russische AntifaschistInnen, die über das Programm der Reise Kenntnis hatten, konnten so einen heißen Empfang in Krasnoje Selo bereiten.

Nachdem den ganzen Vormittag Flugblätter in Krasnoje Selo verteilt worden waren, versteckten sich die AntifaschistInnen in den Gebüschen rund um den Friedhof der Alexander Nevskij Kirche und warteten auf die früheren SS-Männer. Eine kleine Gruppe von Norwegern, angeführt vom SS-Veteran Eivind Saxlund, und begleitet von einigen russischen Kameraden erschien - gerade rechtzeitig, um in den Wutausbruch eines russischen Kriegsveteranen zu geraten. „Warum müssen wir mit Euch Frieden schließen?!" rief er. „Ihr habt uns immer mit Maschinengewehrfeuer begrüßt. Ich bin Kriegsveteran und ich weiß, daß mit Leuten wie Euch kein Frieden möglich ist. Wenn Ihr von den Deutschen gezwungen worden wart nach Krasnoje Selo zu kommen, warum habt Ihr Euch nicht ergeben? Wir haben uns niemals ergeben!"

Dieser Ausbruch führte bei den Nazis zu Verwirrung; ebenso das Erscheinen von Uri Lebedev, ein Reporter der *Isvestia*. Der russische Organisator der Gedenkveranstaltung war schockiert, daß die Presse von dem Ereignis wußte, und schien nicht besonders glücklich darüber zu sein. Als der örtliche Priester, Jevgenij Jefimov, seine Rede begann, traten die AntifaschistInnen aus ihren Verstecken, zeigten Plakate in norwegischer, russischer und deutscher Sprache und riefen „Nazis, Faschisten - Nein!

Das führte bei den Norwegern zu Nervosität und Unruhe, da sie keine Proteste erwartet hatten. So versuchten sie sich dadurch aus der Affäre zu ziehen, daß sie behaupteten, die Norwegische Legion sei nicht Teil der Waffen-SS gewesen; außerdem hätten sie geglaubt, daß sie in Finnland kämpfen würden. Saxlund und der Priester versuchten gar, die AntifaschistInnen zu segnen. Aber nicht alle Anwesenden waren so taktisch in ihrem Auftreten. Während die SS-Männer ihre Nazi-Vergangenheit zu leugnen versuchten, begannen einige ihrer russischen Anhänger „Juden" und andere antisemitische Hetzparolen zu rufen. Andere äußerten, daß die AntifaschistInnen nicht „wie Russen aussähen" und daß sie wohl „keine orthodoxen Christen" seien - ebenfalls eine Chiffre für Juden.

Weil sie keinen offenen Antisemitismus äußern konnten, ging die norwegische Gruppe einfach dazu über, die russischen AntifaschistInnen und de-


Wir trauern u…

Fridtjof Gerhard
28. 4. 14 † 1997
Sturmmann der ehem. Waffen-SS
2./SS-Inf. Regiment „Nordland"
Seine norwegischen Kameraden

Kaare Flaam
24. 4. 16 † 1997
…ottenführer der ehem. Waffen…
14./SS-Frw. Legion „Norweg…
Seine norwegischen Kamer…

Ole Naess
* 16. 4. 19 † 199…
Soldat der ehem. Waff…
2./SS-Pol. Kompanie „N…
Seine norwegischen K…

John K. Sime…
2. 4. 13 † 3. 97
Soldat der ehem. Waffen-…
SS-Inf. Regiment „Nordland"
Seine norwegischen Kameraden

Georg Fredel

Todesanzeigen norwegischer SS-Leute in der Zeitung „Der Freiwillige"

ren norwegische Begleitung als „Kommunisten" zu beschimpfen.

Die Zeremonie wurde nicht das, was sich die SS-Veteranen erhofft hatten. Nun alles auf Fotos und Film festgehalten, haben norwegische und russische Antifas eine gute Dokumentation, um der Öffentlichkeit die fortdauernden Aktivitäten der früheren SS-Leute zu zeigen. Der nächste Schritt wird eine Kampagne in Rußland und in Norwegen sein, um das beschämende SS-Monument in Krasnoje Selo zu beseitigen. Norwegische Gruppen haben bereits damit begonnen, Protestschreiben an die russische Botschaft in Oslo zu senden. Als ein Ergebnis wirkungsvoller Zusammenarbeit und guter Recherche innerhalb des internationalen antifaschistischen Netzwerks wurde den norwegischen SS-Leuten ihr Tag versaut; dank des Internationalismus unter AntifaschistInnen werden sie es nächstes Mal noch schwerer haben.

(nach Informationen der norwegischen Antifa-Zeitung *Monitor*)

Die norwegische Antifa-Zeitung *Monitor* ruft dazu auf, Protestschreiben an russische Botschaften und Konsulate zu senden, in denen der sofortige Abbau des SS-Monuments in Krasnoje Selo gefordert wird. Wir unterstützen diesen Aufruf und bitten alle Gruppen und Organisationen entsprechende Resolutionen zu versenden. Bitte jeweils Kopie an
Monitor
Boks 4741 Sofienberg
N-0506 Oslo
Norway

Dem Haß eine Kraft entgegensetzen

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF) steht seit 41 Jahren für Kontinuität in der Arbeit gegen das Verdrängen der deutschen Geschichte. Seit Jahren mischt sich Aktion Sühnezeichen aus christlicher Überzeugung in aktuelle politische Debatten ein und vertritt konsequent Menschenrechte. Jährlich fahren mit Aktion Sühnezeichen Tausende von Menschen in Gedenkstätten und ehemalige Konzentrationslager, auf Sommerlager oder leisten einen 18 monatigen freiwilligen sozialen Friedensdienst und setzen so ein Zeichen gegen das Vergessen, Krieg und Faschismus.

Vom Widerstand zum Sühnezeichen

Zu den Gründern von Aktion Sühnezeichen gehörten Lothar Kreyssig, Heinrich Gruber, Helmut Gollwitzer, Martin Niemöller und viele andere die, die Nazis bekämpft hatten. Viele von Ihnen verbrachten oft Jahre in Konzentrationslagern und Gefängnissen, wurden aber nicht wie die meisten Widerständler umgebracht, sondern haben mit viel Glück und Hilfe von Freunden überlebt. Die 1945 aus Lagern, aus Gefängnissen, aus dem Untergrund Befreiten fühlten sich meist jedoch nicht nur als Opfer, sondern gleichzeitig auch als Täter, schuldig, nicht mutig genug, nicht früh genug gegen das verbrecherische Nazi-Regime protestiert zu haben. Die Gründer von Aktion Sühnezeichen fühlten sich dem Kreisauer Widerstand, den Ermordeten und Überlebenden, eng verbunden. Die Kreisauer hatten am stärksten von allen Widerstandsgruppen das Zusammenleben der Völker Europas, die soziale Frage, eine gerechte Weltwirtschaftsordnung, gewaltlose Friedensdienste und auch die ungeheure Schuld gegenüber Juden und allen in den Lagern geknechteten und ermordeten Menschen im Blick.

Gründung

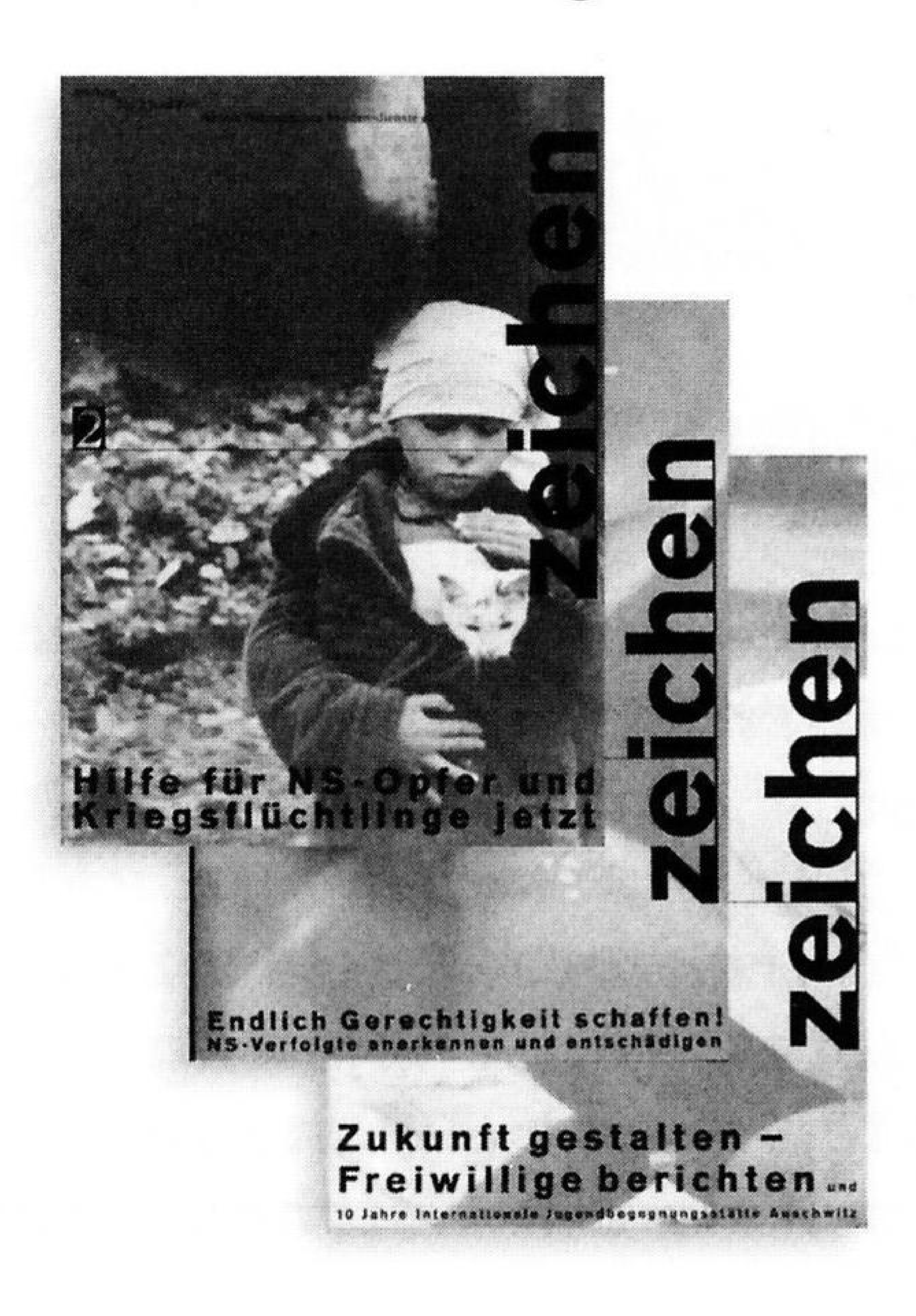
Im April 1958 tagte die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) in Berlin-Spandau. Obwohl zu diesem Zeitpunkt bereits die Teilung Deutschlands in zwei deutsche Staaten vollendet war, trafen sich auch bei dieser Synode Vertreter der Landeskirchen aus der BRD und der DDR zur gemeinsamen Beratung. Am letzten Tag dieser Synode verlas Präses Lothar Kreyssing im Plenum den Aufruf zur Gründung der Aktion Sühnezeichen. Aber die Spaltung Deutschlands machte eine gemeinsame Arbeit unmöglich. So entwickelten sich in den beiden deutschen Staaten zwei Aktionen, dem gemeinsamen Ziel verpflichtet, aber mit unterschiedlichen Schwerpunkten in der praktischen Arbeit. Die Arbeit in der BRD begann 1959 in Westeuropa. So halfen junge Freiwillige beim Bau einer Sozialakademie in Rotterdam, eines Behindertenheims in Norwegen und bauten einen Kindergarten in Skopje/Jugoslawien. Nach dem Eichmann-Prozeß 1961 konnte nun auch die Arbeit in Israel beginnen. Ebenfalls Anfang der sechziger Jahre organisierte ASF die ersten Stu-

dienreisen in die Sowjetunion. Seit 1967 arbeiten Freiwillige in Polen und den USA. Seit Anfang der neunziger arbeiten Freiwillige nun auch in Rußland und Weißrußland. An die Stelle von Bauarbeiten trat Mitte der Sechziger der soziale Friedensdienst. Die direkte Arbeit mit Menschen in sozialen Einrichtungen, mit Überlebenden des Holocaust, die Arbeit in Gedenkstätten, mit Minderheiten und Randgruppen rückte immer mehr in den Mittelpunkt. „Die Freiwilligen sollen lernen,... daß Frieden im Hinblick auf stark und schwach, gesund und krank zugunsten dessen verändert werde, was die Bibel Gottes Gerechtigkeit nennt."

Heute sind rund 160 Freiwillige der Aktion Sühnezeichen für jeweils 18 Monate in Europa, Deutschland, den USA und Israel tätig. Die Projekte reichen von der Betreuung Überlebender des Holocaust, dem Zusammenleben mit benachteiligten Kindern und Jugendlichen, Behinderten, Drogenabhängigen, mit ethnischen Minderheiten und Flüchtlingen bis zu jüdisch-arabischen Versöhnungsinitiativen in Israel oder der Bildungs- und Erinnerungsarbeit.

Jedes Jahr fahren über 100 Gruppen (aus der kirchlichen Jugendarbeit, Gewerkschaftsjugend u. a.) mit ASF in Gedenkstätten und ehemalige Konzentrationslager nach Polen. Sie arbeiten in den Gedenkstätten Auschwitz, Groß-Rosen, Maidanek und Stuttof und führen Seminare und Begegnungen mit jungen Polen durch. Dabei haben sie die Möglichkeit sich intensiv mit Fragen zur NS-Geschichte auseinanderzusetzen und ihr politisches Bewußtsein für die Gegenwart und Zukunft zu schärfen.

In der DDR begann die Sühnezeichen-Arbeit mit Aufräumungsarbeiten an drei kriegszerstörten Kirchen in Magdeburg durch ökumenische Gruppen. Aus diesem Anfang entwickelte sich ein umfangreiches Programm an Sommerlagern, in denen Menschen aus verschiedenen Ländern für zwei bis drei Wochen zusammen lebten und arbeiten. Zunächst war die Arbeit aufgrund staatlicher Widerstände auf das Gebiet der DDR beschränkt, wurde aber in beharrlichem Festhalten am Gründungsanliegen in den folgenden Jahren erheblich erweitert: Mitte der sechziger Jahre fuhren die ersten Gruppen in Gedenkstätten und ehemalige Konzentrationslager nach Polen und in die CSSR, seit den siebziger Jahren konnte ASF dann auch auf jüdischen Friedhöfen in der DDR arbeiten. Seit dieser Zeit konnten sich auch zunehmend Jugendliche aus den östlichen Nachbarstaaten an den Sommerlagern beteiligen. Die Kontakte nach Polen, der CSSR, Ungarn und Rumänien erweiterten sich, da diese die Durchführung von Sommerlagern in diesen Ländern zum Teil inoffiziell ermöglichten. Seit



der Wende in der DDR und der Vereinigung der beiden Aktionen Sühnezeichen können nun viel mehr Sommerlager im Ausland stattfinden. Weiterhin steht die Arbeit mit jüdischen Gemeinden und auf jüdischen Friedhöfen, in Gedenkstätten und sozialen Einrichtungen im Mittelpunkt der Sommerlager.

Frieden durch Versöhnung: ein Programm nach innen und nach außen. Ein anderer Schwerpunkt ist die Arbeit im Inland. Die eigene Gesellschaft am Vergessen zu hindern und zur Entwicklung eines kritischen Geschichtsbewußtseins beizutragen, ist ein zentrales Anliegen.

Die Arbeit gegen Rechtsextremismus hat daher einen wichtigen Stellenwert, ebenso wie die Arbeit in den KZ-Gedenkstätten in Deutschland. Als Teil der Friedensbewegung beteiligt sich Aktion Sühnezeichen an den Kampagnen gegen Rüstungsexporte, gegen den NATO-Angriff auf Jugoslawien und an der Diskussion um die Möglichkeiten gewaltfreier Konfliktbearbeitung. Sie hat sich gegen die Grundgesetzänderung beim Asylrecht eingesetzt und tritt für ein Bleiberecht aller Verfolgten ein.

Da auch 54 Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus noch immer nicht alle damals Verfolgten rehabilitiert sind, setzt sich Aktion Sühnezeichen in jüngster Zeit verstärkt für die Anerkennung und Entschädigung aller NS-Verfolgten im In- und Ausland ein. Aus der Geschichte zu lernen -für eine gemeinsame Zukunft- ist das Programm der ASF. Die Gründerinnen und Gründer der Aktion waren evangelische Christen der bekennenden Kirche. Auch zwischen den christlichen Konfessionen will ASF zur Versöhnung beitragen. Dabei ist die Begegnung mit dem Judentum von besonderer Bedeutung. Zugleich ist ASF als Angebot an alle Deutschen weltanschaulich offen. Wer dem Anliegen und der praktischen Arbeit zustimmt, kann mitmachen, ist aufgerufen zur Unterstützung und Mitarbeit.

Auch dieses Jahr führt Aktion Sühnezeichen wieder Sommerlager im In- und Ausland durch. Bei Interesse bitte melden unter:

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste

Auguststr. 80

D-10117 Berlin

Tel.: 030/28395-183

Fax: 030/28395-135

Quellen:
-Aktion Sühnezeichen Friedensdienste – Bewerbungsunterlagen
-„Zeichen" Nr. 3/November 1994 (Zeitung der ASF)
-Helmut Gollwitzer; „Die Nacht wird nicht ewig dauern", Hoffnungstexte
-Sommerlager 1999 – ASF
-Pressemitteilung von ASF 29.03.1999
-Friedensforum 3/1998

Hier gibt's die „Enough"!

Infoladen, Hafermarkt 6, 24943 Flensburg
Carl v. Ossietzky-Buchhandlung, Heiligengeistgang 9, 24937 Flensburg
Vaikuntha, Süderfischer Str. 24, 24937 Flensburg

Infoladen Beau Rivage, Hansastr. 48, 24118 Kiel
Zapata Buchhandlung, Jungfernstieg 27 & Medusastr. 16, 24143 Kiel
Trau Dich, Holtenauer Str. 92, 24105 Kiel

Café Themroc, Kulturwerkstatt Forum e.V., Wieksbergstr. 2, 23730 Neustadt

Info Café, AJZ, Neumünster

Peter-Panther-Buchladen, Zingelstr. 12, 25704 Meldorf

Café Brazil, alternative, Willy-Brandt-Allee 9, 23554 Lübeck
Infoladen im Akzent, Fleischhauerstr. 32, 23552 Lübeck

Dritte Welt-Laden, Lübecker Str., 23843 Bad Oldesloe
Inihaus, Turmstr. 14, 23843 Bad Oldesloe

Dritte Welt-Laden, 22926 Ahrensburg

Autonomes Jugendhaus, Lübecker Str. 45, 22941 Bargteheide

Autonomer Infoladen,
Soziales Zentrum, Ulzburger Str. 6a, 22850 Norderstedt

Verein Miteinanderleben e.V., Lohgerbergang, 23879 Mölln

Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg
Café & Buch, Marktstr. 114, 20357 Hamburg
Buchladen, Osterstr. 156, 20255 Hamburg
Buchhandlung im Schanzenviertel, Schulterblatt 55, 20357 Hamburg
B5 (Info)-Café, Brigittenstraße 5, 20359 Hamburg

NICHT ALLE MÖRDER SIND

Es gibt viele Arten zu Töten.
Man kann einem ein Messer
In den Bauch stechen,
einem das Brot entziehen,
einen von einer Krankheit nicht heilen,
einen in eine schlechte Wohnung stecken,
einen durch Arbeit zu Tode schinden,
einen zum Selbstmord treiben,
einen in den Krieg führen usw.
Nur weniges davon
ist in unserem Staate verboten.
B. Brecht

SOLDATEN



V.i.S.d.P.: Schwarz c/o Initiativenzentrum Schweffelstr. 6, 24118 K